

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.00 M. für ein Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Illustrationen 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besprechungsinserate 30 Pf. Kleine Anzeigen: das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchig festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 15. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Gewalt gegen Abgeordnete.

In Nr. 11 der „Deutschen Juristenzeitung“ behandelt der frühere Oberreichsanwalt Dr. Hamm „Die Ausschließung und Entfernung eines Mitgliedes des preussischen Abgeordnetenhauses in juristischer Beleuchtung“. Bei dieser Frage wäre zu prüfen gewesen: Ist die die Ausschließung zulassende Vorschrift der Geschäftsordnung des preussischen Dreiklassenhauses rechtmäßig? Steht sie insbesondere mit den Normen des preussischen und deutschen Strafrechts im Einklang oder verletzt sie solche? Dr. Hamm weicht solcher Prüfung aus. Er unterstellt in seiner „juristischen Beleuchtung“, die berüchtigte Geschäftsordnungsvorschrift sei „zweifellos“ gesetzlich gültig. Wer so an Stelle von Gründen erklärt, die zu beweisende Behauptung sei „zweifellos“ gültig, zeigt, daß Gründe für seine Ansicht nicht vorhanden sind. Dr. Hamm schreibt:

„Die gesetzliche Gültigkeit der die Ausschließung zulassenden Bestimmung unterliegt keinem Zweifel. Nach Artikel 78 der preussischen Verfassung regelt das Abgeordnetenhaus seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung. Die in Rede stehende Bestimmung ist von ihm als ein Teil seiner Geschäftsordnung erlassen.“

Es sei schon bei Erlass der Bestimmungen und ebenso jetzt von einzelnen Seiten nicht die Gültigkeit der die Ausschließung zulassenden Bestimmung, sondern die Gültigkeit der Bestimmung bestritten worden, wonach der Präsident den ausgeschlossenen Abgeordneten entfernen lassen kann. Aber mit Unrecht. Denn der § 105 Strafgesetzbuch, der die gewaltsame Entfernung eines Abgeordneten mit schwerer Strafe bedroht, setzt voraus, daß die Tat rechtswidrig sei. Sie sei aber nicht rechtswidrig, denn sie beruhe auf der Geschäftsordnung.

Diese Deduktion hat eine verweirte Ähnlichkeit mit der berühmten Erklärung Präzigs, die Armut komme von der Bauvertheilung her. Ohne eine souveräne Verachtung des Verfassungs- und Strafrechts läßt sich freilich die mindestens an Hochverrat streifende Vorschrift der preussischen Geschäftsordnung nicht rechtfertigen.

Wie ist denn die Rechtslage?
 Gibt in der Tat Artikel 78 der preussischen Verfassung dem Abgeordnetenhaus das Recht, eine Geschäftsordnung zu erlassen, die einen Abgeordneten von einer Sitzung ausschließt und gar den ausgeschlossenen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal entfernen und seinen Wiedereintritt verhindern darf? Das ist keineswegs der Fall. Allerdings gibt das Abgeordnetenhaus ebenso wie der Reichstag seine Geschäftsordnung sich selbst. Diese Autonomie zur Regelung des Geschäftsganges und der Disziplin durch eine Geschäftsordnung hat aber keineswegs die Bedeutung, daß das Abgeordnetenhaus oder der Reichstag in seiner Geschäftsordnung bestimmen kann, was der Mehrheit des Hauses gerade behagt. Die Autonomie besteht vielmehr nur darin, daß das Haus ohne Mitwirkung der Regierung, des Herrenhauses oder eines anderen Faktors der Gesetzgebung seinen Geschäftsgang und seine Disziplin zu regeln hat. Die Geschäftsordnung erzeugt statutarische Rechte für die Mitglieder des Hauses. Der Inhalt der Geschäftsordnung darf aber nicht gegen die Verfassung, gegen Reichsgesetze oder gegen sonstige Rechtsnormen verstoßen. Insbesondere darf er nicht verstoßen gegen die Vorschriften der Verfassung, auf denen die Existenz des Abgeordnetenhauses beruht. Die Geschäftsordnung ist gegeben, damit in ihrem Rahmen die Abgeordneten ihr ihnen von den Wählern übertragenes Mandat ausüben können. Diesem Zwecke hat sie zu dienen. Eine Bestimmung der Geschäftsordnung, die den Abgeordneten hindert, sein Mandat auszuüben, ist unzulässig, weil sie in unlöslichem Widerspruch zu dem Zwecke der Verfassungsbestimmung steht, zu deren Ausführung die Geschäftsordnung dienen soll. Wird ein Abgeordneter ausgeschlossen, so besteht ein Kumparsparlament, das nicht mehr verfassungsmäßig gültige Beschlüsse fassen kann. Außerdem liegt in der Vorschrift, einen Abgeordneten auszuweisen oder ihn entfernen zu lassen, weil er die Ordnung verletzt habe, die Annahme einer Strafgewalt des Hauses gegenüber seinen Mitgliedern; ein solches Recht steht dem Hause nicht zu.

Daß weder ein Ausschließungs-, noch ein Entfernungsrecht dem Reichstage seinen Mitgliedern gegenüber steht, ist im Jahre 1879 bei Gelegenheit des Maulkorbgesetzes anerkannt, das Bismarck zur Mundtotmachung der Sozialdemokraten und sonstiger ihm nicht genehmen Abgeordneten im Jahre 1879 dem Reichstage vorlegte. Im § 1 dieses Gesetzes wurde ausdrücklich neu vorgeschlagen, „dem Reichstage steht eine Strafgewalt gegen seine Mitglieder zu“. Unter andern sollte der Reichstag das Recht haben, Mitglieder des Reichstages auszuschließen. Der Entwurf wurde vom Reichstage abgelehnt. Die Abgeordneten der verschiedensten Parteien legten dar, daß eine Ausschließung aus dem Reichstage auf Zeit oder auf immer ohne besondere gesetzliche Bestimmung dem Reichstage nicht zusteht. So führte der Zentrumsabgeordnete Freiherr von Seereemann am 4. März 1879 aus:

„Ich behaupte aber ferner auch, daß das Recht der Ausschließung eines Mitgliedes aus der Versammlung auf Zeit oder für die Legislaturperiode ein innerer Widerspruch ist. Die repräsentative Versammlung hat nach dem Begriffe unserer

Verfassungsverhältnisse nicht den Charakter eines Gerichtshofes. Sie hat ferner aus sich selbst keine Rechte, sondern sie beruht lediglich auf der Wahl durch das Volk, durch die Wahlberechtigten des Volkes, und sie soll der Ausdruck des Willens des Volkes sein. Wenn ihre Existenz, ihre Berechtigung auf der Wahl beruht, so ist es ein innerer Widerspruch zu sagen, eine solche Versammlung habe das Recht, eines ihrer Mitglieder auszuschließen, oder das Recht derselben zu vernichten. Ich glaube, Sie müssen mir bestimmen, daß dort ein innerer Widerspruch liegt; ich glaube nicht, daß es der Logik entspricht, wenn die Majorität das Wahlrecht zerstört.“

Der konservative Abgeordnete von Kleist-Rehrow war zwar für eine Ausschließungsberechtigung des Reichstages, gab aber zu, daß in einem solchen Recht des Reichstages eine weitere Ausbildung, „ein neues Mittel“ liege. Der konservative Abgeordnete von Sellendorff-Bebra erklärte (am 4. März 1879):

Es wird nun wesentlich der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie einen Gesetzesentwurf bringe, der in die Disziplinarverhältnisse des Reichstages, die derselbe verfassungsmäßig selbstständig zu regeln hat, eingreift. Wir müssen aber doch auf der anderen Seite zugeben, daß die Ordnung dieses Verhältnisses ohne Gesetz nicht möglich ist; denn die Frage, ob ein Mitglied auch nur auf Zeit ausgeschlossen werden kann ohne eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen, ist doch mindestens äußerst zweifelhaft.

Der konservative Abgeordnete und spätere Minister von Gohler vertrat gleichfalls den Standpunkt, daß eine Ausweisungsbefugnis ohne ein besonderes Gesetz nur auf Grund der Geschäftsordnung unzulässig sei. Er führte am 7. März 1879 im Reichstage aus:

Wir wollen... durch Gesetz unsere Disziplinarbefugnis erweitern. Wir wollen uns das Recht erlangen, ein Mitglied, welches wir unserer nicht für würdig halten, auszuschließen, das Recht erlangen, solches Mitglied auszuschließen. Wir sind klar darüber, daß der Ausschluß eines Mitgliedes auf Grund der bisherigen Verfassung über Geschäftsordnung durch Beschluß des Hauses oder durch Erweiterung der Geschäftsordnung niemals eintreten kann. Wir halten dafür, daß nur durch Gesetz die Frage geregelt werden kann.

Als in den Verhandlungen über das Maulkorbgesetz freimüthige Redner darauf hinwiesen, wenn man die Autonomie des Reichstages, die durch einige andere Vorschriften des Maulkorbgesetzes angegriffen war, nicht habe antasten wollen, so hätte doch ein Vorbehalt genügt, in die Verfassung hineinzuschreiben, der Reichstag hat die Befugnis, ein Mitglied auszuschließen usw., der Präsident habe die Geschäftsordnung durchaus tüchtig gehandhabt, erwiderte der Justizminister Dr. Friedberg, die Regierung habe dem Präsidenten keinen Vorwurf machen wollen, sondern habe gerade weil die Geschäftsordnung im Stiche lasse, neue Mittel, nämlich das Mittel der Ausschließung dem Reichstage geben wollen. Die Motive zu dem Maulkorbgesetz führten aus:

Schon die Frage, ob aus der dem Reichstage durch den Artikel 27 gewährten Autonomie die Befugnis abgeleitet werden könnte, ein Mitglied auch nur zeitweilig von der Teilnahme an den Verhandlungen auszuschließen, läßt sich rechtlich in Zweifel ziehen.

In ähnlicher Weise äußerte sich im Plenum der Justizminister am 4. März 1879:

Man erzieht hieraus, daß es im Jahre 1879 communis opinio (allgemeine Ueberzeugung) war, daß die Geschäftsordnung des Reichstages ein Recht auf Ausweisung eines Abgeordneten nicht gebe, weil diese Ausschließung eine Verfassungsverletzung wäre. Das, was für die Geschäftsordnung des Reichstages gilt, gilt in verstärktem Maße für die des preussischen Abgeordnetenhauses. Es ist ein starkes Stück, daß Dr. Hamm, dem doch nicht entgangen sein kann, daß die Rechtswidrigkeit des preussischen Hausrechtsparagrafen im Abgeordnetenhaus unter anderem von dem nationalliberalen Landgerichtsdirektor Boisly, dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Träger und dem polnischen Abgeordneten Dr. v. Szadzewski dargelegt war, und dem doch die Vorgänge des Jahres 1879 nicht ganz unbekannt sein dürften, behauptet: „Die gesetzliche Gültigkeit der die Ausschließung zulassenden Bestimmung unterliegt keinem Zweifel.“ Nein, keinem Zweifel unterliegt, daß eine solche Bestimmung gegen die Verfassung verstößt und keinerlei Gültigkeit hat.

Die Ausschließung und die Entfernung eines Abgeordneten verstößt aber auch gegen die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuchs. Diese Vorschriften sind erst durch das Reich gegeben. Sie waren im altpreussischen Strafgesetzbuch nicht vorhanden. Der § 105 bedroht mit Zuchthaus oder mit Festungshaft nicht unter 5 Jahren den, der es unternimmt... Mitglieder aus einer gesetzgebenden Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats gewaltsam zu entfernen. § 106 bedroht mit der gleichen Strafe den, der ein Mitglied einer solchen Versammlung durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung hindert... zu stimmen. Diese Vorschriften hat der Gesetzgeber für nötig erachtet, um die freie und unabhängige Ausübung der den Mitgliedern einer gesetzgebenden Körperschaft obliegenden Funktion zu sichern. Sierdurch ist die materielle,

nur durch Reichsgesetzgebung veränderliche Rechtsnorm geschaffen, daß ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung aus derselben weder gewaltsam entfernt noch gewaltsam am Stimmrecht gehindert werden darf. Die in den §§ 105 und 106 mit Strafe bedrohten Handlungen sind an Hochverrat grenzende Verbrechen, die gegen die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte sich wenden. Solche Verbrechen kann auch kein preussisches Gesetz, geschweige eine Geschäftsordnung schützen.

Wenn Dr. Hamm meint, in dem Fall Vordardt sei der Leutnant nicht strafbar, weil er auf Befehl seines Vorgesetzten, des Ministers, gehandelt habe, so würde ja, wenn in der Tat der Polizeileutnant deshalb nicht zu verfolgen wäre, statt seiner der Minister, der das Verbrechen ihm anbefohlen hat, unter Anklage zu stellen sein. Aber auch diese Deduktion des ehemaligen Oberreichsanwalts ist verkehrt. Selbst wenn man den von Dr. Hamm als Oberreichsanwalt vertretenen Grundsatz billigen würde, ein Beamter sei nicht strafbar, wenn er einen Befehl ausführt, den ihm sein Vorgesetzter erteilt hat, so trifft er doch für alle die Fälle nicht zu, wo selbst Soldaten sich durch Ausführung eines Befehls strafbar machen. Das Militärstrafgesetzbuch schreibt ausdrücklich vor, daß bei Ausführung von Verbrechen sowohl der Vorgesetzte, der sie anordnet, wie der Soldat, der sie ausführt, von strafrechtlicher Abhandlung nicht freibleiben. Der Rechtsgrund, daß ein Polizeibeamter verpflichtet sei, Verbrechen auf Befehl auszuführen und für den Fall der Ausführung straflos sei, wäre die närrischste Auflehnung gegen die Ordnung und die skrupelloseste Aufreizung zu Verbrechen.

Die schäblichsten Versuche des früheren Oberreichsanwalts Excellenz Dr. Hamm, das gegenüber dem Abgeordneten Genossen Vordardt ausgeübte Verbrechen in eine rechtmäßige Handlung zu verwandeln, ist mißlungen. Die Verbrechen müssen, wenn das Gesetz richtig angewandt wird, unter Anklage gestellt werden. Einen Freibrief zu Verbrechen für konservative Präsidenten, Minister oder Polizeileutnants kennt die bestehende Rechtsordnung in Deutschland noch nicht. Die Ausstellung eines solchen würde heißen, Preußens Rechtsordnung bestehe in Rechtsbruch und Verbrechen.

Organisierter Wahlbetrug der Dortmunder Zentrumspartei.

Wegen Wahlmogelegen war das Stadtverordnetenmandat des Zentrumsvertreeters Wichhoff in Dortmund von der Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt worden. Das Zentrum hatte an dieser ersten Blamage nicht genug und ließ Herrn Wichhoff gegen den Beschluß des Stadiparlaments Klage im Verwaltungsstreitverfahren erheben. Am 12. Juni fand vor dem Bezirksauschuss in Arnberg die Verhandlung statt, die schier unglaubliche Wahlfälschungen durch Zentrumswähler feststellte und demgemäß mit der Abweisung der Klage Wichhoffs endete.

Der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ entnehmen wir folgenden Bericht:

Der Bezirksauschuss hatte in seiner Sitzung am 14. Mai, in der die Klage bereits zur Verhandlung stand, beschlossen, die Zeugen eidlich zu vernehmen. Diese eidliche Zeugenvernehmung hat am 29. Mai in Dortmund stattgefunden. Es wurde von den vernommenen Zeugen nicht nur unter Eid erhärtet, was sie bereits bei der polizeilichen Vernehmung ausgesagt haben, sondern es wurde auch noch von anderen Personen, die im Protokoll gar nicht benannt waren, bekundet, daß sie entweder vom Zentrum beauftragt wurden, auf Legitimationen, welche auf andere Personen lauteten, für Wichhoff zu stimmen, daß Wahllegitimationen aus Häusern geholt wurden, auf die Personen, die dazu nicht berechtigt waren, für Wichhoff stimmten, ja daß sogar von einem Zentrumswähler dreimal die Stimme für Wichhoff abgegeben wurde. Kurz: die eidliche Zeugenvernehmung hat bewiesen, daß das Zentrum die Wahlmogelegen im Großen betrieben hat, ja daß der ganze Wahlschwindel von den Vertrauensleuten des Zentrums gut vorbereitet und organisiert war.

Wir wollen eine Anzahl eidlicher Zeugenaussagen hier folgen lassen:

Zeuge Monteur W.: Ich war zur Zeit der Wahl nicht in Dortmund, sondern auswärts auf Montage. Ich habe aus diesem Grunde mein Wahlrecht nicht ausüben können. Meine Frau sagte mir nach der Wahl, daß die Wahllegitimation von einem ihr unbekanntem Manne abgeholt worden sei. Frau W. gibt an, daß ein Mann in ihre Wohnung gekommen sei und habe die Wahllegitimation ihres Mannes gefordert. Da sie sich bei der Sache weiter nichts dachte, habe sie dieselbe auch ausgehändigt. Gewählt wurde auf diese Legitimation für Wichhoff.

Zeuge Parbier D.: Meine Wahllegitimation ist bereits bei der Hauptwahl von zwei Herren abgeholt worden. Als ich das gewahrt wurde, nahm ich sofort meinen Steuerzettel, ging zum Wahllokal und gab meine Stimme für Blumentrop ab. Als ich bei der Stichwahl wieder auf einen Steuerzettel wählen wollte, war auf meinen Namen bereits für Wichhoff gewählt.

Zeuge W.: Ich bin am ersten Stichwahltag verunglückt und mußte im Bräuberkrankenhaus untergebracht werden. Ich habe aus diesem Grunde mein Wahlrecht nicht ausüben können. Frau W. bekundet, daß ein Mann zu ihr in die Woh-

nung gekommen sei und habe die Wahllegitimation verlangt mit den Bemerkungen, er wolle dafür sorgen, daß auf den Zettel noch gewählt werde. Auch auf diese Legitimation ist für Wichhoff gestimmt worden.

Zeuge S.: Ich wiederhole meine Aussage vom 10. Januar. Ich konnte bei der Stichwahl mein Wahlrecht nicht ausüben, da bereits von einem anderen auf meinen Namen gewählt war. Die Stimme war für Wichhoff abgegeben.

Zeuge Schneidermeister B.: Ich kam zunächst ohne Legitimation zum Wahllokal und mußte infolgedessen nochmal umkehren, um dieselbe zu holen. Als ich zurückkam, wurde mir mitgeteilt, daß auf meinen Namen bereits gewählt sei. Als Legitimation hatte ich den Steuerzettel mit.

Zeuge Baharbeiter Sp.: Ich ging am zweiten Stichwahltage ebenfalls in die Wirtschaft Reutenberg, wo mir eine Legitimation, fobiel ich weih auf den Namen Schimustki lautend, gegeben wurde, damit ich Wichhoff wählen sollte. Ich weigerte mich erst, bin aber dann an den Wahllokal herangekehrt. Der Wahlvorsteher stellte fest, daß auf den Namen schon gewählt war und beantragte, daß ein Polizeibeamter meine Personalien aufschrieb.

Zeuge St.: Ich versuchte, mit einer mir von einem gewissen Maurer E. gegebenen Wahllegitimation — auf dessen Namen dieselbe lautete, weih ich nicht mehr — zu wählen. Der Wahlvorsteher stellte fest, daß auf den Namen bereits gewählt war und wies mich zurück. Ich sollte Wichhoff wählen.

Zeuge Rentner Eppelshelm (Herr Eppelshelm war Wahlvorsteher): Der beiden Vorkälle Sp. und St., deren Aussagen mir vorgelesen sind, entsinne ich mich noch, wenn mir auch die Namen entfallen waren. Die Aussagen sind zutreffend. Außerdem ist am Abend, an dem eine andere Abstimmungsgruppe wählte, ein anderer Fall ermittelt worden, in dem ein Mann dreimal seine Stimme für Wichhoff, jedesmal auf eine andere Legitimation, abgegeben hat. Es war ein Arbeiter der Gasanstalt, dessen Name, wie ich annehme, vom dem Polizeibeamten ermittelt sein wird.

Zeuge Straßenbahnschaffner K.: Ich wollte meine Stimme abgeben, wurde aber zurückgewiesen, weil bereits auf meinen Namen gewählt war. Als Wahllegitimation hatte ich meinen Steuerzettel bei mir, da meine Wahlteilnahme bereits bei der Hauptwahl von einem mir nicht bekannten Manne bei meiner Frau, während ich zum Dienst war, abgeholt worden ist. Auf diese Legitimation ist die Stimme für Wichhoff abgegeben worden.

Zeuge Zimmerer S.: Mir wurde von einem mir nicht bekannten Manne eine Wahllegitimation, auf den Namen Ahmann lautend, übergeben mit der Aufforderung, darauf für Wichhoff meine Stimme abzugeben. Ich wurde aber am Wahllokal abgewiesen, weil Ahmann bereits auf seinen Steuerzettel gewählt hatte.

Zeuge J. B.: Ich hatte keine Wahllegitimation bekommen und wollte auf meinen Steuerzettel wählen. Da die Wahllistennummer nicht gleich zu finden war, ging ich wieder fort. Im Hausflur gab mir jemand eine Legitimation und sagte, darauf könnte ich wählen. Dabei wurde mir auch ein Wahlzettel für Wichhoff gegeben. Am Wahllokal wurde ich zurückgewiesen, da auf den Namen bereits gewählt war.

Auf den Namen des Arbeiters Theophil Nowakki ist gleichfalls die Stimme für Wichhoff abgegeben worden. Festgestellt wurde, daß sich Nowakki bereits seit Ende August im Kloster zu Trier befindet. Er war an beiden Stichwahltagen nicht in Darmstadt. Auch auf diesen Namen hat ein anderer Heiliger die Stimme für Wichhoff abgegeben.

Herrner ist der Maurer Lambert Groß vor der hiesigen Strafkammer zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil er gleichfalls auf die Legitimation eines anderen für Wichhoff gewählt hat. Groß hatte seine Legitimation im Zentrumswahlbureau erhalten.

Von Zentrumsseite waren einige Zeugen benannt, die selbst nicht gewählt haben sollen, auf deren Namen aber die Stimme für Blumenkamp (den Sozialdemokraten) abgegeben worden ist. Die Zeugenaussagen ergeben folgendes:

Zeuge Hauer B.: Ich wiederhole meine Aussage vom 9. Januar. Ich habe persönlich Blumenkamp gewählt.

Zeuge Invalide J. B.: Ich wiederhole meine Aussage vom 10. Januar. Ich habe am 2. Stichwahltage persönlich Blumenkamp gewählt.

Auch vom Fuhrmann B. ist behauptet worden, daß auf dessen Legitimation jemand anders gewählt haben soll. B. befindet unter Eid, daß er bei der Stichwahl persönlich Blumenkamp gewählt habe.

Das sind also die „Wahlmögler“, die das Zentrum von sozialdemokratischer Seite angegeben wußte!

Der Krieg.

Eine neue Dardanellensperre?

Konstantinopel, 14. Juni. Da in den Gewässern von Smyrna zahlreiche italienische Kriegsschiffe und Transportdampfer eingetroffen sind und Rundschafter zu berichten wissen, daß die Italiener beabsichtigen, die Befestigungen von Blazari, nördlich von Galipoli, anzugreifen, beschloß die Flotte, sofort nach Besetzung einer der Inseln durch Italien aus Gründen der Sicherheit und Verteidigung die Dardanellen auch für Handelschiffe durch Legung von Minen zu sperren. Von hier ist nach Galipoli, wo 30 000 Mann konzentriert sind, ein Artillerieregiment abgegangen. Nach Smyrna wurden zwei Hauptbatterien abgefannt.

Gewalttame Ausweisung der Italiener.

Saloniki, 13. Juni. Die Polizei hat gestern mit der Wangsweisen Entfernung derjenigen italienischen Staatsangehörigen begonnen, die keine behördliche Erlaubnis zu weiterem Aufenthalt besitzen. Die ausgewiesenen wurden von der Polizei an Bord eines nach Griechenland abgehenden Dampfers geschafft. Ihre Zahl beträgt ungefähr 100, sie gehören zumeist der armen Klasse an. Unter ihnen befinden sich 45 alte Leute und auch solche, die nach dem Abtritt des deutschen Konsulats hätten hier bleiben können. Ihre Kisten waren aber von den türkischen Behörden nicht beglaubigt worden. Die Leute mußten den größten Teil ihrer Habe verkaufen, um das Reisegeld zusammen zu bringen.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 14. Juni. Das Ministerium des Innern veröffentlicht ein Communiqué, in dem mitgeteilt wird, daß das Generalquartier der von Mitrowitza nach Ipele dirigierten Division nach Kurelofsnje verlegt worden ist. Die Straße von Ipele nach Mitrowitza ist gesichert und der Postdienst wieder aufgenommen. In der Umgebung von Ipele werden die militärischen Operationen fortgesetzt, um die wahren Anführer der Aufstandsbewegung unschädlich zu machen. Mit der Durchführung der Reformen wird fortgefahren. Die Bauern kehren in ihre Dörfer zurück. — Ein zweites Communiqué besagt, daß die Bewegung in der Gegend von Dibra erloschen sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni 1912

Niedliche Konsequenzen.

Der § 64 scheint Folgen nach sich zu ziehen, die seine Urheber wohl nicht geahnt haben und wovon er am Ende doch ein Grauen erfassen wird. Den Genossen Borchardt und Leinert ist jetzt wegen ihres angeblichen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt die Anklageschrift zugegangen. Sie entkalt nichts weiter als eine Schilderung der Vorgänge im Abgeordnetenhause am 9. Mai. Den Nachweis der Behauptung, daß Borchardt nicht befragt war, im Saale zu verweilen, und daß die Schulleute sich in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befanden, hat der Herr Oberstaatsanwalt geschenkt, ebenso wie die Prüfung der Frage, ob sein Vorgehen mit den §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches in Einklang steht.

Auf den ersten Blick muß man sich wundern, weshalb die Vorgänge vom 9. Mai, unter ausgiebiger Benutzung des stenographischen Berichtes, mit solcher Breite in der Anklageschrift geschildert werden. Soll denn das, was vor der Ausschließung von unseren Genossen und vom Präsidenten in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete getan worden ist, ebenfalls vom Gericht nachgeprüft und beurteilt werden? Bei einigem Nachdenken jedoch wird man in diesem Punkte den Staatsanwalt in der Tat recht geben müssen. Wollte man nämlich wirklich die Gültigkeit des § 64 annehmen, so gestattete er ja die Ausschließung eines Abgeordneten nur „im Falle besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung“. Das Gericht würde also dann nachprüfen müssen, ob Genosse Borchardt in „besonders grober“ Weise gegen die Ordnung verstoßen, ob er „die Würde des Hauses geschädigt“ hat. Das ist aber nichts anderes als die gerichtliche Nachprüfung, ob die Maßnahmen des Präsidenten dem Falle angemessen und notwendig waren! Mit anderen Worten: wenn der § 64 gültig ist, so stellt er die ganze Geschäftsführung des Präsidenten unter die Kontrolle des Gerichts! Der Sinn der Immunität ist aber gerade, daß das Parlament über den Gerichten stehen und in seinen Handlungen ihnen nicht unterworfen sein soll. Es liegt also in diesen Konsequenzen eine arge Herabwürdigung des Parlaments und besonders seines Präsidenten.

Ob sich die Väter des § 64, als sie ihn zeugten, das wohl haben träumen lassen?

Aus dem Lager der Frommen.

Die patentpäpstliche „Kölnener Korresp.“ hatte kürzlich den Wachemiten verübelt: „Der Todesstoß kommt und zwar nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die ganze Kölner Richtung.“

Darauf erklart die „Köln. Volksztg.“ wütend: „In dieser Ausbruch des Hasses, diese Drohung mit dem Todesstoß von Rom“ her, nicht der reinste Hohn auf die Liebe atmende und Eintracht predigende Kundgebung des Heiligen Vaters durch den Mund seines Münchener Nuntius? Das Quertreiberorgan imputiert dem Papste Absichten, die ihn in den denkbar schändlichsten Widerspruch zu sich selbst setzen würden. Und das nennt sich „päpstlich“! Aber man fragt sich — und diese Frage bleibt noch zu beantworten —: Woher nehmen diese Kreise den Mut, fortgesetzt und immer wieder im Namen „Rom“ zu sprechen und päpstliche Entscheidungen im voraus zu formulieren und anzulindigen, ja päpstliche Antworten zu verlesen, von denen sich nachher herausstellt, daß sie alles und jeder Authentizität entbehren?“

Ja, das mit der „Christlichen Liebe“ hat schon seine Nichtigkeit; aber wie steht denn damit bei den Wachemiten. Hören wir ihre lieblichen Stimmen!

Die „Essener Volkszeitung“ sagt, niemals sei das Autoritätsgefühl im deutschen Volke gegenüber dem Heiligen Stuhl schlimmer herabgedrückt worden, als jetzt infolge des unverantwortlichen Vorgehens der Berliner.

Der „Kachener Volksfreund“ bezeichnet die Berliner Denunziation als einen Schurkenstreich, die Autorität der deutschen Bischöfe sei durch das Treiben der Berliner Kreise, insbesondere der Schwester Marie Gertrud, aufs schwerste gefährdet gewesen. Blätter seien gegründet, der päpstliche Segen sei erschlichen worden, man antichambrierte in Rom, um in einer Weise zu verleumden, die maßloses Erschaunen nachrufen werde, wenn alles ans Tageslicht kommen sollte.

Der „Vergnapp“, das Organ des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter, schreibt:

„Ueber den Kopf der ausländigen deutschen Bischöfe und des päpstlichen Gesandten in München wird in Rom gellängelt, um von dort aus eine Verurteilung der christlichen Gewerkschaften zu erwirken. Das ist um so gemeiner, als bisher nicht einmal der Versuch gemacht wurde, eine wirkliche Verurteilung der offen religionsfeindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erzielen. ... Ein Skandal ohnegleichen! Und sehr bedauerlich ist, daß er so lange anhalten konnte, daß den „Berliner“ von den zuständigen Stellen nicht längst das Handwerk gelegt wurde. Eine Verurteilung der christlichen Gewerkschaften von Rom ist gar nicht möglich.“

In der Mittagsausgabe der „Köln. Volkszeitung“ äußert der Ditzeljanpräses Dr. D. Müller-M. Gladbach seine Unzufriedenheit mit den Erklärungen des Auditors Helmers. Sie genügen ihm keineswegs, da sie die Auslassungen des Papstes, die sich ebenso auf die Arbeitervereine, wie auf die christlichen Gewerkschaften bezogen, nicht aufgehoben, sondern bestätigt hätten. Auch er wendet sich in seiner Bolemie in der bekannten Weise gegen die Berliner und schließt mit den Worten: „Mit Wagnung ist es hier nicht mehr getan, es muß ein anderes Ende gefunden werden, und dieses kann nur sein eine gründliche Abschüttelung dieserart frivoler Verdächtigungen, die den mühsam geschaffenen Organisationsan ein freudiges Wirken vergiften.“

Von christlicher Liebe ist also in diesen Kundgebungen auch nicht gerade viel zu spüren, aber noch weniger von Wahrhaftigkeit. Die Wachemiten wissen nämlich recht gut, daß die Verurteilung der christlichen Gewerkschaften nur die Konsequenz der Politik ist, die schon unter Leo XIII. begonnen und unter Pius X. ständig fortgeführt worden ist. Sie hauen auf die „Berliner Richtung“, meinen aber den Papst. Sie hoffen ihn einzuschüchtern um so mehr, da ja die deutsche „protestantische“ Regierung mit allen Mitteln sie unterstützt. Wenn der Papst nachgegeben haben wird, werden sie dann umso lauter ihm ihre Ergebenheit versichern.

Schweher Konsequenz.

Man schreibt uns aus Danzig: Der frühere freisinnige Landtagsabgeordnete, jetziges Mitglied des Zentralvorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei, Kommerzienrat Otto Münsterberg, gilt bei seinen Danziger Parteifreunden als großer Diplomat und sehr geistreich. Beide Tugenden scheinen jedoch erhebliche Einbuße erlitten zu haben. Das zeigt der Vergleich zwischen den Erklärungen, die er im „Vorwärts“ und in den Danziger bürgerlichen Blättern wegen seiner Be-

teiligung an den Schweher Wahlstandolen zugunsten des freikonservativen Zuchtshauschwärmers von Halem abgab.

Im „Vorwärts“, der bekanntlich weit vom katolischen Ozean mit seinen freisinnigen Bedrängnissen in Berlin erscheint, gab der freisinnige Politiker am 12. Juni die Erklärung ab, daß die Verladung der Danziger Studenten, die in Schweher mit Alkohol, Spaten usw. für das Teufelschium gekämpft haben, nicht auf seine Kosten erfolgt sei. Die Erklärung hat den ganz ungewöhnlichen Inhalt, daß der Kommerzienrat die Behauptung, daß er den freikonservativen Hilfe leistete, als Vorwurf empfindet, den er zur Wahrung seiner politischen Ehre zurückweisen muß.

Die in Danzig abgegebene Erklärung erfolgt ebenfalls gegen den „Vorwärts“ und die „Danziger Volkswacht“. Auch dort vermahnt Münsterberg sich dagegen, daß er das den Studenten vorgeschossene Geld nicht zurückerhalten habe. Dann fährt er aber fort: „Daß ich Liberaler bin, ist bekannt. In solchem Kampfe aber um unser Volkstum tritt die Parteitrennung zurück vor der Pflicht des Deutschen, den Deutschen zu helfen, auch wenn der Kandidat ein Konservativer ist. Von dieser Auffassung gedenke ich mich auch durch sozialdemokratische Angriffe nicht abdrängen zu lassen.“

Hier erklart derselbe Münsterberg Hipp und Nar, daß er es auch in Zukunft für seine Ehrenpflicht anseht, trotz des skandalösen Schweher Wahlbetruges, landrässlichen Zuchtshauschwärmer Hilfe zu leisten. Mit urteutscher Todesberachtung will der jüdische Kommerzienrat wieder für den mindestens halbantisemitischen freikonservativen eintreten. Warum er dieses schöne Bekenntnis lieber in Danzig vergrub, statt es durch den „Vorwärts“ abzugeben, liegt auf der Hand. Dagegen ist weniger verständlich, weshalb der Herr gerade nach dieser Versicherung das Geständnis machte, daß er Liberaler ist. Er irtt mindestens gewaltig in der Annahme, daß er dafür bekannt ist. Tatsächlich ist nur bekannt, daß er sich liberal nennt. Glauben wird man ihm seinen Liberalismus jetzt aber noch viel weniger als früher.

Ein Leutnant, der einen Schuljungen attackiert.

Der Leutnant Freiherr Sigmund Krefz von Krefzenstein vom ersten Chevauleger-Regiment in Nürnberg hatte sich wegen Körperverletzung zu verantworten. Der Leutnant ritt vor einigen Wochen aus der Nürnberger Chevaulegerkaserne, auf der Straße spielte ein achtjähriger Junge. Vor diesem hatte das Offizierspferd offenbar Angst, denn es schaute und machte einen Seitensprung. Hierauf geriet anscheinend auch der Junge in Schreden, denn er lief schreiend davon. Der Leutnant hatte mehr Courage als Pferd und Knabe und sprengte dem Jungen nach. Es glückte dem Reiteroffizier auch, den Ahtjährigen einzuholen, und pfelend fuhr des Leutnants Reitpferde auf des Kindes Kopf, abwohl der Knabe schrie: „Ich tue es nicht mehr.“ Der Anklagevertreter des Nürnberger Kriegsgerichts beantragte 10 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach den Leutnant frei, weil es ihm glaube, daß er in Putativnotwehr gehandelt habe. Der Leutnant hatte angegeben, er fürchtete, daß der Junge noch einmal auf ihn losgehe und sein Pferd vielleicht noch mal ängstige; aus Notwehr habe er deshalb nach dem Jungen geschlagen.

Sie wissen das Geld zu schätzen.

Während in anderen Staaten die Mitglieder der Ersten Kammer gar nichts oder höchstens die Hälfte der Summe bekommen, die die Mitglieder der Zweiten Kammer erhalten, beanspruchen die Herren der Ersten Kammer des elfstündigen Reichstages 1500 M. gegenüber den 2500 M. Diäten der Zweiten Kammer. Dieser haben die Mitglieder der Ersten Kammer Tag für Tag 20 M. Diäten bezogen, auch wenn sie nicht tagten, so daß sie eigentlich für jede Sitzung, die sie abhielten, 200 M. Diäten eingestekt haben. Bedenkt man, daß die Herren Senatoren durch die Bank gutbezahlte Staatsstellungen haben oder den reichsten Kreisen des Landes angehören, so versteht man ihren Patriotismus.

Die Präsidenten der beiden Kammern erhalten eine besondere jährliche Entschädigung von 8000 M.

Der Transportarbeiterstreik in Großbritannien.

London, 13. Juni. (Eig. Ber.) Ehe noch der nationale Streik der Transportarbeiter proklamiert worden war, hieß es in der englischen Unternehmerpresse, daß die Bewegung Fiasco gemacht habe. Aber die Taktik der Unternehmer ist zu durchsichtig, als daß man diesen irreführenden Nachrichten irgendwelche Beachtung zu schenken brauchte. Die anständigere bürgerliche Presse Großbritanniens beteiligt sich nicht an diesen Versuchen, die Transportarbeiter durch falsche oder tendenziös entstellte Nachrichten zu entmutigen. In Wirklichkeit dehnt sich der nationale Streik mit jedem Tage mehr aus. In dem vorhergehenden Berichte wurde schon darauf hingewiesen, daß der allgemeine Streik der Transportarbeiter, die den verschiedensten Beschäftigungen nachgehen, sich nicht mit jener Einheitslichkeit entkalten kann wie zum Beispiel ein Generalstreik der Bergarbeiter. Die Streikleitung ist mit den bisherigen Resultaten ganz zufrieden; sie schätzt die Zahl der in London und anderen Häfen des Landes streikenden Transportarbeiter auf 160 000. In Bristol, Swansea, Southampton, Plymouth und Manchester ruht der Hafenverkehr schon ganz oder ist doch wenigstens schon stark unterbunden. In London wird in den nächsten Tagen die mit Hilfe der Polizei aufrechterhaltene Lebensmittelzufuhr stark beeinträchtigt werden durch den Beschluß der Maschinenbauer und der verwandten Berufe, ihre Mitglieder zurückzuziehen. Die Maschinen in den Docks werden dann zum Stillstand kommen.

Das Hauptergebnis des Tages war gestern die Debatte über das von der konservativen Opposition beantragte Tadelvotum, das sich gegen den Minister des Innern richtete. Die Tories haben wirklich Recht mit ihren Führern. Was diese dazu veranlaßt haben kann, gerade über Mr. Kenna wegen dessen sehr vernünftigen, von allen unparteiischen Personen gebilligten Worten und Taten in der Affäre mit dem Streikbrecherheriff herzufallen und den Liberalen eine Gelegenheit zu schenken, sich als die wahren Freunde der Arbeiterklasse aufzuwiegen, ist ein Rätsel. Die Debatte bot wenig Interessantes. Schwere akademische Unverständlichkeiten über das Recht des arbeitswilligen Lumpenproletariats, das sonst von dieser Gesellschaft in den Stot getreten wird, bildeten die Substanz der Reden des langweiligen Chamberlain und des noch langweiligeren Bonar Law. Die Regierungsvertreter nutzten die Gelegenheit weidlich aus, um die Tories bei der Arbeiterschaft zu verdächtigen und sich reinzuwaschen. „Die Männer, die sich im Streik befinden“, sagte Mr. Kenna, „betrachten die „Lady Jocelyn“ (das Streikbrecher-schiff) als ein Banner, als eine Flagge. Ihnen ist sie alles, was sie unter dem Namen Streikbrecher hassen und verabscheuen. Es mag unrecht sein, daß sie diese Gefühle hegen. Die ehrenwerten Herren mögen sagen, daß allein der Besitz eines solchen Gefühls einem Verbrechen so nahe kommt, daß sofort das Militär requiriert werden sollte. (Protestrufe bei der Opposition und Weisfall bei der Regierungsmehrheit.)

Aber wenn irgendein Minister wünscht, die Ordnung aufrecht zu erhalten, muß es ein notwendiger Teil seiner Politik sein, sich mit den besten Mitteln vertraut zu machen, womit die Ordnung bewahrt werden kann.

Herr Asquith verteidigte seinen Kollegen, der für sich das Recht einer diskreten Anwendung der Befehle in Anspruch nahm, mit folgendem Gleichnis: Wenn, um einen extremen Fall zu nehmen, ein übelluniger und provozierender Mensch — ein erzentrischer Mensch, wenn Sie wollen — den Plan faßt, in der Ausübung dessen, was er für sein gesetzlich verbürgtes Recht hält, vor einer gewissen Anzahl seiner Mitbürger Abzeichen oder Symbole zur Schau zu tragen oder sich in einer Weise aufzuführen, von der er weiß, daß sie provozierend wirken und tiefen Unwillen erzeugen wird, so hat er ein Recht dazu; wenn er aber dann die Polizeibehörde auffordert, ihm Schutz angedeihen zu lassen, so hat die Polizeibehörde das Recht, zu sagen: Andere Aufforderungen sind dringender als die Ihre und obwohl Sie die Ihnen gesetzlich verbürgten Rechte nicht überschreiten würden, kann ich Ihnen den Schutz dennoch nicht angedeihen lassen, bis ich andere an mich gerichtete Anforderungen befriedigt habe.

Oesterreich-Ungarn.

Die Obstruktion der Ruthenen.

Wien, 14. Juni. Im Behrusschuh sprach der Ruthene Bogdanoff, der seit gestern abend 11 1/2 Uhr das Wort hat, vor-mittags um 10 1/2 Uhr noch nachdem er drei ganz kurze Unterbrechungen gemacht hatte. Der Landesverteidigungsminister sowie die Regierungsvertreter wählten der Sitzung seit gestern vormittag mit einer kaum einständigen Unterbrechung bei. Der Obmann Bogdanoff ist gleichfalls Tag und Nacht im Ausschuh anwesend gewesen.

Wien, 14. Juni. Der Abgeordnete Bogdanoff beendete im Behrusschuh um 11 1/2 Uhr seine 13 stündige Obstruktionssprache. Die Sitzung dauert fort.

Frankreich.

Poincaré über die auswärtige Politik.

Paris, 14. Juni. Deputiertenkammer. In der heutigen Vormittagssitzung ergriff bei der Beratung über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen Ministerpräsident Poincaré das Wort zu einer häufig von Weisfall unterbrochenen Rede. Er antwortete verschiedenen Rednern und sagte unter anderem folgendes: In dem italienisch-türkischen Kriege beobachteten wir gewissenhafte Neutralität. Unsere Beziehungen zu Italien, die einen Augenblick wegen der Zwischenfälle mit der „Carthage“ und der „Manuba“ schwierig wurden, sind wieder ausgezeichnet. Unsere Beziehungen zur Türkei sind gleichfalls ausgezeichnet. Poincaré sprach dann von den Verhandlungen mit Spanien und sagte: Der auf beiden Seiten vorhandene gute Wille gestattet die Hoffnung, daß eine Verständigung sehr bald zu erwarten ist. (Weisfall.) Unsere Beziehungen zu Deutschland sind loyal, höflich und korrekt. Wir bemühen uns, die gleiche bona fides in sie hineinzulegen. Sollte sich in Marokko die geringste Schwierigkeit ergeben, so haben wir die Möglichkeit, ein Schiedsgericht anzurufen. (Weisfall.) Ministerpräsident Poincaré erklärte weiter, daß die Beziehungen zu Rußland und England niemals besser gewesen wären als gegenwärtig. Die Allianz mit Rußland und die Freundschaft mit England fänden überall die gebührende Würdigung und würden überall als eine Stütze des Friedens betrachtet. (Weisfall.) Poincaré an die englisch-französischen Unterredungen über eine Allianz zwischen Frankreich und England und erklärte, daß, wenn die Entente cordiale auch einer Urkunde ermangelte, sie doch die Majorität der beiden Völker für sich habe. Die Tripartente trage gleichfalls dazu bei, den europäischen Frieden zu sichern, ohne jemand zu beunruhigen. Der Ministerpräsident schloß: In uns selbst ruht der Kern unserer Kraft, und Bündnisse mit uns werden im Verhältnis unserer Stärke gesucht werden. (Lebhafte Weisfall.) Darauf wurde die allgemeine Beratung geschlossen und das Budget des Ministeriums des Auswärtigen angenommen.

Marokkodebatten.

Paris, 14. Juni. Deputiertenkammer. Heute fand die Besprechung der verschiedenen Interpellationen über Marokko statt. Gleichzeitig wurde der Bericht von Maurice Long über das marokkanische Protektorat besprochen. Der radikale Lauch kritisierte das Verhalten der Intendantenbehörden und des Sanitätskorps während der letzten Expedition in Marokko. Der Interpellant machte dem Generalstab Vorwürfe über seine Sorglosigkeit. Der frühere Kriegsminister Messimy unterbrach ihn und erklärte: Es handelte sich darum, schnell vorzugehen und ohne Rücksicht die Rückzugslinie zu organisieren, um das Leben der Europäer in Jez zu retten. (Weisfall.)

Der Progressist Chappedelaine interpellierte über die Politik der Regierung in Marokko. Er lobte Duvauch und sprach sich dafür aus, von jetzt an starke Truppenkontingente nach Marokko zu senden, um das Protektorat zu organisieren. Der radikale Duménil interpellierte über die Gründe der Massaker in Jez und der allgemeinen Erhebung der Stämme und die Operationen des Generals Ditt in Tafilalet.

Die Rede des Sozialistenspezialisten Duménil rief wiederholt lebhafteste Zwischenfälle hervor. Duménil kritisierte scharf die in einigen Teilen Marokkos getroffenen militärischen Maßnahmen, insbesondere das Vorgehen des Generals Ditta. Er behauptete, daß wiederholt Schlappen verzeichnet worden seien und zitierte den Brief eines Offiziers, der heftige Angriffe gegen die Oberleitung enthält. Ein konservativer Deputierter rief dazwischen: Ein solcher Brief ist eine Feigheit, nennen Sie den Namen dieses Offiziers. Duménil antwortete: Sie wollen den Namen wissen; nun denn, der Briefschreiber ist der Leutnant Espardebe, der heldenmütig fiel, als er seinen verwundeten Leuten zu Hilfe eilte. (Stürmischer Weisfall auf der äußersten Linken.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede verlangte Duménil dringend Abhilfe gegen das Treiben der Terrainsgesellschaften, deren in Marokko nicht weniger als 150 Beständen und von denen die meisten die jüngstloste Grundstückspekulation treiben. Er erwähnte sodann, daß seit der Besetzung Marokkos durch Frankreich die Einfuhr von Alkohol in der bedenkenlichsten Weise gestiegen sei. (Aufruf auf der äußersten Linken: Das ist die Zivilisation!) Redner wies ferner auf die in der islamitischen Welt herrschende Erregung hin und bedauerte, daß Kriegsminister Millerand gerade jetzt, wo Algerien infolge der nach Marokko entsandten Verstärkungen von einem großen Teil seiner Garnison entblößt sei, durch die Einfuhr der Militärpflicht die Eingeborenen in Erregung versetze. Zum Schluß erhob Duménil Einspruch gegen eine Eroberungspolitik in Marokko, welche immer neue Verstärkungstruppen erfordern würde. — Das französische Volk wolle den Frieden, aber wenn trotz der ungewissen Lage Europas 100 000 Mann nach Marokko entsandt werden würden, dann laufe man Gefahr, das Unweitere zu entfesseln und Eroberungsgelüste anzufachen. (Lebhafte Weisfall links.)

Auf Ansuchen Millerands beschließt die Kammer, so rasch als möglich die Beratung des Abtrages in Angriff zu nehmen, damit dieses Gesetz, welches der Kriegsminister als sehr dringend bezeichnete, noch vor den Ferien erledigt werden könne. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Belgien.

Die belgische Partei rüstet.

Man meldet uns aus Brüssel unterm 13. Juni:

Zögernd nur und großend, ihr Temperament aus Achtung vor der Parteidisziplin niederringend, sind die Arbeiter der wallonischen Landesteile wieder an die Arbeit zurückgekehrt. Aber entsprechend der Lösung des Generalrats wird nun dort und in ganz Belgien der Kampf vorbereitet, der nun aus der nüchternen Abwägung der Tatsachen, der ruhigen Prüfung der Möglichkeiten und Mittel geführt werden wird. Aus dem Hennegau, aus Lüttich und Namur und andernwärts kommen bereits Nachrichten, daß die Organisationen über die Situation beraten, die Mittel für den Wahlrechtskampf diskutieren, um allenthalben die Meinungen zu klären und den Delegierten für den Bundeskongress sachlich fundiertes Material, reife Entschlüsse mitzugeben. Nach der Beratung der Gruppen werden gegebenenfalls noch die regionalen oder provincialen Kongresse die Fragen beraten, ehe sie auf dem allgemeinen Kongress am 30. Juni zur Entscheidung kommen.

Auch die Brüsseler Föderation hat gestern in einer Plenarversammlung im Maison du Peuple, die von etwa 3000 Parteimitgliedern besucht war — der Eintritt war nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte gestattet — über die durch den Wahlausfall geschaffene politische Situation und im Anschluß daran über die Mittel für den Wahlrechtskampf beraten. Die Beratung nahm einen äußerst bewegten Verlauf und wenn wir es uns auch aus guten Gründen versagen, über die interne taktische Seite in der Öffentlichkeit zu sprechen, so kann über den Kern der Frage immerhin einiges gesagt sein.

Wie das Manifest des Generalrates es ausgesprochen, ist für die Arbeiterpartei der radikale Wahlsieg ein erneutes Signal für den Kampf um das gleiche politische Recht, von dem allein eine Entwurzelung der politischen Herrschaft des Merkantilismus zu erhoffen ist. Nichts liegt für Belgien, das als erstes Land den Generalstreik zur Erreichung eines politischen Zweckes einführt, näher, als mit diesem außerordentlichen legalen Repressionsmittel gegen eine privilegiertenwütigen Regierung vorzugehen, zumal dieses Mittel schon einmal der Arbeiterpartei einen Rechtsanteil verschafft hatte. Daß seine Anwendung heute darum nicht weniger heikel, die Entscheidung für diejenigen, die sie im gegebenen Fall zu treffen haben, nicht weniger der tiefsten Verantwortung voll ist, braucht freilich nicht gesagt zu werden. Wenn nun der Generalrat durch seinen Beschluß, die streikenden Arbeiter der wallonischen Provinzen zur Arbeit zurückzurufen, einem aus einer lächerlichen Volksstimmung geborenen spontanen Massenstreik seine Billigung nicht gab, so hat er damit in keiner Weise das Mittel im Kampfe ums Wahlrecht ausschalten wollen, was auch aus der Fassung des Manifestes hervorgeht. Nicht über seine prinzipielle Anwendung, sondern nur über die Bedingungen seiner Anwendung hat der Generalrat in einem einmütigen Beschluß über die Notwendigkeit der Arbeitsaufnahme ein Verdict abgegeben.

Diese Bedingungen zu unterziehen, die Opportunität dieses Kampfmittels festzustellen, ist nun Sache der Organisationen der Einzelkongresse und schließlich des Bundeskongresses.

Die Versammlung der Brüsseler Föderation zeigte wohl kein einheitliches Bild der Auffassung über die Generalstreikfrage. Alle Redner waren sich aber in dem einen Punkte einig, daß, wenn der Generalstreik zur Notwendigkeit werden sollte, er nur auf der Basis einer gründlichen, umfassenden Vorbereitung vor allem durch die Gewerkschaften selbst, angewendet werden darf. Und eines noch wurde von allen Seiten als Hauptmoment in der Auffassung der Dinge hervorgehoben: keine Festlegung welchen Datums immer. Vorbereiten, bereit sein, aber keine Bindung durch eine Festlegung der Zeit. Besondere Betonung legten die Redner auf die parlamentarische Obstruktion durch die sozialistische Gruppe, die durch die Volksbewegung zu unterstützen, zu stärken sein wird. Diese Volksbewegung im Gange zu erhalten, das ganze politische Leben mit ihr zu durchdrängen, den Enthusiasmus für den Kampf unausgesetzt zu steigern, das muß — darüber herrschte nur eine Stimme — für die nächste Zukunft das unausgesetzte Bestreben der Arbeiterpartei sein. Die begeisterte Stimmung der Versammelten zeugte für diese Kampfbereitschaft.

Italien.

Disziplinarverfahren gegen die Offiziere der „San Georgia“.

Der Kommandant Albano und der erste Offizier Bardigiani, die, wie wir berichtet haben, vom Kriegsgericht wegen des Unterganges der „San Georgia“ freigesprochen worden sind, sind nunmehr vom Kriegsminister dem Disziplinarat überstellt worden, da das Fehlen strafrechtlicher Verantwortlichkeit nicht ausschließt, daß sich die betreffenden Offiziere disziplinarische Verfehlungen zuschulden kommen ließen. Die Presse nimmt diese Nachricht mit Genugtuung auf. Vielleicht wird das Disziplinarverfahren auch an den Tag bringen, ob wirklich an Bord des aufgelaufenen Schiffes bei der Probefahrt eine Dame anwesend war, wie gleich nach dem Unfall verbreitet wurde.

Ein Urteil gegen demonstrierende Soldaten.

Rom, 12. Juni. (Sig. Ver.) Am 9. Mai dieses Jahres haben circa 300 Soldaten auf der Piazza della Signoria in Florenz eine Demonstration gegen die verpöbelte Entlassung ihres Jahrganges abgehalten. Wegen 8 von ihnen hat bereits am 11. Juni der Prozeß stattgefunden. Zwei wurden freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen von zwei bis fünf Monaten verurteilt wegen Ungehorsams und Mitwirkung bei einer Volksversammlung. Natürlich wurde die ganze Sache zuerst von der Presse völlig in Abrede gestellt. Erst durch die Verurteilung erfährt man offiziell, daß die Demonstration nicht eine revolutionäre Erfindung war.

China.

Soldatenunterstützung in der Provinz Schantung.

Peking, 14. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ueber 2000 chinesische Soldaten haben gestern abend in Tsinanfu (Schantung) gemauert. Es kam zu Mäandern und Brandstiftung; um 10 Uhr vormittags waren die von den Reiteren angelegten Brände erloschen. Die Mäandern hatten aber noch nicht aufgehört. Während der Nacht wurden zwischen den Reite-

ren und der Wache des Gouverneurs geraume Zeit hindurch Schüsse gewechselt. Der Gouverneur flüchtete in die katholische Mission. Von den geplünderten Häusern gehören drei Japanern. Fremde sind anscheinend nicht verletzt worden. Schließlich wurde die Ordnung wiederhergestellt. Die Ursache der Meuterei war die Furcht der Soldaten, ohne Sold entlassen zu werden.

Nach Meldungen, die bei der Berliner Deutsch-Chinesischen Eisenbahngesellschaft eingegangen sind, sind in Tsinanfu Unruhen ausgebrochen, die aber nur lokaler Natur sind. Für die europäischen Beamten besteht augenblicklich keinerlei Gefahr.

Aus Industrie und Handel.

Das Weltvermögen in Wertpapieren.

Nach einem soeben erschienenen Berichte des amerikanischen Handels- und Arbeitsamtes wird das in Wertpapieren angelegte Kapital der ganzen Welt auf 110 000 bis 115 000 Millionen Dollar geschätzt, von welcher gewaltigen Summe allein in England, Deutschland und Frankreich sich nahezu 64 000 Millionen befinden. Wenn man annimmt, daß dieses in Wertpapieren angelegte Kapital sich nur mit 4 Proz. verzinst, so bringen allein diese drei Staaten die Wertpapiere ein Einkommen von über 25 000 Millionen. Nachstehende Tabelle gibt einen Ueberblick über den Umfang, in dem die einzelnen Nationen an dem Besitz von Wertpapieren beteiligt sind. Der stete Austausch und die Kurschwankungen drücken sich in der Gegenüberstellung von Minimal- und Maximalzahlen aus. Zugleich gibt die Tabelle einen Ueberblick über das Wachstum an Wertpapieren während der Zeit von 1908 bis Ende 1910.

Länder	Ende 1908		Ende 1910	
	in Millionen Dollar	in Millionen Dollar	in Millionen Dollar	in Millionen Dollar
Großbritannien	25 090 bis 26 035	27 020 bis 27 406	25 090	25 476
Vereinigte Staaten	22 195	23 100	20 458	21 290
Frankreich	19 879	20 265	17 370	18 235
Deutschland	15 440	16 405	5 597	6 983
Rußland	4 825	5 211	4 439	4 632
Oesterreich-Ungarn	4 053	4 246	2 509	2 702
Italien	1 930	2 316	1 737	2 316
Japan	1 158	1 851	8 755	7 720
Anderer Länder	6 369	7 334	100 989 bis 106 843	110 975 bis 115 800

Wenn man also die Maximalzahlen des in Wertpapieren angelegten Kapitals der Welt annimmt, ergibt sich, daß das Weltvermögen in Wertpapieren sich auf 116 800 Millionen Dollar, also auf weit über 463 900 Millionen Mark beläuft. Nach der Statistik des amerikanischen Handelsamtes ist Deutschland an diesem Reichtum mit rund 73 350 Millionen Mark beteiligt.

Soziales.

Ferienkolonien für Schulkinder.

Wie richtig es ist, daß man die Schaffung von Ferienkolonien nicht dem Guldanken privater „Philanthropen“ überläßt, dafür liefert eben wieder die zweitgrößte Stadt Preußens, Köln, den Beweis. Der dortige Verein für Ferienkolonien läßt zu seinen dreiwöchigen Kuren nur Kinder zu, die sich durch gutes Betragen und muntergestaltigen Fleiß vor anderen auszeichnen. An der Spitze dieses Vereins stehen auch zwei Stadtschulräte, also Leute, denen man eigentlich pädagogisches Verständnis zutrauen sollte. Dennoch scheinen diese Herren immer noch auf dem mittelalterlichen Standpunkt zu stehen, daß die minder guten Schulkinder aus purer Niedertreue, wohl um den Herrn Lehrer zu ärgern, nicht fleißig und wohlgezogen sind. Tatsächlich aber mühte jeder Erzieher mit normaler Beobachtungsgabe beim doch wissen, daß geistige Trägheit und schlechtes Betragen der Kinder aufs engste zusammenhängen mit deren körperlichem und gesundheitlichem Befinden. Ein gesundes, kernig und ausdauernd ernährtes, richtig gepflegtes und nicht ermüdetes Kind ist in der Regel auch artig und emsig. Darüber streiten sich forschschrittliche Erzieher und Aerzte längst nicht mehr. Und das ist auch dem Kölner Verein für Ferienkolonien sehr wohl bekannt. Hat doch einer der mit an der Spitze des Vereins stehenden Herren, Schulrat Dr. Brandenburg, in einer aus Anlaß des Deutschen Naturforschers- und Kerztages im Jahre 1908 im Auftrage der Stadt Köln herausgegebenen Festschrift geschrieben:

Manches Kind ist durch den Aufenthalt in der Ferienkolonie vor einem frühzeitigen Stichtum bewahrt und für die Anforderungen des Lebens gefährt worden. Die Folgen des Landaufenthaltes für die geistige Entwicklung sind geradezu erstaunlich. Nach den Ferien glaubt der Lehrer es mit einem ganz anderen Kinde zu tun zu haben. Vorher träg, schlaf und wenig empfänglich, zeigt es sich jetzt erregt, munter und den Lehren der Schule zugänglich. Nicht weniger reich ist der Gewinn für das Gemütsleben.

Ein begeistertes Lied kann man wohl nicht über die Ferienkolonien singen. Zugleich aber ist dieses Zeugnis des Schulrats ein verdienstliches Urteil über die von seinem eigenen Verein geübte Praxis, gerade diejenigen Kinder, die es am nötigsten haben, von den Vorteilen der Ferienkolonien auszuschließen.

Praktiken einer „Christlichen Konsumgenossenschaft“.

Die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Wülfrath am Rhein, deren Bereich sich über den ganzen Regierungsbezirk Köln erstreckt, und die wohl die größte aller „Christlichen“ Genossenschaften ist, hatte gegen den Kaufmann Peiß in Bonn auf Unterlassung und Schadenersatz geklagt, weil dieser Mittelstandsmann behauptet halte, die „Eintracht“ gebe in ihren Filialen Minderergewichte von zwölf bis fünfzehn Prozent. Die „Eintracht“ wurde von dem Landgericht Bonn kostenfällig abgewiesen. In den Gründen heißt es: „Die Beweisaufnahme hat in einem großen Umfange die Abgabe von Minderergewichten in Höhe bis zu zwanzig Prozent ergeben“; bei dem großen Umfange der Abgabe von Minderergewichten in den Verkaufsstellen der Genossenschaft können nicht angenommen werden, daß es sich um einzelne auf blohem Zufall beruhende Fälle handle. Der Wahrheitsbeweis sei von dem Beklagten erbracht.

„Chugbe“ — eine erhebliche Ehrverletzung?

Das Japanwort „Chugbe“ — zu Deutsch „Dreißigkell“ — bildete den Ausgangspunkt eines der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts aufgeschobenen Rechtsstreites. Eine Verkäuferin fühlte sich in ihrer Ehre verletzt, weil die Chugbe ihr auf eine ganz sachlich gehaltene Erklärung zur Antwort gab: „Das ist eine Chugbe“. Da ihr damit zu Unrecht der Vorwurf der Frechheit und Unverschämtheit gemacht worden sei, habe sie sich für berechtigt gehalten, das Dienstverhältnis ihrerseits sofort zur Lösung zu bringen, und sei darum fortgegangen. Die belangte Prinzipalin dagegen führt an, das Wort sei ihr allerdings in der Erregung entfallen, sie habe sich aber um so weniger etwas Weses dabei gedacht, als sie den Ausdruck mit „vorkant“ oder „anmachend“ für richtig überseht hielt. Sie habe dann ihrer Deutung auch von Personen jüdischen Glaubens bestätigt erhalten. Trotzdem sei sie der Klägerin entgegengekommen, habe sich bei der Klägerin schriftlich entschuldigt und sie gebeten, wieder anzutreten. Letztere kam aber gleich darauf mit der Klage.

Es bedurfte nicht erst der Vernehmung eines „Sachverständigen“ über die Auslegung des inkriminierten Wortes, das Kaufmannsgericht kam vielmehr nach eigener freier Ueberzeugung zu der Auffassung, daß eine erhebliche Verletzung der Ehre der Klägerin nicht vorliege und erlangte deshalb auf Abweisung der Klage.

Gewerkschaftliches.

Wer ist ein Streikbrecher?

„Eine müßige Frage!“ So denkt gewiß jeder Gewerkschaftler. „Selbstverständlich weiß jeder, wer und was ein Streikbrecher ist!“ — Gemacht, nur keine Ueberhebung. Man erlebt ja so oft, daß anscheinend einfache und selbstverständliche Dinge falsch beurteilt werden. Wenn Aerzte nach Jahren entdecken, daß eine vermeintliche „Sie“ ein „Er“ sei oder umgekehrt, warum sollte da ein sozialer Allermeltdoktor nicht finden können: ein Streikbrecher ist eigentlich gar keiner! Und ein solcher Pfadfinder ist uns in dem Hansabund entstanden. Geheimrat Nießer, der Wundermann, der die Agrardemagogie vernichtet, den Sozialismus tötet, den Ultramontanismus erwürgt, unter der stolzen wehenden Flagge der goldenen Internationale das Heil der Welt verkündet, hat in dem Generaldirektor Dr. Waldschmidt einen gewaltigen Konkurrenten gefunden. Ein neuer Kolumbus, der die tiefgründige Antwort auf die ungelöste Frage gab. In einer Ausschussung des Hansabundes, am Mittwoch, gab er seine grandiose Antwort zum besten. Nach übereinstimmenden Berichten entspringen seinem Haupte folgende Gedanken, die er bei der Besprechung der allerneuesten Richtlinien des Hansabundes zutage förderte:

„... Den Grundsat der Gewerbe- und Koalitionsfreiheit halten wir hoch. Aber ebenso verlangen wir, daß Willens- und Aktionsfreiheit geachtet wird. Es ist geradezu ein Unfug, der heute mit dem Worte „Streikbrecher“ getrieben wird. Streikbrecher ist nur der, der sich von vornherein zur Niederlegung der Arbeit verpflichtet hat und dies Versprechen nicht hält, keineswegs aber der, der aus gewichtigen Gründen von vornherein erklärt hat, daß er nicht mitmache.“

Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seine jedes Spießergemüt von bänglichen Stimmungen befreiende, genial einfache Interpretation. Wie geradezu hausbacken vernünftig sie sich ausnimmt, wie, so unumstößlich wahr! Die ausgekostetsten Scharfmacher werden ihr die Anerkennung nicht verweigern, daß die Klarheit der Begriffsbestimmung und die Trefflichkeit der Erläuterung, was Streikbruch sei, unübertrefflich sei. Diese Tatsache hebt die Bedeutung der Tat in die rechte Beleuchtung. Daß ein Arbeiter vielleicht aus Furcht vor Unternehmerterror, aus Angst vor der ihm und seinen Angehörigen drohenden Hungerpein, „freiwillig“ auf die Teilnahme an einem Streik verzichtet, das stört die das unbedingte Recht der Selbstbestimmung postulierenden Strategien des Hansabundes natürlich nicht. Vor dem Unternehmerterror macht der streitbare, freitruunkene Hansabund ehrfürchtig Halt. Und den nicht auf der geistigen Höhe eines Börsehanseoten wandelnden Arbeitern kommen noch andere Gedanken. Sie hören von dem Grundsat der unbedingten Freiheit der Arbeit und denken an die schwarzen Listen, jeden Arbeiter und Unternehmer an freiwilliger Arbeit hindern zu dürfen. Ja, es gibt Unfug! Man treibt sie mit der heuchlerischen Phrase von der „Freiheit der Arbeit“, von der „Freiheit der Selbstbestimmung“. Ungeachtet zwingt das koalitierte Unternehmertum Mitglieder und Nichtmitglieder, mißliebige Arbeiter zu entlassen oder nicht einzustellen. Man fragt nicht danach, ob einzelne Unternehmer mit der Diktatur der Konventionen usw. einverstanden sind oder nicht. Wer sich nicht fügt, wird gesperrt. Die Entziehung von Material zwingt manchen unter verhasste Despotie. Welcher Unternehmer ist noch frei in seinen Entschlüssen? Wer kann ganz nach Belieben, ohne sich Einmischungen von seinen Berufsgenossen gefallen lassen zu müssen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ferner seine Verkaufsbedingungen regeln? Niemand! Ja, manchem Unternehmer ist es sogar verwehrt, sich mit seinen Arbeitern friedlich zu verständigen, wenn Wünsche, Forderungen, Meinungsverschiedenheiten auftauchen. Schwere Geldstrafen, den „Terroristen“ durch gezwungen hinterlegte Wechsel gesichert, treffen sie für jedes Mißachten des Willens der anderen. Gegen solche Unterbindung der Selbstbestimmung, gegen solche Negation der Freiheit der Arbeit erhebt sich bei den Hütern der Freiheit der — Streikbrecher kein Protest! Kein Schrei der Entrüstung gibt Kunde von der Verletzung ihres Moralempfindens! Dieser funktioniert, genau wie die Rechtsprechung, niemals gegen das Klasseninteresse der Ausbeuter der Arbeitskraft.

Wie ein Blicklicht beleuchtet die Hansabundserklärung den klaffenden Gegenatz zwischen Kapital und Arbeit. Man konstruiert eine doppelte Moral! Zwang, von den Unternehmern ausgeht, als Mittel der Profitsteigerung und Profitsteigerung, ist sittlich erlaubt, verstoßt nicht gegen Ordnung und Recht. Dagegen ist dieses Recht, diese Ordnung, diese Moral verletzt, wenn Arbeiter selbst nur durch moralische Einwirkung eine Gefährdung ihrer auf Befriedigung des nackten Lebens gerichteten Interessen zu verhindern versuchen.

Der Hansabund rechtfertigt die große soziale Sünde des Streikbruchs, wenn sie „freiwillig“ geübt wird! Wahrlich, eine prächtige Moral! Das geht beinahe noch über die Christenlogik und die Argumentation des scharfmacherischen Herrenmenschen! Banditen, Straßenräuber und Mörder werden sicher nicht erlangen, aus dem Moralkodex der Hansabündler geeignete Schlussfolgerungen zu ziehen.

Berlin und Umgegend.

Die Kämpfe im Gastwirtsgerwerbe.

Dem Unternehmertum im Gastwirtsgerwerbe ist der Gedanke, daß ihre Angestellten sich organisieren, daß sie bestimmte Forderungen stellen, die sie unter Umständen selbst durch Arbeitsniederlegung durchzudrücken suchen, gar zu schrecklich. Wir teilen schon mit, daß die Inhaber der Berliner gastwirtschaftlichen Betriebe, die sonst auf strenge Massenscheidung und Mangunterschiede setzen, sich brüderlich zusammengefunden haben, ihre heiligsten Rechte auf unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit zu wahren. Die Herren Scharfmacher der Innung und des Hoteliervereins haben nicht bloß die Inhaber der großen Saalgeschäfte mit herangezogen, selbst die Haderpeter haben sie nicht verschmäht. So ist das berüchtigte Plakat, durch das den Angestellten bei Androhung des Ausschlusses verboten wurde, an einer Lohnbewegung sich zu beteiligen, u. a. auch von dem „Haderpeter“ Herrn Martin in der Ringstraße unterzeichnet worden.

Durch diesen Ufas wollten die Scharfmacher den Schrecken unter den Angestellten verbreiten, sie veranlassen, aus der Organisation auszuschließen. Das Gegenteil ist eingetreten, die Erbitterung unter den Gehilfen ist gewachsen, und wo sich die Unzufriedenheit nicht offen zeigen kann aus Furcht vor Maßregelung, wirkt sie um so stärker unter der Oberfläche. Der Verband der Gastwirtsgehilfen aber hat in den letzten Wochen wiederum circa 350 Reueaufnahmen zu verzeichnen gehabt, nachdem der Verband in Berlin im ersten Quartal 1912 von 4280 auf 5108 Mit-

glieder gestiegen war. Diejenigen Unternehmer, die mit dem Verband Tarife abgeschlossen haben, wurden von dem Scharfmacherverband, an dessen Spitze die Herren Eßan, Generaldirektor der Berliner Hotelgesellschaft Zentralhotel, der auch die Restaurationsräume des Zoologischen Gartens gehören, und Herr Schwarz, Direktor der Trarbach-Weinstuben und Mitinhaber von Schwarz' Etablissement in Lichtenberg stehen, mit besonderer Aufdringlichkeit umworben und mit Vorwürfen bedacht, weil sie mit dem „roten“ Verband friedliche Vereinbarungen eingegangen sind.

Nun mußte der Scharfmacherverband aber auch seine Existenzberechtigung nachweisen und Beweise von seiner Nützlichkeit für die Gastwirte erbringen. Ein Sieg mußte errufen werden. Das wurde so gemacht: Man lancierte in die bürgerliche Presse ein Mitteilungsblatt, wonach für die Pfingstfeiertage in Berlin ein großer Kellnerstreik geplant sei. Nach dem Feste wurde in den Unternehmerblättern triumphierend verkündet, daß der Streik aus Furcht von dem „Interessenverband der Gastwirte“ unterblieben sei. Da in den Kreisen der Gehilfen auch nicht die leiseste Absicht bestanden hatte, zu Pfingsten einen derartigen Streik zu unternehmen, war es nicht schwer geworden, diesen Sieg zu erringen.

Am nun zu der Gründung und dem Vorgehen des „Interessenverbandes“ Stellung zu nehmen, war für die Donnerstagnacht eine Versammlung der Gehilfen einberufen. Der Referent Zeiske empfahl die nachstehende Resolution zur Annahme:

Die heute in den Industriezweigen tagende öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten hat Kenntnis genommen von der Gründung und dem Vorgehen des sogenannten Interessenverbandes der gastwirtschaftlichen Unternehmer.

Die Versammelten sind davon entfernt, den Unternehmern irgendwie das Recht streitig machen zu wollen, sich zu organisieren, selbst, wenn diese Organisation sich gegen die Gehilfen wendet.

Dagegen legt die Versammlung entschiedene Verwahrung ein gegen den Versuch des koalitierten Unternehmertums, der Gehilfenschaft durch schwarze Listen, Berufsverweigerung, Maßregelungen usw. das ihr durch das Gesetz gewährleistete Koalitionsrecht zu unterbinden.

Die Versammelten werden sich durch das brutale Vorgehen der Unternehmer nicht abhalten lassen, ihr Ziel auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgerwerbe auch fernerhin weiter zu verfolgen. Nach wie vor erblicken die gastwirtschaftlichen Angestellten im Verband der Gastwirtsgehilfen diejenige Organisation, die allein geeignet und gewillt ist, die Existenzbedingungen der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe zu heben und sie verprechen deshalb, unausgesetzt tätig zu sein, dem Verbands neue Mitglieder zu werben, um dessen Macht zu vergrößern. Sie wiederholen ferner die schon mehrfach abgegebene Erklärung, daß sie jederzeit bereit sind, durch die Vertreter des Verbandes mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, um Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

Die Resolution fand einstimmige Annahme, und es folgten etwa 40 Beitrittserklärungen zum Verband.

Da dem Scharfmacherverband auch eine Anzahl Cafetiers beigetreten sind, werden die Kaffeegestellten am Montagmorgen in einer besonderen Versammlung sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Die Unternehmer dieses Zweigs bemühen sich seit Jahren krampfhaft, sich in einem gelben Gehilfenverband eine Prätorianergarde heranzuzüchten. Sie möchten die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen gern ganz und gar aus ihren Betrieben ausschalten. Das wird ihnen indes nicht gelingen, denn die Abteilung der Cafetier beim Verband der Gastwirtsgehilfen zählt jetzt bereits 1647 Mitglieder. Und so werden auch hier die scharfmacherischen Absichten in ihr Gegenteil sich kehren, die Gehilfen werden immer mehr im engen Zusammenschluß eine Stütze suchen und finden müssen. Die Unterstützung der Arbeiterschaft dürfte ihnen dabei nicht fehlen.

Die Situation im Fuhrergewerbe wurde in der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Fuhrer besprochen. Es wurde unter anderem ausgeführt: Die Situation im Baugewerbe ist im allgemeinen ungünstig, und es ist auch keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Für die Fuhrarbeiten ist gegenwärtig die beste Zeit. Die Fuhrer stehen größtenteils in Arbeit, aber diese Zeit wird nicht lange anhalten. Es ist anzunehmen, daß ein Teil der Rohbauten, die nächsten zum Ruhen reif werden müßten, verzögert werden, weil es wahrscheinlich zu einem Kampf der Dachdecker kommen wird. Die allgemeine schlechte Konjunktur hat ein wesentliches Sinken der Akkordpreise zur Folge gehabt. Die Preise sind auch gegenwärtig, trotz ausreichender Arbeitslosigkeit, in den meisten Fällen so niedrig, daß es ganz unmöglich ist, bei Innehaltung der ordnungsmäßigen Arbeitszeit den üblichen Lohn zu verdienen. So wird denn die Mittagspause verkürzt und auch noch über Feierabend gearbeitet. Ein Unfug, gegen den sich die Organisation mit aller Entschiedenheit wendet. In letzter Zeit ist eine lebhaftere Negotiation auf den Bauten entfalteter worden. Sie hat auch den Segen gehabt, daß das Verhältnis für die Organisation und ihre Forderungen unter den Kollegen wieder wesentlich gestärkt worden ist.

Fleischerboikott in Neukölln.

Um das Täuschungsmanöver der Innung und der Gelben zu durchkreuzen, ist allen Schlächtereien, die den Tarifvertrag des Zentralverbandes der Fleischer unterzeichnet haben, durch die Streikleitung ein Plakat (weiß mit rotem Rand) folgenden Inhalts aufgestellt worden:

Meiner geschätzten Kundenschaft zur gefälligen Kenntnis: In meinem Geschäft sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands tariflich geregelt!

Es erfolgt deshalb keine Preiserhöhung der Fleisch- und Wurstwaren.

Bestätigt durch

Stempel der Streikleitung. Paul Bergmann. Dieses Plakat wird von den Inhabern der Firmen, die demwillig haben, im Schaufenster oder Laden an sichtbarer Stelle ausgehängt. Wir ersuchen das laufende Publikum, hierauf zu achten und sich durch das rote, von der Innung und den Gelben herausgegebene Plakat nicht täuschen zu lassen.

Zentralverband der Fleischer.

Berlin, Elisabethstr. 11. Teleph.: Adingstadt 3024.

Deutsches Reich.

Zum Streit beim Bau des Mittelkanals.

Trotz großer Anstrengungen ist es der Firma Heib u. Franke nicht gelungen, Anfang dieser Woche den Betrieb mit 400 Mann wieder voll aufnehmen zu können, wie die Firma großspurig verkündet hatte. 42 Pf. Stundenlohn den Arbeitern zu gewähren, war ihr zu viel, weil nach ihrer Meinung die Arbeitsleistung der früheren Arbeiter dieser Lohnung nicht entspräche. Bei der jetzigen Bedienung der zwei im Betrieb befindlichen Wagger leisten diese täglich nicht das, was vordem ein Wagger in einem halben Tage schaffte. Wird der Zugang von Arbeitswilligen streng ferngehalten, so dürfte die bestrickte Firma in kurzer Zeit zu der Einsicht kommen, daß 42 Pf. Stundenlohn für die mühevollen Arbeit wirklich keine „unberechtigte“ Forderung ist.

Ed. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Ausland.

Der Seemannsstreik in Frankreich.

Die Streikkommission in Havre hat ein Telegramm des Nationalausschusses der Seeleute erhalten, in welchem zum Ausdruck gebracht wird, daß sich die Seeleute in allen Häfen Frankreichs mit den streikenden Matrosen solidarisch erklären. Bis jetzt sind die Forderungen der Streikenden nur von zwei Hochseigentümern anerkannt worden, und zwar von Edmund Rothschild, dem Besitzer der Jacht „Amah“, und Henry Rothschild, dem Besitzer der Jacht „Eros“. Für die Bewegung ist dies völlig ohne Bedeutung. Inzwischen müssen die Seeleute aller einlaufenden Schiffe weiter ab.

In Vrest liegen eine große Anzahl von Dampfern still, ohne auslaufen zu können. Die Schiffsahrtsgesellschaften haben beschlossen, den Matrosen eine Lohnerhöhung von 10 Frank pro Monat zu gewähren. Die Streikenden haben diese Zulage aber abgelehnt; sie verlangen eine Lohnerhöhung von 20 Frank monatlich. Der Bürgermeister von Vrest hat auf den Kais mit den Streikenden Verhandlungen angeknüpft, um sie zum Nachgeben zu bewegen. Es ist ihm aber nicht gelungen, einen Erfolg zu erzielen.

In Dunkirchen haben die Seeleute ebenfalls den Streik erklärt. Als gestern morgen der Dampfer „Bille de Dunquerque“ im dortigen Hafen vor Anker ging, kam es auf dem Kai zu vorübergehenden Aufrührungen, als die Ausständigen, die sich in großer Zahl am Hafen eingefunden hatten, die vom Schiff kommenden Seeleute zu bewegen suchten, sich dem Streik anzuschließen. Gestern nachmittag fand in der Arbeiterbörse eine Versammlung der Streikenden statt, zu der sich auch die Mannschaft des „Bille de Dunquerque“ eingefunden hatte. Es gelang der Versammlungsleitung, die Matrosen des Schiffes zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Sie werden also nicht mehr an Bord des Dampfers zurückkehren.

Versammlungen.

Zentralverband der Sattler und Portefeuliers. Die Zahlstelle Berlin hielt am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht vom Münchener Verbandstag erstattete Ernst Schulze. Wir haben unseren Lesern einen Bericht von diesen Verhandlungen gegeben. An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, in der aber eine wesentliche Kritik an den Beschlüssen und Arbeiten des Verbandstages nicht geübt wurde. Im allgemeinen klang aus den Reden der einzelnen Redner die Juridienheit mit den Ergebnissen des Verbandstages. Bei den Wahlen zum Ortsvorstand wurden einstimmig gewählt: Ernst Schulze wieder als 1. Vorsitzender, Wehner wieder als Kassierer und Hauptmann wieder als Arbeitsvermittler. Die Wahlen zum Ausschuss und Zentralvorstand wurden per Stimmentzettel vorgenommen. Gewählt wurden: In den Zentralvorstand: Wilhelm Bänisch, Adolf Döhner, Ernst Kreplin, Jakob Martens; in den Ausschuss: Adolf Hahn, Franz Langer, Reinhold Starke, Hermann Wolf.

Letzte Nachrichten.

Zwei Personen in der Müggel ertrunken.

Ein schweres Bootunglück, bei dem zwei junge Männer den Tod fanden, ereignete sich gestern mittag auf dem Müggelsee. Ein Doppelfußer des Vereins „Sturmogel“ wurde von vier Rudern zu einer Fahrt nach dem Müggelsee benutzt. In der Rahndorfer Bucht, in der Nähe der Wasedöwischen und Holzbrücke, wurde das Boot durch den starken Wellengang voll Wasser geschlagen und kenterte. Alle vier Personen fielen ins Wasser. Ihre gelenden Hülse wurden von dem Inhaber des Restaurants Müggelhorst bei Rahndorf gehört. Sofort sprang der Wirt hoch in sein Rotorboot und fuhr zur Unfallstelle. Als er hier ankam, schwammen noch zwei der Rudern, während die beiden anderen untergegangen waren. Die beiden Schwimmenden hatten sich schon dreiviertel Stunden mit den starken Wellen kämpfend über Wasser gehalten und wurden jetzt noch vielen Mühen durch das Rotorboot gerettet. Die beiden Geretteten heißen Hans Kerberg und Fritz Hofmeister, die beiden Ertrunkenen Rudolf Werth und Erich Palm.

Die Badische Erste Kammer und die Verhältniswahl.

Karlsruhe, 14. Juni. (W. L. W.) Der Kommissionsantrag, betreffend die Verhältniswahl, wurde in seinem ersten Teile, der sich gegen Einführung der Verhältniswahl noch in dieser Session ausspricht, einstimmig angenommen. In seinem zweiten Teile, der von der Regierung eine Denkschrift über diese Frage fordert, mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Umsatz der Ruthenen.

Wien, 14. Juni. (W. L. W.) Im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses gab der Unterrichtsminister Hussarek eine mit dem Polenklub vereinbarte Erklärung ab, in der er hervorhob, daß zwischen den in dem Entwurf der kaiserlichen Entschlieung in Aussicht gestellten Maßnahmen betreffend die Errichtung einer ruthenischen Universität und den Bestrebungen der Ruthenen keine solche Differenzen beständen, daß eine Verständigung unmöglich sei. Die kaiserliche Entschlieung biete ein vollwertiges Unterfund für die Bestrebungen der Ruthenen, sonach sei die Bahn zu neuen Verhandlungen über sämtliche zwischen den Ruthenen und Polen bestehenden Differenzen geöffnet. Die Vertreter der Ruthenen erklärten, sowohl im Budgetausschuss wie im Wehrausschuss, daß die ministerielle Erklärung geeignet sei, eine neue Verhandlungsbasis zu bilden. Im Wehrausschuss fügte der Abg. Lewicki hinzu, die Ruthenen würden sonach ihre bisherige Haltung ändern. Die Sitzung wurde nach 45stündiger Dauer geschlossen. (Siehe auch Oesterreich-Ungarn.)

Der großbritannische Transportarbeiterstreik.

London, 14. Juni. (W. L. W.) Bei einem Meeting der Streikenden in der Tower Hill erschien eine große Abtheilung der Polizei, welche die Streikenden organisiert haben, um ihre Interessen gegenüber der privaten Polizei der Unternehmer zu schützen, bewaffnet mit Knütteln, unter Vorantritt einer Musikkapelle. Ein Führer machte bekannt, daß 2000 Leute in Southwark gedrillt worden seien. Er fügte hinzu, daß er von der Polizei belangt werden würde wegen Uebertretung der Parlvorschriften. Einer der Führer der Gewerkschaft der Postarbeiter erklärte, wenn der Streik über das Ende der Woche hinaus andauern sollte, würden alle Eisenbahnarbeiter im ganzen Lande am Montag in den Ausstand treten.

Das Ende des kubanischen Regeraufstandes.

Hamburg, 14. Juni. (W. L. W.) Nach einem heute beim hiesigen kubanischen Generalkonsul eingegangenen Telegramm haben die Truppen der Regierung gestern in Jaraquema die Hauptgruppen der Aufständischen, die von ihren beiden Hauptführern befehligt waren, geschlagen. Die Zahl der Toten, die die fliehenden Regent auf dem Schlachtfeld ließen, ist groß. Nach diesem Kampfe haben sich die Regent nach allen Richtungen zerstreut und fliehen in kleinen Gruppen, verfolgt von Truppen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Berantw. Redakteur: Albert Röhrl, Berlin. Inzerentenpreis befristet.

Die Änderungen des Organisationsstatuts der Partei.

Die Aufpeitschung des politischen Lebens durch die Marokkoverwirrer des vorigen Jahres erstreckte sich auch auf das innere Organisationsleben unserer Partei. In den Debatten des vorjährigen Parteitages in Jena, die sich an den Vorstandsbericht angeschlossen, trat das besonders klar und scharf in die Erscheinung. Die dort geübte Kritik, die von links und rechts geäußerten Forderungen und Wünsche kristallisierten sich in Anträgen, die auf eine Entlastung des Parteivorstandes und auf eine Stärkung seiner Initiative und Aktionskraft hinausliefen. Die Entlastung glaubte der Parteitag durch die Schaffung zweier weiterer Sekretariatsstellen im Parteivorstand zu schaffen. Außerdem wurde die Mitgliederkommission gewählt, die Vorschläge zu einer Reorganisation auszuarbeiten hatte. Das Ergebnis dieser Kommissionsarbeit ist in der in Nr. 134 des „Vorwärts“ veröffentlichten Vorlage niedergelegt und steht jetzt zur Diskussion.

Die bedeutendste Änderung oder richtiger Neuerung ist in den §§ 20, 21 und 22 formuliert, in denen die Schaffung einer neuen Instanz vorgeschlagen wird, die Bildung eines Parteiausschusses, bestehend aus 32 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern, die den einzelnen Landesstellen zu entnehmen sind.

Die wichtigste Aufgabe, die diesem Parteiausschuss zugewiesen werden soll, besteht darin, daß er gemeinsam mit dem Parteivorstande über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen entscheiden soll. Alle Vierteljahre soll eine gemeinschaftliche Sitzung von Vorstand und Ausschuss stattfinden, außerordentliche Sitzungen sollen stattfinden, wenn es mindestens ein Drittel der Ausschussmitglieder beantragt.

Der Vorteil, der in diesem Ausbau der Spitze unseres Parteigebäudes liegt, kann darin erblickt werden, daß der Parteivorstand mehr als bisher mit unterrichteten und führenden Genossen aus allen deutschen Landesteilen in Fühlung kommt, deren Meinung über bestimmte politische Fragen sowie über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit besonderer Parteifaktionen hören kann. Die verschiedenartige Beurteilung politischer Fragen, wie sie nun einmal durch die gegebene Verschiedenheit norddeutscher und süddeutscher Verhältnisse manchmal in Erscheinung tritt, kann durch die Tätigkeit des Ausschusses zu einem Ausgleich gebracht werden, der eine einheitliche Parteifaktion ermöglicht. Man könnte z. B. sagen, daß es ein großer Vorteil sei, wenn es der gemeinschaftlichen Arbeit des Vorstandes und des Ausschusses gelingen würde, in einer folgenloser Situation, wie es z. B. der Marokkostreit war, eine einheitliche, geschlossene Protestaktion in ganz Deutschland zu inszenieren.

Ein weiterer Vorteil der vorgeschlagenen Institution kann darin erblickt werden, daß der Vorstand durch sie in viel engere Fühlung mit dem Organisationsleben der Partei in allen Landesteilen gebracht wird, als das bisher der Fall war.

Diesen Vorteilen können aber Nachteile entgegengesetzt werden, die sogar so groß sind, daß der Zweck, der mit der Schaffung des Parteiausschusses erreicht werden soll, überhaupt aufgehoben wird. Man kann in dieser Instanz schließlich nur eine Verneuerung des bürokratischen Apparates der Partei, in dringenden Fragen sogar eine Verzögerung schneller Entscheidungen befürchten.

Was die Fühlungnahme des Parteivorstandes mit den Organisationen im Reich anbetrifft, so ist dazu die Schaffung einer neuen Instanz nicht notwendig. Schon jetzt tritt der Parteivorstand mit den Bezirkssekretären und Bezirksleitern in bestimmten Perioden zusammen, um mit jenen über Organisations- und Agitationsfragen, über Wahlen und dergleichen zu beraten. Es handelt sich dabei um Genossen, die zweifellos über die Parteiverhältnisse, über die Möglichkeit politischer Aktionen usw. in ihrem Bezirk am besten unterrichtet sind. Die Schaffung einer komplizierten neuen Instanz könnte sehr wohl vermieden werden, wenn dem Parteivorstand anheimgegeben wird, diese Zusammenkünfte häufiger zu ver-

anstalten, und wenn den Bezirksleitern eine gewisse Initiative auf Einberufung solcher Konferenzen zugestanden werde.

Was die Tätigkeit des geplanten Ausschusses aber in besonders dringenden und brennenden politischen Fragen anbetrifft, so kann sie die Aktionsfähigkeit der Partei eher lähmen als schlagkräftig gestalten. In gespannten Situationen der äußeren Politik kann sich die Notwendigkeit einer Parteifaktion innerhalb weniger Stunden ergeben. Unter den gegenwärtigen Organisationsverhältnissen kann oder muß der Vorstand hier handelnd eingreifen. Besteht aber der Ausschuss, wird der Vorstand auf diese ihm durch die Statuten bei- und gleichgeordnete Instanz Rücksicht nehmen wollen, er wird in ihm eine durchaus legitime Rückendeckung sehen. Und wenn er dann auch Telegraph und Telefon spielen läßt, so werden doch vielleicht Tage vergehen, ehe die 32 Ausschussmitglieder sich mit den Vertretern des Parteivorstandes in Berlin über einen Entschluß einigen, der den Ereignissen nachhinkt. Ähnlich liegen die Dinge, wenn die Wogen der inneren Politik Deutschlands einmal hochgehen. Namentlich wenn man der Meinung ist, daß auch in Preußen-Deutschland einmal die Zeit stürmischer Entwicklung, die augenblickliche Entschlüsse fordert, kommen kann, wird man sich kaum mit der Schaffung des vorgeschlagenen Ausschusses einverstanden erklären, der friedlich-schiedlich alle Vierteljahre in Berlin mit dem Vorstande Rede und Gegenrede pflegt, der, wenn der politische Wind etwas stärker bläst, vielleicht auch nach Ost und West, nach Süd und Nord Zirkulare verschießt, um Unterschriften zu sammeln, die dem statutenmäßigen Drittel das Recht geben, eine außerordentliche Sitzung zu verlangen. Denn dann ist die Gefahr vorhanden, daß, ehe die Unterschriften der Ausschussmitglieder zusammenkommen, der Augenblick, in dem gehandelt werden mußte, längst verpaßt ist. Der Parteivorstand aber, dem die Partei in dem Ausschuss einen Mitverantwortlichen gegeben hat, wird nur schwer ohne diesen zu selbständigen Entschlüssen kommen, muß er doch fürchten, vom Ausschuss desavouiert zu werden, wenn er einmal schnell und auf eigene Initiative handeln zu müssen glaubt.

Daher kann derjenige, der an die Möglichkeit stürmischer Zeiten auch im politischen Leben Deutschlands glaubt, die Schaffung des vorgeschlagenen Ausschusses nicht als einen Vorteil ansehen. Der muß zu der Ansicht kommen, daß das Verhältnis zwischen Parteiausschuss und Parteivorstand ungefähr das gleiche wird wie das des Hofkriegsrates in Wien und der österreichischen Generale im 18. Jahrhundert, die vor lauter Kompetenzängsten nicht zum Schlagen kamen.

Da wir mit der Schaffung des Parteiausschusses nicht einverstanden sind, rückt für uns die vorgeschlagene Zusammenfassung sowie der Wahlmodus in die zweite Linie. Wer aber in der neuen Instanz keine Erhöhung der Schlagkraft der Partei und kein leichteres Funktionieren des Parteiapparates erblicken kann, wird nach einer Möglichkeit suchen, die den Wünschen nach einer Reorganisation der obersten Leitung der Partei möglichst entgegenkommt.

Vorausgeschickt sei hier, daß es vollständig absurd wäre, wenn man von vornherein auf dem Standpunkte stände, daß man dem Parteivorstande und allem, was dieser tut oder unterläßt, mit absolutem Mißtrauen gegenübersehen müßte, als ob man seine Tätigkeit ungefähr so beurteilen müßte, wie wir die der Regierung des Klassenstaates beurteilen. Nein, die Genossen, die durch den Parteitag, also durch eine konzentrierte Willensäußerung der Gesamtpartei mit der Verantwortung betraut werden, an exponiertester Stelle deren Gesicht zu leiten, müssen von vornherein ein reichlich Maß von Vertrauen auf ihren politischen Willen und ihre Leistungsfähigkeit genießen, um überhaupt gewählt zu werden. Es muß schon der Ausfluß einer eigenartigen psychischen Verfassung sein, wenn man in dem Genossen, dem die Mehrheit des Parteitages ein Amt im Vorstande anvertraut, von dem Momente seiner Wahl ab einen unsicheren Kantonisten sieht. Aber sieht man von einer solchen Beurteilung des Parteivorstandes ab, so muß man doch zugeben, daß auch die Parteivorstandsmitglieder dem Irrtum unterworfen sein können, daß sie bestimmte politische Situationen nicht von allen Seiten erfassen können und daß dadurch ihr Handeln zu einem Fehlgreif oder zu einer Unterlassungssünde werden kann. Da wäre es dann

bedeutenden Kapitals sein werden. Wir stehen hier natürlich noch vor Ausnahmen, wie wissen ja gut, daß mindestens neunundneunzig Prozent des internationalen Proletariats ein jämmerliches Fabrikleben führen — aber der Anfang ist vorhanden — und wir wollen ihn nicht unterlassen.

In den kleineren Ländern bringt es der Kapitalismus in den Fabrikstädten nicht über geringfügige Konzeptionen hinaus. Der Anfang auf dem Weltmarkt ist zu groß, die Kapitalien sind meistens zu klein, um in größerem Maßstabe den Anforderungen moderner Baukunst zu genügen. Die erfreulichen Erscheinungen, denen wir hier und dort dennoch begegnen, sind nicht mehr Ausgebungen einer blühenden Industrie, sind keine der anarchischen Produktionsweise abgerungenen Resultate, sondern entspringen dem Einfluß rein-geistiger Strömungen oder dem Scharfsinn, der Hebezeugung und dem Enthusiasmus von einzelnen Arbeiterkonsumgenossenschaften und Gewerkschaften.

In den großen Industrieländern — ein Zeichen, worauf mit Nachdruck hingewiesen werden muß! — steigt der Kapitalismus den Pfad moderner proletarischer Baukunst hinan — in den kleineren Staaten fehlt das. Dafür offenbart sich dort in den von dem Proletariat selbst aufgerichteten Gebäuden oft das Verlangen nach Schönheit. Die Tatsachen reden. Die mächtigsten Proletariatsgruppen der Welt haben noch abstoßend-häßliche „Heime“ — die kleineren, weniger mächtigen überraschen vielfach durch Gebäude, die Einfachheit, gesunden Verstand, vorzüglichen Geschmack und Anfänge dekorativer Kunst zeigen.

In den großen Ländern mangelt es an Dichtern von Ruf, die sich dem Proletariat an die Seite stellen — in den kleinen gibt es eine wachsende Anzahl proletarisch-dichterisch empfindender.

Das muß so sein. Es ist kein Zufall. Die Baukunst für industrielle Zwecke mußte in den großen Staaten beginnen, die proletarische Dichtkunst in den kleinen.

Der Dichter in den großen Ländern muß ein ganz außerordentliches Merkmal sein, wenn er dem Schicksal der Geld und „Ehre“ gewährenden bürgerlichen Kunst entzinnen will. Von Jugend auf in dieser Kunst aufgezogen, hat er es gelernt, die bürgerliche „Tendenz“ als einzig richtige und logische zu betrachten. Kommt er durch Nachsinnen über den wirklichen Begriff Kunst zu der Einsicht, daß das, was heute als Kunst verschiffen wird, nur zu oft ein erbärmliches Surrogat darstellt — geht er zur sozialdemokratischen Lebensanschauung über, dann ist er, sofern er von seiner „Heder abhängig“ ist, auf ein Dasein voll andauernder Sorgen und in den meisten Ländern sogar auf Armut angewiesen. Dem gegenüber steht das Luxusleben, das die Bourgeoisie ihm fast mit Bestimmtheit bietet, wenn er „Talent“ hat und die abweichende oder revolutionäre „Tendenz“ meidet. Nur sehr starke Naturen ringen sich durch. Mit Ausnahme einiger russischer Schriftsteller entdeckt man in den großen Ländern der zivilisierten Welt keine dazwischen-

gut, wenn eine Instanz vorhanden wäre, die dem Parteivorstande Anregungen geben, ihn in bestimmter Richtung vorwärts treiben könnte, eine Instanz freilich, die nicht ein so schwerfälliger Apparat sein dürfte, wie der vorgeschlagene Ausschuss. Allerdings halten wir dafür, daß ja unsere Parteipresse stets die Möglichkeit der Initiative hat und daß begründeten Anregungen auch bei der bisherigen Organisation unserer Partei fast stets die gebührende Beachtung geschenkt worden ist.

Zwei Wege könnten zur Schaffung einer solchen Instanz beschritten werden. Der erste könnte in dem Ausbau der Institution beschritten werden, die schon durch unser Organisationsstatut gegeben ist, nämlich die Kontrollkommission. Das Statut und die Abänderungsvorschläge weisen dieser Kommission jetzt nur rein verwaltungs- und organisationstechnische Funktionen zu. Es wäre aber sehr wohl denkbar, daß den Mitgliedern der Kontrollkommission bestimmte Initiativrechte und Initiativpflichten gegeben werden, etwa dergestalt, daß drei von den neun Mitgliedern der Kommission in kritischen politischen Zeiten oder in sonstigen dringenden Fällen eine sofortige gemeinsame Sitzung von Vorstand und Kommission beantragen können, welchem Antrage der Parteivorstand stattgeben muß. Andererseits muß dann auch der Parteivorstand das Recht haben, die Kommission jederzeit zusammenberufen zu können. Daß bei der Wahl der Personen für die Kontrollkommission diese Initiativbefugnisse in erster Linie bestimmend sein müssen, liegt klar auf der Hand. Dieser Weg hat den Vorteil, daß den schon bestehenden Institutionen keine neue Instanz hinzugefügt werden brauchte. Der Nachteil liegt darin, daß die Mitglieder der Kommission auch wieder über ganz Deutschland verstreut sind, daß die Zusammenberufung von neun Personen zwar weniger Zeit erfordert als die von 32 Genossen, aber immerhin Zeit erfordert, die in bestimmten Momenten sehr kostbar sein kann.

Ein zweiter Vorschlag wünscht die Schaffung einer Art Beirat des Parteivorstandes, der seinen Sitz in Berlin hat. Dieser Beirat, der aus neun Personen bestehen könnte, hätte ungefähr die Funktionen auszuführen, die der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten im Reich ausüben muß etc. Die finanziellen und verwaltungstechnischen Obliegenheiten, die der vorgeschlagene Parteiausschuss auf sich nehmen soll, müßten für den Beirat wegfallen — der vorhandene bürokratische Parteiapparat genügt hierfür vollständig. Die Aufgaben des Beirats müßten einzig und allein darin bestehen, gemeinsam mit dem Parteivorstand in außerordentlichen politischen Situationen zu beraten und Entscheidungen zu treffen, dann aber auch den Vorstand zu notwendig erscheinenden Aktionen zu veranlassen. Vielleicht in der Weise, daß drei Mitglieder des Beirates die Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung fordern können. Die Genossen, aus denen sich dieser Beirat zusammensetzen würde, müßten natürlich vom Parteitag gewählt werden. Als Vorteil eines solchen Berliner Beirats könnte man anführen, daß der Vorstand in aller kürzester Zeit mit ihm in Verbindung treten könnte, daß weiter die Mitglieder des Beirates sich sehr schnell unter sich verständigen und in kürzester Zeit gemeinsam mit dem Vorstande notwendige Aktionen der Partei veranlassen können. Dagegen fällt aber schwerwiegend ins Gewicht, daß auch ein solcher „Beirat“, der in Wirklichkeit nur eine starke Erweiterung des Parteivorstandes wäre, in der Praxis sich ebenfalls mehr als Hemmnis denn als Förderung der Parteiführung erweisen könnte. Zudem fiel der wesentlichste Vorteil eines Parteiausschusses, bis zu einem gewissen Grad Repräsentant der Gesamtpartei zu sein, bei einem solchen Berliner Beirat völlig fort.

Die anderen Abänderungsvorschläge werden kaum zu größeren Debatten Anlaß geben. Die Festsetzung des Mitgliederbeitrages auf 40 beziehungsweise 20 Pfennig usw. legt nur etwas fest, was in der Praxis von den meisten Wahlkreisen schon durchgeführt worden ist. Daß die Genossen, die bisher im Vorstande nur als Beisitzerin fungierte, von jetzt ab als Sekretärin geführt werden soll, ist zu billigen.

Eine lebhaftere Erörterung wird der Vorschlag hervor-

Wegmarken proletarischer Kunst.

Es gibt zurzeit mehr Anzeichen wachsender proletarischer Kunst, als der oberflächliche Beobachter wahrnimmt. Es geht nicht mit Sturm und Brausen, es reißt allmählich. Um das zu erkennen, dürfen wir nicht auf das komplizierte Wesen der Kunst hinarbeiten, wie das oft von „Literaten“ geschieht, die sich besonders für die sogenannte „Schöne Literatur“ interessieren.

In den hervorragenden Industrieländern, wo sich die Industrie in aufsteigender Kurve bewegt, sehen wir architektonische Verwirklichungen entstehen, die einen erfreulichen Charakter tragen.

In den kleinen Reichen, mit rüstständiger oder abhängiger Industrie, gerät die Baukunst in den Hintergrund, dort werden die Anzeichen proletarischen Denk- und Gefühlslebens künstlerisch kraftvoller und bemerkenswerter.

Das eine ist die Folge des anderen. In Amerika, dem Land par excellence, wuchern Sensationsprodukte für den „literarischen“ Markt, wird der Typus „Künstler“, so wie wir ihn kennen, abgetötet, ruft der Kapitalismus Gebäudekolosse aus Stein und Eisen ins Dasein, um mehr Profit aus dem Proletariat zu ziehen, schmiedet aber damit gleichzeitig Keitglieder für die Zukunft.

In Deutschland, das im Verhältnis zu seinem erwachten Proletariat noch so befreudend wenig proletarische Dichter hat, finden wir architektonisch-mohlerwogene, einen gewissen Grad von Schönheit verkörpernde Fabrikgebäude, Warenhäuser, Wohnhöfe, Volksrestaurants. Es gibt beispielsweise Fabriken, die äußerlich mit der umringenden Natur harmonieren, denen die scheußlichen plumpen Schuppen und knobigen Schornsteine fehlen — und die im Innern von derartig gutem Geschmack zeugen, daß sie kaum noch an die Gefängnisse erinnern, worin jetzt noch das Gros des Proletariats als Mehrwertsklaven arbeitet. Das Bestreben der kapitalistischen Gesellschaft, das körperliche Wohlergehen des Proletariats, wo es ihr paßt, zu fördern, beginnt dunkle Arbeitshöhlen in gut-erwärmte, gut-ventilierte, gut-beleuchtete Säle mit hygienischen Nebengelassen und statischen Treppenhäusern umzuwandeln. Die Treibfedern sind uns dollauf bekannt. Das Warum ist klar. Ohne die starke Stimme des Proletariats würde das Judasausleben, wovon schon zu Marx' Zeiten gesprochen wurde, noch keine Ausnahmen kennen — aber es wäre Torheit, sich den ersten Massen-gebäuden gegenüber, in denen die moderne Wissenschaft Neues, Angenehmes und vor allen Dingen Menschliches erreicht, blind zu stellen. Einige neue Fabriken, die logisch und geräumig aus dem besten, solidesten Material und im Anschluß an die modernsten technischen Erzeugnisse (Badeeinrichtungen, Klosets, Ventilatoren, elektrisches Licht usw.) errichtet, die noch in Millionen von Arbeiterwohnungen fehlen, zeigen den Weg in die Zukunft — wenn die Produktionsmittel nicht mehr in den Händen des aus-

„starke Naturen“. Bei den Dänen, Schweden, Norwegern, Niederländern ist die Situation anders. Die geringere Anzahl von Zeitungen, Zeitschriften und Intellektuellen, das engere Nachbarschaftsleben, das Mehr-aufeinander-angewiesensein bewirkt, daß eine geistige Strömung schneller durchdringt, Freunde und Anhänger gewinnt. In einem kleineren Land wird ruhiger gelesen, bleibt man besser über einander unterrichtet. In einem kleinen Land ist ein „Dichter“, der durch seine Feder zu „Wohltat“ gelangt, selbst wenn er die Abgötter der Bourgeoisie anbetet, kaum möglich. Der „Absch“ an Büchern und der Ertrag von Theaterstücken ist gering. Wenn ein „Dichter“ eines kleinen Landes nicht „übersetzt“ wird und auf diese Weise von der internationalen Kunst, Reichthümeln, von der süßen „assiette au beurre“ mißglaubein kann, bleibt er in kleinbürgerlichen Lebensverhältnissen stecken, einerlei, ob er revolutionär ist oder nicht. Man hat also in einem kleinen Land nicht solch einen finanziellen Abstand, wie in einem großen, wo nur die Literatur mit Aufmerksamkeit gelesen und — gekauft wird, die durch die Lobpreisungen der bürgerlichen Zeitungen zu einer Modesensation aufgebaut wird.

Das alles zusammen mit der mehr intimen geistigen Reibung in einem kleinen Land, erklärt das Auftreten sozialistischer Dichter in den weniger industriellen, weniger mächtigen Staaten Europas. Daß ihre Namen noch keinen „Weltklang“ bekommen, ist selbstverständlich. Die bürgerlichen Verleger haben die absolute Macht in Händen. Die von sozialistischen Künstlern gelieferte „Ware“ ist in Dänemark, Schweden, Holland usw. keine Ware für die lesende Bourgeoisie. Selbst „revolutionäre“ Gedanken waren willkommen. Sie schlossen sich der „Revolution“ des freisinnigsten Teils der bürgerlichen Parteien an. Björnson schlug zwar ein wenig über die Stränge, aber der zweite Teil von „Ueber unsere Kraft“ mit seinen Bomben und seiner verjöhnlich-rührsamten Apotheose enthielt imposante und interessante Theatereffekte. Strindberg ward gelesen — seine Artikel für sozialdemokratische Blätter blieben unberücksichtigt, und als er mit der Bibel in den Händen starb, ging es wie ein Seufzer der Erleichterung durch die Presse. Wirkliche Dichtungen von Sozialdemokraten für Sozialdemokraten bleiben in der Regel innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Vorläufig wird sich das wahrscheinlich nicht ändern. Und es eilt nicht mit dem Anderswerden, weil auf politischem und ökonomischem Gebiet dringendere Aufgaben harren: die Befreiung des Proletariats, die Vernichtung des Klassenstaates.

Wir können der Bourgeoisie ihre heutige Kunst von Herzen — die unsere wird mit jedem Tag lebensfähiger, zielbewußter, gesünder.

Weil wir nicht nur eine dürr-politische „Partei“ bilden, sondern den Dazwischen im Völkerverleben darstellen, weil unsere Lebensanschauung unsere Freude und das unverrückbar-internationale Ideal ist, haben wir Zeit, können wir warten. Heinz Speyer.

rufen, der nur ein Drittel der Reichstagsfraktion die Vertretung auf dem Parteitage gewährt. Man kommt damit Wünschen entgegen, die schon in früheren Jahren laut geworden sind. In der Tat würde bei dem Anwachsen der Reichstagsfraktion das parlamentarische Element auf den Parteitag überwiegen, das mit einem Drittel der Fraktion vollständig zu seinem Rechte kommen kann. Nicht als ob den in den Reichstag gewählten Genossen auf den Parteitag mit Mittrauen begegnet werden müßte, sondern weil es im Interesse der Partei liegt, daß dort mehr Genossen aus der Organisations- und Agitationspraxis, sowie solche, die die politischen Ereignisse nicht nur unter dem parlamentarischen Gesichtswinkel betrachten, zu Worte kommen. Uebrigens ist es den Reichstagsabgeordneten, die nicht zu dem Fraktionsdrittel gehören, leicht, ein Parteitagmandat zu bekommen.

Ausschlaggebend für die Neugestaltung unseres Parteistatus muß sein, daß die Schlag- und Stoßkraft der Partei erhöht wird. Mag die jetzt einsetzende Diskussion, die in den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitages ihren praktischen Niederschlag finden wird, dieses Ziel erreichen.

Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Behörden und von Vertretern der Korporationen zur Bekämpfung der Tuberkulose aus dem ganzen Reich trat gestern das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose im Plenarsitzungsraum des Reichstags zu seiner 16. Generalversammlung zusammen.

Der Vorsitzende, Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück, führte in seiner Begrüßungsrede u. a. aus: Ganz besondere Fortschritte hat die Entwidlung der Kunst- und Fürsorgeeinrichtungen gemacht. Zum Teil haben die Frauenvereine diese neue Aufgabe in ihre bewährten Hände genommen, teils haben sich besondere Kreisvereine dieser Aufgabe unterzogen. Die Arbeit auf diesem Gebiet ist so umfangreich geworden, daß morgen ein besonderer Fürsorgetag dieser Beratungsstellen stattfinden wird. Eine weitere Unterstützung haben unsere Bestrebungen durch den Ausbau der Reichsversicherungsordnung gefunden. Die Reichsversicherungsordnung mit ihrer erheblichen Ausdehnung der Krankenversicherung und mit ihrer Erweiterung der Aufgaben der Krankenkassen wird hier ebenso wie das Gesetz über die Bekämpfung der Privatangehörigen des weitesten Kreises des deutschen Volkes die Fürsorge der Reichsversicherungsordnung zugute kommen lassen und neue Möglichkeiten geben, die Tuberkulose in angemessener Weise zu bekämpfen. Wenn die Reichsregierung mit der Privatbeamtenversicherung über den bisher erfahrenen Kreis ihre Wirksamkeit ausdehnt hat auf Kreise des Mittelstandes, so haben auch unsere Bestrebungen nicht an der Grenze des Mittelstandes Halt gemacht. Namentlich denen wollen wir zu Hilfe kommen, denen die Wohlthaten des neuen Privatbeamtenversicherungsgesetzes nicht zuteil werden. Wir haben deshalb eine besondere Kommission zur Fürsorge gegen die Tuberkulose im Mittelstande gebildet und ihr eine besondere Vertretung im Hauptvorstand eingeräumt.

Darauf erstattete Generalsekretär Professor Dr. Rietner-Berlin den Geschäftsbericht. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß das Deutsche Reich die Bekämpfung des Komitees durch einen Zuschuß von 60 000 M. jährlich unterstützt. Die Gesamteinnahmen betragen 316 471 M. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben Zuschüsse für Heilstätten und andere Tuberkuloseeinrichtungen in Höhe von 888 000 M., sowie Unternehmungen für Tuberkulosemuseen und Ausstellungen in Höhe von 28 847 M. Die Gesamtausgaben betragen 165 947 M. Ein eigenes Konto ist der Bekämpfung des Lupus gewidmet. Die Einnahmen betragen hier 134 234 M., unter den Ausgaben sind Kostenvorschüsse zur Bekämpfung unbemittelter Lupuskranker in Höhe von 13 413 M. zu nennen.

Geh. Regierungsrat Dr. Diez-Darmstadt, der Vorsitzende des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Großherzogtum Hessen, sprach über:

„Tuberkulosebekämpfung im Mittelstand.“

Nachdem vorwiegend zunächst auf die am 5. Januar d. J. im Reichsamt des Innern abgehaltenen Beratungen über die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose im Mittelstand. Die Beratungen hatten einen solchen Erfolg, daß bereits am 25. Januar eine eigene Abteilung des Vereins „Noten Kreuz“ unter dem Titel „Mittelstandshaus“ gegründet werden konnte.

Dieser Abteilung sollte die Unterbringung tuberkulosegefährdeter Mittelstandangehöriger im Anschluß an die bestehenden Organisationen obliegen. Die Abteilung hat sofort den Anschluß an das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose gesucht, da sich das Zentralkomitee von Anfang an durchaus nicht auf die Bekämpfung der Tuberkulose in Arbeiterkreisen beschränken wollte. Schon im Jahre 1899 auf dem Internationalen Tuberkulosekongress

Notizen.

— S. Klavin, der Leiter unserer Schachspalte, ist während des internationalen Turniers in Pitschan von einem bedauerlichen Unfall betroffen worden: er hat sich die rechte Hand gebrochen. Sein Spiel war dadurch bereits in den letzten Partien sehr gehindert. Die Schachspalte fällt aus dem gleichen Grunde heute aus.

— Bühnenchronik. Kammermänger Julius Lieben, der kürzlich seinen Abschied vom königl. Opernhaus feierte, dieß der Berliner Opernbühne erhalten. Er ist für das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg auf drei Jahre gewonnen worden.

— Eine Wartburgverhandlung bedroht die Thüringer Vereinigung zur Heimatpflege, die eben in Mühlhausen tagte; man plant am Fuße der Wartburg ein Waldtheater zu schaffen. (Wohin? Wozu?)

— Ein Theaterzwischenfall in Paris. Donnerstagabend ereignete sich im Pariser Theater Chatelet ein aufsehenerregender Zwischenfall bei der Aufführung von „Salomé“. Das Publikum machte sich lustig über das Stück. Der mitwirkende Schauspieler Ray wandte sich inmitten des Spiels an das Publikum und sagte: „Wir spielen ein tragisches Stück, es ist mir unmöglich weiterzuspielen, wenn einige Dummköpfe fortfahren, das Stück zu verlachen.“ Nachdem sich der Sturm gelegt hatte, gelang es schließlich, das Stück zu Ende zu führen.

— Spanien im Kampf für seine Kunstschätze. Das Berliner Kaiser-Friedrich-Museum hat seit Jahr und Tag den Mönchen des spanischen Klosters Montforte ein altspanisches Gemälde (die Anbetung der hl. drei Könige) abgekauft. Das Bild ist echt, aber schwerlich von van der Goes, wie Herr Bode behauptet, und ist dank der amerikanischen usw. Konkurrenz bis auf eine runde Million hinaufgetrieben worden. Da sich aber in Spanien gegen die Ausfuhr des Bildes Protest erhob, verbot der Unterrichtsminister sie. Jetzt kam die Angelegenheit in der spanischen Kammer erneut zur Verhandlung, und das Schicksal des Bildes ist immer noch fraglich. Es ist jedenfalls das gute Recht der spanischen Regierung, das Bild dem Lande zu erhalten und sich gegen allen internationalen Kunstschacher zu wehren, zumal da das Kloster gar nicht das Recht zur Veräußerung des gestifteten Bildes zu haben scheint. Zudem würde die Million Mark in den Händen spanischer Mönche die kulturell denkbar schlechteste Verwendung finden.

— Sudermanns „Heimat“ in Japan. Nachdem Sudermanns Schauspiel „Heimat“ auf dem modernen Theater in Tokio längere Zeit unter großem Ruf aufgeführt war, wurde es plötzlich auf Veranlassung des Ministeriums des Innern verboten, weil das Stück staats- und sittensgefährliche Gedanken enthalte und insbesondere das Gebot der Kinderliebe verleihe. Die Aufführung wurde aber dann erlaubt, nachdem der Schluß dabei abgeändert war, daß Mogda die unkindliche Behandlung ihres Vaters bereut.

in Berlin wurde von deutscher Seite die Forderung erhoben, für den tuberkulosegefährdeten Mittelstand eigene Anstalten zu errichten. Die Landesversicherungsanstalten treten nur für Personen ein, die nicht über 2000 M. Einkommen haben, außerdem nach der Reichsversicherungsordnung für die Witwen von Versicherten. Das Privatbeamtenversicherungsgesetz umfaßt die Anstalten mit einem Einkommen bis 5000 M. jährlich, für die das Heilverfahren von der Reichsversicherungsanstalt übernommen werden kann, wie bei versicherten Arbeitern usw. von den Landesversicherungsanstalten. Nun haben die Erhebungen ergeben, daß von 1 400 000 Privatangehörigen rund 900 000, also $\frac{2}{3}$, ein Gehalt bis 2000 M. bezogen und von 300 000 weiblichen Angehörigen 200 000 ebenfalls ein Gehalt in dieser Höhe. Die große Mehrzahl der Angehörigen war also schon bisher durch die Versicherung versorgt, und es kann in Zukunft nur die Frage entstehen, wie sich Reichsversicherungsanstalt und Landesversicherungsanstalt in die Kosten für die Doppelversicherung teilen werden. Die Reichsversicherungsordnung gestattet aber denjenigen, deren Einkommen über 2000 M. steigt, die Weiterversicherung, und solchen Personen, die ein Einkommen bis zu 3000 M. haben, die freiwillige Versicherung. Sie ermächtigt dem Bundesrat, die Versicherungspflicht noch weiter auszudehnen, so daß auch das Handwerk einbezogen werden könnte. Der Bundesrat hat aber bisher von dieser Vollmacht noch keinen Gebrauch gemacht, und auf Grund dieser Erfahrungen sind weitere Kreise zu der Überzeugung gekommen, daß eine Versicherung des Handwerks nur auf Grund der Zwangsversicherung herbeigeführt werden kann. Durch Selbstversicherung hätten sich kleine Handwerker schon bisher das Heilverfahren sichern können, und mancher wäre dadurch vor Not bewahrt geblieben. Der Mittelstand war also im wesentlichen auf sich selbst und seine eigene Einsicht angewiesen. Nach den Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes und nach privaten Umfragen ergibt sich, daß die Inanspruchnahme der Volkshelstätten gegen Tuberkulose durch Angehörige des Mittelstandes bisher immerhin noch sehr gering gewesen ist.

Für mich ist noch den Verhältnissen des Reichsgesundheitsamtes der Wert der Heilstättenbehandlung unzweifelhaft festgestellt. Für den Mittelstand kommen die vorhandenen Volkshelstätten in Betracht und diejenigen Privatheilstätten, die gegen mäßiges Entgelt zugänglich sind. Nun hat sich herausgestellt, daß zwar in den Sommermonaten ein gewaltiger Andrang zu den Volkshelstätten herrscht, so daß viele Bewerber monatelang warten müssen, daß jedoch in den Wintermonaten zahlreiche Betten leer stehen. In Hessen, Baden und Württemberg ist übrigens die Gesamteinanspruchnahme der Anstalten wesentlich zurückgegangen. Wenn man behauptet, daß dies darauf zurückzuführen sei, daß von den Ärzten in immer steigendem Maße die Tuberkulosebehandlung angewendet werde, so kann das wenigstens für Hessen nicht zutreffend sein. Dort ist die geringere Inanspruchnahme nur auf den Erfolg des seit 15 Jahren geführten energischen Kampfes gegen die Tuberkulose zurückzuführen. Zu der Frage, ob es möglich ist, Arbeiter und Mittelstandangehörige gemeinsam in einer Heilstätte zu behandeln, meint der Vortragende, daß ja auch die Tuberkulose keine Ständesunterschiede kenne, so daß eigentlich gegen eine gemeinsame Unterbringung nichts einzuwenden wäre. Es erhebt sich im Gegenteil durchaus möglich, daß eine Verständigung zwischen Angehörigen dieser beiden Bevölkerungsklassen nur von Nutzen sein könnte, namentlich wenn sich alle Pflanzlinge ausschließlich von dem Gedanken leiten lassen, wieder gesund zu werden. Am besten kommen die Angehörigen des Arbeiterstandes und des Mittelstandes noch in den Frauenheilstätten aus. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dort keine Politik getrieben wird. Aber aus praktischen Gründen empfiehlt sich eine Trennung doch, weil die Heilwirkung sehr in Frage gestellt ist, wenn die Pflanzlinge mit Widerwillen in die Anstalt hineingehen. Auf das gute Einbernehmen in der Anstalt selbst ist natürlich die Persönlichkeit des leitenden Arztes von sehr großem Einfluß. Jedenfalls ist die Trennung der Pflanzlinge in verschiedene Abteilungen durchführbar.

Noch besser wäre die Trennung der Heilstätten in solche für Arbeiter und für Mittelstandangehörige. Große Änderungen dürften zur Umwandlung von heutigen Volkshelstätten in Mittelstandsanstalten nicht nötig sein, denn unsere Volkshelstätten sind im allgemeinen gut eingerichtet, ja, man wirft ihnen sogar einen gewissen Luxus vor. Die einzige erforderliche banale Veränderung würde die Umwandlung der gemeinschaftlichen Schlafräume in Einzelzimmer sein.

Aber mit der Heilstättenkur allein ist es nicht getan. Wie Robert Koch so nachdrücklich ausgeführt hat, muß vor allem die Ansteckung von Mensch zu Mensch verhütet werden, und das könnte im Mittelstand noch besser geschehen als im Arbeiterstand; denn gewöhnlich hat der Mittelstand doch bessere und geräumigere Wohnungen. Die Mittel für den Kampf gegen die Tuberkulose im Mittelstand auszubringen, wird ja heute bei den großen Anforderungen, die an Reich, Staat und Gemeinden gestellt werden, gewiß nicht leicht sein. Aber daß durch freiwillige Kostendeckung etwas geleistet werden kann, beweisen die Kaufmannsberuhungshelme. Sehr behauerlich ist, daß der Mittelstand heute noch den großen Vereinigungen zur Bekämpfung der Tuberkulose fast ganz ferngeblieben ist. Er weiß vielleicht gar nicht, daß es ihm möglich ist, für einen verhältnismäßig billigen Preis im Inland Heilstätten zu besuchen, und daß er dazu nicht ins Ausland zu gehen braucht. Wenn ich mich also mit der Errichtung von Mittelstandsheilstätten einverstanden erkläre, bin ich doch der Meinung, daß hierbei große Vorsicht geübt werden muß. Zunächst wäre nur an die Umwandlung von Volkshelstätten in solche für den Mittelstand zu denken und dahin zu wirken, daß in den Privatheilstätten Betten für Personen des Mittelstandes aufgestellt werden, und daß eine Form für die zu gewährende Unterstützung gefunden wird, die das Gefühl unterstützt zu sein, nicht aufkommen läßt. Auf die Vergütung des für die Mittelstandsheilstätten aufgewendeten Kapitals müßte allerdings von vornherein verzichtet werden. Jedenfalls wird das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose alle diese Vorstellungen aufs wärmste unterstützen, denn es ist, wie der Leiter des preussischen Medizinischen, Geheimrat Professor Kirchner, jüngst ausgeführt hat, eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, für den Mittelstand einzutreten.

In der Diskussion verweist Regierungsrat v. Bergemann darauf, daß sich auch die Versicherungsgesellschaften mit der Bekämpfung der Tuberkulose befassen und eventuell Kapitalien darin investieren müßten. Professor Leandorf-Berlin: Manche Versicherungsgesellschaften gewähren schon heute gegen Prämienzuschlag Heilstättenbehandlung, so z. B. die Schwedische Volksversicherungsgesellschaft. Die Kosten für die Heilstättenbehandlung werden als Vorschuß auf die Versicherungssumme betrachtet und für die Zeit der Erkrankung besteht Freiheit von der Prämienzahlung. Auch die Holländische Allgemeine Kranken- und Lebensversicherungsgesellschaft hat einen ähnlichen Modus gewählt. Wir haben übrigens in Deutschland ein Vorbild, wie auf diesem Wege durch Selbsthilfe etwas geschehen kann. In Nürnberg besteht schon seit 25 Jahren ein Versicherungsverein gegen Geisteskrankheit, der den Mitgliedern gegen einen Jahresbeitrag von 2 M., bei Ehepaaren von 4 M., in Fällen geistiger Erkrankung die Unterbringung in eine Irrenanstalt gewährt. Der Verein hat bereits 9100 Mitglieder und er hat seit seinem Bestehen über 16 000 M. Verpflegungskosten bezahlt. Gegenwärtig sind 34 seiner Mitglieder in Irrenanstalten untergebracht. Wenn nun auch ein Unterschied darin besteht, als Geisteskranker ja meist für Jahre untergebracht werden, während dies bei Tuberkulosen nur für kurze Zeit geschieht, so wäre es vielleicht doch möglich, nach diesem Beispiel eine Organisation des Mittelstandes zur Bekämpfung der Tuberkulose zu schaffen. Die Propaganda müßte allerdings den Fürsorgestellen im allgemeinen überlassen bleiben. Für die Ausführung der Anstalten können besonders die Beamtenvereine sowie die Handwerker- und Gewerbetreibenden in Betracht. Auch die Handelskammern sollten sich hieran beteiligen, denn unter den eingetragenen Kaufleuten gibt es genug, die einer Tuberkulosefürsorge bedürftig wären, sie aber aus eigener Kraft nicht bestreiten können. Auf dem von mir genannten Wege würde es doch wohl gelingen, die nötigen Mittel zusammenzubringen.

Geheimrat Ritter-Berlin: Die Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose im Mittelstand werden von den Zentralbehörden

des Reiches durchaus unterstützt. Das, was für unsere Arbeiter an hygienischen Einrichtungen geschehen ist, hätten wir nicht schaffen können ohne den Zwang der sozialen Beschädigung. Deshalb sollten nach diesem Vorbild auch für den Mittelstand Zwangsheilstätten eingerichtet werden, denn nur auf diese Weise können die Kosten für die Heilstättenbehandlung aufgebracht werden. Der Mittelstand muß auf die Fürsorgestellen aufmerksam gemacht werden, damit er erfährt, wie er sich vor der Verbreitung dieser Volkskrankheit schützen kann. Sollte die Einführung von Zwangsheilstätten für den kleinen Mittelstand nicht in Aussicht genommen sein, so wäre eine private Versicherung gegen Volkskrankheiten für das ganze Reich zu erwägen, in die jeder eintreten kann, der sich gegen Volkskrankheiten, und zwar nicht bloß Tuberkulose, sondern auch Alkohol- und Geschlechtskrankheiten, versichern will.

Dr. Lieber-Baldhof-Bergbauern berichtet aus der Praxis verschiedene Fälle, aus denen hervorgeht, daß sich die Selbstzahler unter den Arbeitern in den Heilstätten nicht wohlfühlen. Es bilden sich da verschiedene Gruppen unter den Mittelstandspatienten, so die Schmeichler, die den Arbeitern sagen, daß sie auf ihrem politischen Standpunkt stehen, und die dann noch die Arbeiter gegen die Ärzte aufbeben und sie zu ungeschicklichen Beschwerden an die Landesversicherungsanstalten veranlassen. Dann gibt es da die Dulder, die sich eben keine andere Anstalt leisten können und deshalb alles in den Kauf nehmen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß neu eintretende Patienten gefragt wurden: „Bist Du den „Vorwärts“?“ Nun ist es nicht jedermanns Sache, sich mit „Du“ anreden zu lassen und noch weniger, den „Vorwärts“ zu lesen. Manche Patienten wurden aus diesem Grunde geradezu doppeltiert und mußten ein einfaches Waldben führen. Katholiken wurden verspottet, weil sie sich bei Tisch bekreuzigten. Schließlich zahlten manche armen Patienten aus eigenen Mitteln zu, um nur in die erste Klasse zu kommen. Ein anderer Teil der Patienten geht fort, weil er diese Behandlung der Mitpatienten nicht mehr ertragen kann. Es kam weiter vor, daß ein Arbeiter, der in ein Zimmer gelegt wurde, in dem Zollbeamte untergebracht waren, seine sofortige Entlassung verlangte, weil er nicht mit Beamten zusammen sein wollte. Andere Beamte beschwerten sich wieder, daß ein zu ihnen gebrachter Arbeiter sofort mit sozialdemokratischen Reden angefangen hätte. Es scheint überhaupt, als ob auf die Arbeiter ein Beamter wie ein rotes Tuch wirkt. Lieber lassen sie sich auf die Straße werfen und verzichten auf das Heimreisegeld, als daß sie mit Beamten denselben Raum teilen. Deshalb ist es für Angehörige des Mittelstandes außerordentlich peinlich, gemeinsam mit Arbeitern untergebracht zu sein. Wenn die Arbeiter es auch nicht immer so böse meinen, als es von manchen aufgeführt wird. Ich bin deshalb unbedingt für Trennung der Patienten nach Arbeitern und Mittelstandangehörigen. Zu bedenken ist bei der ganzen Frage auch die Schädigung von Arbeitern, Kaufleuten usw. durch den Aufenthalt in den Heilstätten. Es sind wiederholt Fälle vorgekommen, daß z. B. ein Kaufmann, der die besten Zeugnisse hatte, sich aus der Heilstätte Göbersdorf vergeblich um einen Posten bewarb. Als er aber die Offerte in Breslau in den Ästen warf, erhielt er sofort eine Zusage. Die Arbeiter, die in den Heilstätten sind, verlieren oft ihre Stellung.

Direktor Schubi von der Anstalt Vogelshang bei Gommern ist zwar für Unterbringung in gemeinsamen Anstalten, aber in besonderen Abteilungen.

Zu seinem Schlusswort betont Geh. Regierungsrat Dr. Diez-Darmstadt nochmals, daß die Aufbringung der Mittel für die Mittelstandsheilstätten ungeheuer schwierig sei. Er sieht seit zehn Jahren in Verbindung mit dem Verband deutscher Gewerbevereine und weiß, daß ein bester Kampf geführt werde um die Frage der freiwilligen oder zwangsweisen Kasseierung der Gelder. Im allgemeinen sei man aber der Ansicht, daß bei der Freiwilligenkassierung mehr erreicht werde.

Mit Schluß- und Dankworten wurde hierauf die Tagung geschlossen.

Die Generalversammlung zeichnet sich von ihren Vorgängern nicht zu ihrem Vorteil aus. Man sieht, daß in wachsendem Maße im Zentralkomitee, dessen auf Bekämpfung der Tuberkulose gerichtete Arbeiten insbesondere in den ersten Jahren durch Sozialdemokraten besonders gefördert wurden, gehässige, politische Klasseninteressen gegen die Arbeiterklasse eine Stätte gefunden haben. Und das zum Schaden wirksamer Bekämpfung der Tuberkulose. Mit Recht meinte Dr. Diez: So wenig die Tuberkulose Ständesunterschiede kennt, so wenig dürfen in der Behandlung an Tuberkulose Erkrankter Unterschiede gemacht werden. Aber der Massenhaß gegen Arbeiter, der selbstgefällige Dünkel, Nichtarbeiter seien etwas Besseres als Arbeiter, führt ebenso wie zu verschiedenen Klassen in Krankenhäusern zu dem einer Bekämpfung der Krankheit entgegenstehenden Wunsch, Klassenunterschiede bei der Behandlung der von der Tuberkulose Erkranken zu machen. Daneben führt die Furcht, der Mittelstand, den man zu einem Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zu gestalten wähnt, könnte von der politischen Ansicht der Sozialdemokratie infiziert werden, zu der Forderung nach Differenzierung von Heilstätten für den Mittelstand und solchen für die Arbeiter. Der Tuberkulobazillus macht einen Unterschied nur insofern, als er Arbeiter massenhafter als andere Klassen erfaßt. Die Beobachtungen, die Dr. Lieber über Differenzen zwischen Sozialdemokraten und anders geminteten Patienten, zwischen Arbeitern und Beamten gemacht haben will, zeigen, daß dieser Herr so einseitig wie möglich beobachtet. Mag sein, daß bedauerlicherweise Fälle wie die von ihm vortragenen vorgekommen sind, wiewohl sie auf einseitiger Schilderung nur einer Partei zu beruhen scheinen. Aber ist denn dem Vortragenden nicht bekannt, daß ähnliche, ja viel schlimmer geartete Fälle Sozialdemokraten und Arbeitern gegenüber leider viel häufiger vorkommen? Sind ihm die vielen Drangsalierungen der politischen und religiösen Ansichten von Arbeitern in Krankenhäusern und Heilanstalten völlig entgangen?

Mit der die Verhandlung durchziehenden Feindseligkeit gegen Arbeiter und Sozialdemokraten steht in heterem Widerspruch, daß die einzige verständige Forderung, die dort geäußert wurde, nämlich die Notwendigkeit einer Zwangsversicherung auch des Mittelstandes, bereits vor dreißig Jahren in gesetzgeberischer Form von der Arbeiterklasse und der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen wurde. Bei Beratung des ersten Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1882 wurde verlangt, auch den Mittelstand in die Versicherungsgesetzgebung einzuziehen. Die Heilstätten haben heute noch lange nicht den durch sie zu erreichenden Erfolg, weil der Erkrankte nach dem Gesetz leider kein Recht auf Aufnahme und Behandlung hat. Sollte die Generalversammlung diese seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie aufgestellte Forderung zu der ihrigen gemacht, so hätte sie etwas für die Arbeiterklasse einschließlich des Mittelstandes geleistet. Ihre von Dünkel gegen die Arbeiterklasse und von Selbstlob überfliegende Tagung kann als wertvoll für die Bekämpfung der Tuberkulose leider nicht bezeichnet werden.

Marktbericht von Berlin am 13. Juni 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidenten, Markthallenpreise. (Reinband) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Weißbohnen, meißl., 30,00—55,00. Amlen 40,00—50,00. Rartoffeln (Reinweiß) 8,00—12,00. 1 Kilogramm Wundfleisch, von der Aule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—2,50. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,20. Aale 1,60—3,20. Jambor 1,80—3,50. Dedeje 1,60—3,00. Borlsche 0,80—2,00. Schote 1,40—3,20. Weis 0,90—1,60. 60 Stück Weis 4,00—40,00.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O. Habelstr. 4

Arbeiter-Einkauf

F. Falk

Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 9

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik

Buehl & Sohn, Spandau

Engel's Landbrot

Heinrich Engel, Weidensee

Oskar Hanke's Großbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Hindorf.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kuranstalt M. Schulz

Römer-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Badungen, Gummw.

Friedrich-Wilhelmsbad

Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Engel's Landbrot

Heinrich Engel, Weidensee

Oskar Hanke's Großbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Hindorf.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Paul Zutermann

Damenkleiderstoffe

Drogen u. Farben

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

Oskar Beck

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh

August Holz

Kosmalla, E.

Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle

Cacao, Chocolade

Cylix, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Neu: Simplichaokolade

Stolwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Klein, Wilh.

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

F. Müller, Danzigerstr. 37.

H. Penck, Schwedstr. 19, Eck Badstr.

W. Rutacke, Kilia-Hermannstr. 82

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8

C. Sommer, Wraselstr. 44, Am 17. 12. 1906

Topfplanzen aller Art

Aug. Trothe, Wrangelstr. 11

Aug. Wandelt, N. Stettinerstr. 26

H. Zinke, Sawas, Friedr.-E-Friedstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

Oskar Beck

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh

August Holz

Kosmalla, E.

Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle

Cacao, Chocolade

Cylix, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Neu: Simplichaokolade

Stolwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Klein, Wilh.

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Carl Müller

Ernst Machnow

W. Hoffmann

Ernst Machnow

Fischhandlung

C. Dittmann

Köhler

Werner

Winkler & Barthold

Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitsch

G. Aming

A. Barthold

W. Becker

Rich. Bocafius

Central-Drogerie

Drog. H. Kühn

Ebert, Max

Edison-Drogerie

Franz Fischer

Friedrich, Paul

Germania-Drogerie

Alfr. Göpping

Günther, Liese

Hans-Drogerie

H. H. H. H.

Klöhn, H.

Knesebeck-Drog.

Königs-Adler-Drogerie

P. Lehke

Max Lücke

Alfr. Marsch

Neill, Felix

Oehneke

Ramien, Otto

Rathaus-Drogerie

Arno Reif

Apth. Meyer

Prinzenstr. 103

Franz Schönberg

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

H. H. H. H.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Otto Schreiber

E. Schauer, Huttenstr. 70.

A. Stewart

E. Scherzberg

Max Schubert

Albert Schucht

Thaleiser

Wagner

W. Tauche

Fr. Thiel

T. F. Sommermann

E. Trapp

Max Tümmel

Karl Unte

Uhlig, Paul

G. Vettin

Warschauer Fleisch-u. Wurst-Centrale

Josef Weber

W. Weitz

O. Wellnitz

A. Wenzel

E. Wetzel

Emil Wilhelm

Wiedmann & Swunke

Wo

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

W. W. W. W.

Vereinigte Hutcompagnie

Turmstr. 81

Wilmersdorfer-Str. 124

Loose dieser Zeitung 5%, in bar.

Rieck, Em.

Urgast-Hüte

Im Genesungsheim Hoheneule,

das von der Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg für ihre Kranken bereit gehalten wird, will der Geist der Zufriedenheit nicht einkehren. Es ist gewiss richtig, daß in Pflege- und Heilanstalten von den Insassen auch manches Bemängelt wird, was der Rede wert ist. Aber bei der Anstalt Hoheneule kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es der Verwaltung an dem rechten Gesicht fehlt, unter Berücksichtigung solcher Stimmungen ihrer Pflanzlinge möglichst der Unzufriedenheit den Boden zu entziehen.

Personen, zu denen die der Arbeiterklasse angehörenden Pflanzlinge mehr Vertrauen als zu der Verwaltung haben, könnten ihr bei ihren Versuchen, die Zufriedenheit wieder herzustellen, sehr wirksam helfen. Insofern sie fürchtet wohl, daß sie dann nicht mehr, wie man so schön sagt, „herr im Hause“ bleiben würde. Es scheint, daß sie nach Hilfe von dieser Seite nicht verlangt, sondern sie als „unbefugte Einmischung“ ablehnt. Das müssen wir annehmen im Hinblick auf eine Erfahrung, die eben jetzt in Hoheneule gemacht worden ist.

Eine Beschwerde über Hoheneule war vor kurzem an die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Sororte und in demselben Wortlaut auch an die Redaktion des „Vorwärts“ gelangt. Sie enthielt neben einigen Richtigkeiten manches recht Gewichtige, so daß der Wunsch rege werden mußte, eine Befestigung der beklagten Mängel herbeizuführen. Wir wollen es unterlassen, die einzelnen Beschwerdepunkte hier sämtlich aufzuführen oder wörtlich die für Hoheneule nicht schmeichelhaften Erklärungen wiederzugeben, die hinzugefügt waren. Zu besserem Verständnis der Angelegenheit wird es aber nötig sein, wenigstens auszugeweiht mitzuteilen, um was es sich handelte.

In Beschwerden über Anstalten kehrt fast stets die Klage wieder, die Kost lasse sehr zu wünschen übrig. Es wunderte uns nicht, daß auch Pflanzlinge von Hoheneule manches an der Kost bemängelten. Für die Frühstückstischnen werde, so wurde geklagt, Butter nur knapp verwendet, auch sei der dazu gegebene Betrag von geringer Quantität und nicht immer von der besten Qualität. Das Abendessen bestehe regelmäßig aus Suppen und immer wieder Stücken, obwohl diese Pflanzlinge leidenden seien. Beim Mittagessen komme es oft vor, daß im Gemüße noch Sand gefunden werde. Es sei schon passiert, daß eine ganze Reihe Patienten dann auf das Gemüße verzichteten. Die Trockenmilch, deren Verwendung wohl aus Sparmaßregeln zu erklären sei, hinterlasse in den Gefäßen einen bittern Bodensatz. Vielleicht müsse man das, wie überhaupt die Mängel der Speisearbeit, darauf zurückführen, daß das Wirtschaftspersonal nicht ausreiche.

Als wichtiger bezeichnete die Beschwerdebüchlein die Klagen über die Heilbehandlung. Diese wird geleitet von zwei Ärzten, die in dem etwa eine Stunde entfernten Rheinsberg wohnen und dreimal in jeder Woche nach Hoheneule kommen. Hoheneule hat über 100 und gelegentlich wohl bis an 120 Insassen, da könnte also die Angabe zutreffen, daß der einzelne Pflanzling nicht oft — die Beschwerde sagt: alle 14 Tage — vor seinem Arzt gelange. Gefragt wird besonders über die nach Ansicht der Pflanzlinge manchmal auszureichende Zuweisung von Arbeit, die in der Hausordnung, wie wir aus ihr erfahren, als „vollwertiges Heilmittel“ betrachtet wird. Mitunter seien Pflanzlinge, die bei ihrem Arzt über ihr Befinden klagten, durch Zudiktierung von noch mehr Arbeit überlastet worden. Gerade hier müssen wir es uns versagen, die Einzelbehauptungen der Beschwerdebüchlein ausführlich wiederzugeben. Sie sind kennzeichnend für die Stimmung mancher Pflanzlinge und für die Auffassung, die sie von der Verordnung des „vollwertigen Heilmittels“ Arbeit haben.

Ergänzend wollten wir anfügen, was über die Art der den Pflanzlingen auferlegten Arbeiten die geltende Hausordnung sagt. Wir lesen da: „Es sind Einrichtungen getroffen für allerlei Arbeitstätigkeiten. Neben größerer Garten- und Feldwirtschaft sind kleinere Werkstätten vorhanden für Schlosser, Schmiede, Tischler, Stellmacher, Buchbinder, Schneider, Schuhmacher, Korbmacher, damit die Genesenden ebenso ihre eigentliche Berufstätigkeit pflegen, wie auch andere nützliche Fertigkeiten sich zu eigen machen können.“ Wir wissen nicht, ob alle diese Arbeiten jetzt in Hoheneule wirklich ausgeführt werden. Wird über den Bedarf der Anstalt hinaus gearbeitet, so wäre das als unangehörig zu rügen. Bei der jetzt in Hoheneule betriebenen Anfertigung von Liegestühlen, die in der Hausordnung nicht besonders erwähnt ist, trifft es zu, daß sie nicht der Befriedigung des eigenen Bedarfs dient. Söhnle selbst genährt den Patienten keine Liegestühle. Auch eine übermäßige Ausrechnung der Arbeitsdauer — die Beschwerde spricht von 8 Stunden — ist unzulässig. Da die Pflanzlinge einen Rechtsanspruch auf Behandlung und Verpflegung haben, so darf nicht aus ihrer Arbeitskraft ein Gewinn herausgeholt werden, ohne daß ihnen ein Lohn zugesichert wird.

Besonders wurde in der Beschwerdebüchlein weiter, daß durch Ueberbürdung des nicht zahlreichen Pflegepersonals die Pflanzlinge geschädigt würden. Den Pflegern sei es trotz gutem Willen nicht möglich, ihre Aufgabe recht zu erfüllen. Durch Massage, die an jedem Morgen von 6-9 Uhr dauere, durch Dienst im Speisesaal, durch Teilnahme an den verordneten Arbeiten seien sie den ganzen Tag in Anspruch genommen. Aus dieser Ueberbürdung habe man es zu erklären, daß ein Patient in einem Schwimmbad zu Schaden gekommen sei, so daß er mit einer Verbrennung des Schenkelbeins eine Woche lang habe das Bett hüten müssen.

Mit Verdruck wurde auch das hervorgehoben, daß die Insassen von Hoheneule bezüglich ihrer geistigen Kost bevormundet werden. Die Anstalt hält drei Zeitungen, die ihr als unversänglich gelten: Die „Berliner Allgemeine Zeitung“, die „Deutsche Worte“ und eine Rheinsberger Zeitung. Die Beschwerdebüchlein sagt, daß alle anderen Zeitungen auch auf Kosten der Pflanzlinge nicht gehalten werden dürfen, andernfalls habe man Entlassung zu gewärtigen. Es sei vorgekommen, daß Pflanzlinge sogar die ihnen zugewandten Zeitungen einfach nicht erhielten. Uebrigens bietet die Anstaltsbibliothek eine ähnliche Kost, wie bei drei obengenannten Zeitungen.

Zur Prüfung all dieser Beschwerden hielt der Vorsitzende der Zentralkommission der Krankenkassen, Genosse Simanowski, es für ratsam, in Hoheneule an Ort und Stelle eine Auffklärung des Sachverhaltes zu verlangen. Dieser Gedanke mußte ihm um so näher liegen, da er schon oft bei Klagen über Anstalten dasselbe Verfahren mit gutem Erfolg angewendet und das auch in Hoheneule bei einer früheren Gelegenheit schon mal getan hat. Er fuhr hinaus mit einem Begleiter — und zwar genau so, wie damals, ohne vorherige Anmeldung — aber diesmal wurde ihm von einem Stellvertreter des erkrankten Oberinspektors erklärt, daß er lediglich die Mitteilung der Beschwerdepunkte von ihm entgegennehmen dürfe. Mehr zu gestatten, sei gegen die Instruktion, im besonderen könne nicht zugelassen werden, daß Simanowski selber durch Besichtigung der Anstalt und durch Befragung von Pflanzlingen etwas festzustellen unternehme. Dem Verlangen schien es unfaßbar zu sein, daß Simanowski der Anstalt eine unangenehme Visite machen wollte, und er bezeugte die frühere, tatsächlich ohne vorherige Anmeldung gemachte Visite nachträglich als eine unzulässige. Der Versuch, durch sofortige telephonische Anfrage bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg über diese Auffassung der Instruktion eine Entscheidung herbeizuführen, blieb ergebnislos. Simanowski verzichtete dann darauf, dem Beamten lediglich die Beschwerde einzuhandigen oder vorzutragen, und beide Besucher verließen unverrichteter Sache die Anstalt.

Wir sind der Meinung, daß dieses auf eine vernünftige neue Instruktion sich stützende Verfahren des Beamten nicht dazu beitragen

wird, in Hoheneule die Zufriedenheit wieder herzustellen. Die Verwaltung wird sich nicht wundern dürfen, wenn ihr das nicht gelingt. An Bemühungen, der Unzufriedenheit den Boden zu entziehen, läßt sie's nicht fehlen, aber sie hat damit wenig Glück. Sie verspricht sich Erfolg von dem Rezept, die „sozialdemokratischen Heher“ fernzuhalten, — und erreicht damit gerade das Gegenteil.

Hierher gehört auch die Verbannung des „Vorwärts“ aus Hoheneule. Andere Zeitungen dürfen — entgegen der in der Beschwerde geäußerten Annahme — gelesen werden, wenn einer danach verlangt. Den neu eintretenden Pflanzlingen wird neben der Hausordnung noch ein Fettel mit Verhaltensregeln überreicht, unter denen wir die folgende finden: „Parteiliche Blätter, welche die Richtung der Anstalt angeben, sollen dem Genesungsheim ferngehalten werden.“ Das richtet sich aber lediglich gegen den „Vorwärts“. Die Folge dieser Bevormundung erwachsener Männer, die man bei Strafe der Entlassung zum Verzicht auf die gewohnte Lektüre zwingt, ist nicht Fernhaltung der Unzufriedenheit, sondern gerade eine Störung des Friedens.

18. Verbandstag der Branerei- und Mühlenarbeiter.

Mannheim, 13. Juni.

3. Verhandlungstag.

Die heutige Sitzung war wiederum eine geschlossene. Der Vorsitzende der Branerei- und Mühlenarbeiter, Herr Schell, Berlin hielt ein groß angelegtes, fast dreistündiges Referat über:

„Richtlinien für Lohnbewegungen und Kämpfe.“

Die Lohnbewegungen des Verbandes waren in den letzten Jahren sehr zahlreich — die genauen Zahlen haben im Vorbericht gestanden — und gelang es der Organisation auch, schöne Erfolge für die Arbeiter zu erzielen. Das Gesellige Referat bewegte sich nun in der Richtung: die Kämpfe kritisch zu würdigen, die Taktik der Unternehmer zu zeigen und aus den gemachten Erfahrungen heraus bestimmte Richtlinien für die Einleitung und Führung der Kämpfe aufzustellen. Ebel verbreitete sich besonders über das Verhalten der Unternehmer, die Verhandlungen zu zentralisieren, und wies darauf hin, es sei unbedingte Notwendigkeit des Verbandes, sich darauf gefaßt zu machen, daß es auch im Branereibetriebe zentralen Bewegungen und Kämpfen kommen wird. Das Mittel des Boykotts solle man nicht überschätzen. Der Redner wies dabei auf die Schwierigkeit der Durchführung des Boykotts in der Mühlenindustrie hin. Er empfahl den Delegierten, dafür zu sorgen, daß die Vereinbarungen mit dem Zentralvorstand deutscher Konsumvereine in allen Fällen eingehalten werden. — Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Ebel die Notwendigkeit der Schaffung eines Kriegsfahres, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Die Diskussion über diesen Punkt wird morgen fortgesetzt.

Aus der Partei.

Der sächsische Landesparteitag

beginnt am 18. August im Volkshaus zu Dresden und soll zwei Tage dauern. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Otto Hühlig. Die Landgemeindefürsorge. Referent: Ernst Schulze. Jugendfürsorge in Sachsen. Referent: Alfred Reimling.

Zu der Göppinger Angelegenheit ist uns eine lange Erklärung der Genossen Kadel und Thalheimer zugegangen. Nun findet Sonntag in Göppingen eine Kreis-Konferenz statt, an der auch Vertreter des Parteivorstandes teilnehmen. Es ist zu hoffen, daß es auf dieser Konferenz zu einer definitiven und befriedigenden Regelung der Angelegenheit kommen wird. Da darüber Verhandlungen schweben, halten wir es im Parteinteresse für angeeignet, erst dann, wenn die Ergebnisse der Konferenz vorliegen, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Parteiliteratur.

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung, herausgegeben vom Genossen Max Grunwald, werden in den nächsten Tagen ihr Erscheinen im Verlage von Kaden u. Co. in Dresden beginnen. Diese Abhandlungen und Vorträge sollen ihren unterschiedlichen und wesentlichen Charakter vor ähnlichen Unternehmungen darin zeigen, daß zunächst jede Abhandlung und jeder Vortrag in sich abgeschlossen erscheint und doch zugleich durch das genau bezeichnete Quellenmaterial zu weiteren Studien anregt. Das agitatorische Moment soll nur in der Sache, in dem Material liegen, nicht in der Form. Daher wird in erster Linie auf Referat gerechnet, die in der sozialistischen Lehre bereits einige Kenntnisse besitzen und sich fortbilden wollen. Vom Herausgeber und einer Reihe sachkundiger Mitarbeiter werden zunächst folgende Gegenstände behandelt werden: „Zur Einführung in Marx' Kapital“; „Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik“; „Goethe und die Arbeiter“; Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit“; „Die sozialdemokratischen Reichstagswähler in ihrer sozialen Gliederung“; „Technik, Natur und Gesellschaft“; „Lohn und Zeit der Arbeit in Deutschland“; „Die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie in Deutschland“; — Heft 2: August Mai, Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik“; und Heft 3: Max Grunwald, „Goethe und die Arbeiter“, sind bereits erschienen und zum Preise von 40 Pf. pro Heft durch alle Buchhandlungen und Kolportage sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Schwarzer Wahlterrorismus.

Der Zimmermann Jakob Schaller in Dachau verteilte am 12. Januar gelegentlich der Reichstagswahl im Schulhaus in Rüttenkirchen sozialdemokratische Stimmzettel. Der Zentrumsagitator, Zimmermeister Johann Gattinger, wies den Genossen weg. Schaller verbat sich diese Annahme und erwiderte, daß er das Recht habe, vor dem Wahllokale Stimmzettel zu verteilen. Der Zentrumsterrorist machte kurzen Prozeß, er packte den Genossen und warf ihn 4 bis 5 Stufen die Treppe hinab! Hatte sich Schaller zum Glück nicht am Treppengeländer anhalten können, wäre er kopfüber die Treppe hinuntergefallen. Schaller war infolge der erhaltenen Verletzungen bis zum 3. Februar erwerbsunfähig. Er stellte beim Schöffengericht Dachau Privatklage und Strafantrag wegen Körperverletzung. In der Verhandlung verteidigte sich der Zentrumschritt Gattinger damit, daß er meinte: „Wir brauchen Ioana Sozt auf dem Land!“ Im übrigen will der Zentrumschritt dem Sozi nur einen „sanften Stupfer“ gegeben haben. Der fromme Mann mußte sich aber vom Richter belehren lassen, daß das Verteilen von Wahlzetteln bis jetzt noch immer etwas Erlaubtes war, und der Vertreter des Schaller lehnte hinzu, daß ein solcher schwarzer Terrorismus einseitigen noch nicht erlaubt sei. Schließlich verstand sich der schwarze Zimmermeister zu einem Vergleich: Der Zimmermeister zahlte an den verhafteten Sozi eine Buße von 150 M., bittet ihn um Entschuldigung und zahlt außerdem familiäre Kosten, die in dem gegen ihn anhängig gemachten Zivilprozeß entstanden sind.

Gerichts-Zeitung.

Die Verzweiflungstat einer Frau

bildete den Gegenstand einer Verhandlung, welche gestern das Schöffengericht des Landgerichts I beschäftigte. Wegen versuchten

Mordes war die Frau Lina Siegmund angeklagt. Die jetzt 21 Jahre alte Angeklagte ging im Alter von 19 Jahren mit dem Rautscher Siegmund eine Ehe ein, der später ein Kind entsprang. Während die Frau sehr an ihrem Kinde und auch an ihrem Mann hing, trieb sich dieser mit Mädchen umher und verbrachte seinen Lohn in den Aneipen. Da er nach seiner Richtung hin für Frau und Kind sorgte, mußte sich die Angeklagte den Lebensunterhalt durch Frühstücksaustragen und Blusennähen verdienen. Der Ehemann der Angeklagten ging sogar so weit, daß er die Milch, welche die Frau von der Armenverwaltung für ihr Kind geliefert erhielt, wiederholt selbst austrank, so daß das kleine Wesen hungern mußte. Schließlich sagte er sich ganz von seiner Frau los, die von seinen eigenen Eltern bereitwillig aufgenommen wurde, während er selbst mit einer Arbeiterin Margarete Schröder in der Pappelallee zusammenhaute. Da die Angeklagte trotz aller Vorwommisse immer noch nicht von ihrem Mann lassen konnte, suchte sie eines Tages die Schröder auf, um sie zu veranlassen, ihren Mann freizugeben. Als die Sch. nur notdürftig bekleidet ihr öffnete, drängte sich ihr Mann vor und schlug sie ohne weiteres ins Gesicht. Wie die Angeklagte früher angebehen hatte, sei sie dann, ihrer Sinne nicht mehr mächtig, nach Hause gelaufen und habe sich den Revolver ihres Mannes geholt. Als sie ihn dann in Begleitung der Schröder in der Pappelallee vor einem Lokal traf, in welchem die beiden tanzen wollten, habe sie auf ihn zwei Schüsse aus dem Revolver abgegeben, um ihn zu erschrecken. — Vor Gericht erklärte die Angeklagte, daß sie selbst nicht wisse, wie sie zu der Tat gekommen sei.

Der als Sachverständiger geladene Gerichtsarzt Dr. Marg beklundete, daß die durch Schummer, Sorgen und schwere Arbeit ermüdete Frau die Tat offenbar in einem Zustande der furchtbarsten Erregung verübt habe. Rechtsanwalt Dr. Bruno Friedländer beantragte, die Angeklagte freizusprechen, da sie offenbar in einem Zustande gehandelt habe, in welchem ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Schlußmitemfall könne die Angeklagte nur wegen Verdrohung bestraft werden. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung.

Worin besteht der Terrorismus?

Der Glaser Ernst Thiel in Breslau hatte den Kollegen seine Beteiligung am Glaserkreuz zugesagt, dieses Versprechen aber gebrochen. Am 10. Juni noch für die Sache der Kollegen zu gewinnen, begab sich der Streikleiter Ritsche aus Berlin und ein anderer Kollege vor das Geschäft, in dem Thiel arbeitete und warteten ihn zum Feierabend ab. Der Unternehmer Holzmann hatte das bemerkt und begleitete seinen lieben Arbeitswilligen nach Hause. Dadurch ließen sich die Verbandsmitglieder aber von ihrem Vorhaben nicht abbringen, sondern sie leiteten an Thiel heran und Ritsche sagte: „Kollege Thiel, ich möchte Sie einmalf sprechen. Am besten wäre es, wir gingen in ein Lokal, da läßt sich's besser verhandeln.“ Nichts weiter! Die paar Worte genühten aber, um den Arbeitgeber wild zu machen. Er sprang nach dem in solchen Fällen immer schnell auffindbaren Schuhmann, und die Attentäter wurden wegen Streifergehen nach § 153 vor Gericht gebracht. Worin bestand der Terror? Während die Leute angesprochen wurden, waren Ritsche und Wensch vor sie hingetreten. Sie hatten dem Arbeitswilligen also „den Weg verstellt“! Dafür diktierte das Schöffengericht in Breslau — einen Tag Gefängnis. Am Donnerstag kam die Sache durch Berufung der Beurteilten vor die berühmte Strafkammer des Herrn Mundt. Obwohl einer der namhaftesten Berliner Juristen die unmöglichen Konsequenzen einer solchen Rechtsprechung dem Kollegium vor Augen führte — jeder Strahnhändler verübt dann Terrorismus und Rädigung — blieb es bei dem Urteil der Vorinstanz.

Für ein Verhalten gegenüber Arbeitswilligen, wie es vorstehend überhaupt nicht denkbar ist, muß der organisierte Arbeiter ins Gefängnis! Und dabei verlangt dieser Tage der „Schlesische Gewerbetag“ aller reaktionären Handwerksmeister eine Verschärfung der Gesetzgebung, weil die bestehenden Gesetze zur Ahndung des Terrors der Arbeiter — nicht genügen. Selbst dem Oberbürgermeister von Breslau, Herrenhausmitglied Dr. Vender, ging das über die Quischnur, und er wandte sich energisch gegen eine solche Beschränkung der Arbeiterrechte.

Gesundheitsrecht in Preußen.

In den Besitzten ostelbischer Junker ist der Kontraktbruch für die Landarbeiter meist die einzige Möglichkeit, sich unwürdiger Behandlung oder Mißhandlungen durch die Besitzer zu entziehen. Prompt arbeitet jedoch die behördliche Quischnur durch Verhängung eines polizeilichen Strafbefehls „wegen Uebertretung des Gesetzes vom 24. April 1854“. In den größten Seltenheiten gehört es, daß ein zur Entscheidung angerufenen Gericht den Kontraktbruch für berechtigt erklärt.

In Arsjanke (Westpreußen) hatte sich ein Knecht mehrfach über schlechtes Essen beschwert. Eines Mittags habe er wieder Ursache, sich über das Essen zu beklagen, das aus schlecht gewordenen Heringen bestand. Er warf in seinem Unmut einen Hering auf den Boden. Der Besitzer stellte ihn deshalb später zur Rede. Die Auseinandersetzung endete damit, daß der Gutsherr dem Knecht Faustschläge ins Gesicht versetzte, ihn zur Türe hinauswarf und ihm nachsah, er solle sich aus dem Haus scheren.

Als der Knecht leichten Hals befolgte, erreichte ihn eine polizeiliche Strafverfügung in Höhe von 15 Mark. Das zuständige Schöffengericht bestätigte diese Strafe in etwas vermindertem Maße, trotzdem in der Verhandlung von dem Besitzer als Zeugen zugegeben war, daß er dem Knecht „einige Stöße versetzt, die möglicherweise den Angeklagten im Gesicht trafen“.

Etwas eingehender beschäftigte sich die Strafkammer des Landgerichts in Königsberg mit dem Fall. Die Würdigung der Tatumsstände geschah natürlich wiederum zugunsten des Agrariers. Der Arbeitgeber durfte vor Gericht feststellen, der zu Boden geworfene, vom Angeklagten als verfault bezeichnete Hering sei „genießbar“ gewesen; ihm habe er „ganz gut geschmeckt“. Das Hinanwerfen sei mehr ein „Jur-Tür-Hinauschieben“ gewesen. „Möglich“ sei, daß er dem Knecht auch Schläge ins Gesicht versetzt habe. Eine Entlassung, wie der Knecht behauptete, sei dies nicht gewesen. Denn der Besitzer habe lediglich auf eine Aeußerung des Knechts, „er sch... auf solches Essen“, sagen wollen, das soll er nicht in der Stube, sondern draußen tun.

Das Gericht glaubte nur dem Besitzer und stellte im Urteil zum Ueberfluß fest: „Wegen einer etwaigen Mißhandlung konnte der Angeklagte auch nicht den Dienst verlassen.“ Durch den Artikel 15 der Gefindeordnung ist freilich jedes Mißhandlungsrecht der Herrschaft, auch das indirekte, aus § 77 der preussischen Gefindeordnung folgend, beseitigt: der mißhandelnde Gutsherr kann trotz § 77 wegen Mißhandlung bestraft werden. Aber aus dem Dienste gehen darf das Gefinde nicht, denn die §§ 136, 137 der Gefindeordnung gestatten eine Aufhebung des Vertrages wegen Mißhandlungen nur in solchen Fällen, in denen das Gefinde durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit veretzt worden ist oder wenn es, auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausbleibender und ungewöhnlicher Härte behandelt ist.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Zahlmorgen.
Am Mittwoch, den 12. Juni,
verstarb unser Mitglied

Johann Bitinsky
Ehrenmitglied
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, vom Stroh-
Stranzenhause aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Verband der Buch- und
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 12. d. M. verstarb nach
kurzem, schwerem Leiden unser
Mitglied

Johann Bitinsky
im Alter von 30 Jahren.
Ehrenmitglied
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, vom Stroh-
Stranzenhause nach dem neuen
Johannis-Kirchhof in Wilmers-
dorf.
27/17 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
im
5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(1. Abteilung.)
Nachruf.
Am 13. Mai 1912 starb in
Jena, wo er Heilung seiner
Krankheit suchte, unser lieber und
arbeitsfreudiger Genosse

Paul Schmidt.
Am 17. Mai cr. fand daselbst
die Beerdigung statt.
Ehrenmitglied
223/14 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein
Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Genosse

Wilhelm Wetzel
Herrfurthstraße 18/19 (21. Bezirk)
verstorben ist.
Ehrenmitglied
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes,
Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Riemper

Hermann Fabian,
Neanderstr. 14, am 12. d. Mts.
an Herzschlag gestorben ist.
Ehrenmitglied
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. d. Mts.,
mittags 12 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisenstädtischen
Kirchhofes in Neukölln, Hermann-
straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
119/5 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Be-
sammelten die traurige Nachricht,
daß mein geliebter Mann

Robert Klitscher
nach langem Leiden am 13. Juni
entschlafen ist. 20750
Dies zeigt tiefbetrubt an
Klara Klitscher.
Baumgärtnerweg,
Baumgärtnerstr. 19-20.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Treptower Gemein-
dekirchhofes, Neue Krugallee, aus
statt.

Nach langen, schweren Leiden
entschlief sanft am 13. Juni mein
lieber Mann, unser guter Vater,
der Gemüthlicher

Hermann Ernst
im 62. Lebensjahre. 20745
Um stille Teilnahme bitten
Emma Ernst nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Heilands-
Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

Von der Reise zurück
Dr. P. Schwerin,
Arzt für Harnkrankheiten
Oranienstr. 145. 96/12

Dankagung.
Für die vielen Beweise liebevoller
Teilnahme bei der Belegung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
und Schwiegervaters
Robert Pelzer
sowie für die zahlreichen Kranzspenden
und trostreichen Worte sagen wir allen
Beteiligten herzlichsten Dank. 20835
Hedwig Pelzer,
Reinhold und Helene Pelzer.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse
der Metallarbeiter. (E. H. No. 29
Hamburg.)
Filiale Berlin 4.
Sonntag, den 15. Juni,
abends 8 1/2 Uhr,
bei Metrowitz, Andreadstr. 26:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Kassenbericht; Jahresbericht; Wahl
der Aufsichtsratsmitglieder; Verschiedenes.
Reichlichen Besuch erwartet
20755 Die Ortsverwaltung.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I: Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Rathhalle
II: Turmstr. 67, 1. Etage,
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für taubelosen Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mark** an.
Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause.
Für Wunsch Besuch des Besten
mit neuesten Stoffmustern.
Sonntag geöffnet. 84312

Rheinsberg i. Mark.
Empfehle Sommerfräule sowie
Bereinen mein auf bester eingerichteter
Logierhaus mit großem Saal,
Anerkannt gute Küche sowie Betten
bei soliden Preisen. Pension
3 Mark. Einziges freies Lokal
am Ort! 84312

Gasthaus zu den 4 Jahreszeiten
Aug. Böcker.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gebrockanzüge
Smokings auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags nur v. 8-10 geöffnet.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehilfen!

In der Liste vom Mittwoch, den 12. d. Mts., sind folgende Betriebe nachzutragen:

Adalbertstr. 98, Schmalk Ankumer Str. 53, Schulze Gurrgstr. 34, Rosenthal Gendner Str. 10, Klottz Fenchstr. 43, Beelhaar Glogauer Str. 32, Arause Grünauer Str. 4, Rohle Grünauer Str. 34, Schulze Guttenstr. 25, Wolgast Kaufer Str. 21, Hüpenreuter Mantelstr. 16, Dilmann Preyslauer Allee 174, Wigig Ramlstr. 16, Kellner Reichenberger Str. 90, Raschel Rigener Str. 16, Köhler Schönensche Str. 11, Freund	Schwandauer Str. 84, Säger Waldstr. 24, Hübisch Alt-Stralau. Alt-Stralau 17, Linke Charlottenburg. Knobelsdorffstr. 14, Respektmecht Britz. Rudower Str. 90, Weigner Lichtenberg. Friedrichstr. 58, Karas Gürtelstr. 29, Kleinbid Hergbergstr. 100, Raube Margaretenstr. 26, Dratow	Emser Str. 118, Beyer Erststr. 20, Gabriel Kirchhofstr. 33/34, Flemming Kranzstr. 10, Bär Krausstr. 7, Mangelmann Krausstr. 43, Rühlhorn Richardstr. 18, Vert Steinmühlstr. 20, Reich Thomaststr. 3, Hohm Widenbruchstr. 53, Plan Zietenstr. 68, Seibler Pankow. Dreßmstr. 1, Stiller Treptow. Baumgärtnerstr. 73, Rüdiger
---	---	--

Geschäfte, in denen keine Gehilfen beschäftigt werden, sind für den Besuch freigestellt.
Für Verbandsmitglieder gesperrt sind folgende Betriebe:
Eichstr. 11a, Stallhreiberstr. 11a
Rude, Buchholzer Str. 9
Borger, Kolberger Str. 12
Waldrecht, Koppenstr. 30
Dilmann, Dankschtr. 4
Reinischke, Neukölln, Berliner
Str. 76
Bischof, Neukölln, Kaiser-Friedrich-
Str. 244
Alpen, Neukölln, Zietenstr. 31
Barth, Zegel, Egelstr. 11 292/10

Hebt Solidarität! **Verband der Friseurgehilfen.**

Arbeiter-Schwimmer-Bund
Berlin.
Sonntag, den 16. Juni d. J., vorm. pünktlich 9 1/2 Uhr,
in den Sophienböden, Sophienstraße:
Konstituierende Versammlung
aller in Berlin vorhandenen, dem Arbeiter-Schwimmer-
Bund angehörigen Vereine und Mitglieder.
Tagesordnung:
Festlegung der Vereinbarungen. Beratung der Statuten.
Wahl des Vorstandes. 292/58
Alle Mitglieder sowie Schwimmsportfreunde sind
zu dieser Versammlung eingeladen. Der Vorstand.

Wäsche-, Krawatten- und Korsettbrenche.
Versammlung
für sämtliche Branchen der Filiale III
am Dienstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Königs-
säle“, Neue Königstr. 26, gr. Saal, Eingang Wadzeckstraße.
Tagesordnung:
1. Vortrag: „Der Hunger und die Liebe.“ Referent:
Genosse Dr. Jadel 2. Die Kündigung der Zuschneider bei
Ulstein u. Co., die Ablehnung des Tarifvertrages bei Cohn
u. Eisenburg, unsere Beschwerden gegen die Firmen Jachs,
Gebr. Borchardt, Grünbaum, Blumenau u. Cohn,
J. u. W. Hauser und Otto Levy. 3. Verschiedenes und Ver-
bandsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.
Kollegen und Kolleginnen! Gleichzeitig mit Einreichung des
Protokolls wegen Nichterfüllung der Tarifbeschlüsse durch die
Wäschefabrikanten haben wir uns mit Beschwerden gegen obige
Firmen zu beschäftigen und müssen auch diese, wenn eine Rege-
lung durch die beiderseitigen Organisationen nicht möglich ist,
durch das Schiedsgericht entschieden werden. Erscheint alle zur
Versammlung! Gäste haben Zutritt. Die Mitglieder können
gleichzeitig die Wahl der Delegierten zum Verbandsrat in Adiu
vollziehen. Die Wahl findet im Nebenraum von 5-9 1/2 Uhr statt.
Verband der Schneider und Wäschearbeiter.
Filiale Berlin III, Neue Königstr. 6.

Monats-Garderobe!
Die besten Sommer-Paletots
und 4-500 getragene Anzüge für
Herren, Smoking-Anzüge, Grad-
anzüge, sowie von Kanarieneren ge-
tragene, fast neue Sachen (a. Seide),
für jede Figur passend, in größter
Auswahl zu unübertroffen 96/10
billigen Preisen.
1 Tr., desfalls billiger wie im Laden.
Wassersort-
Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 1

Technikum
Hoppe, Mathienstraße 13.
Tropfette gratis. 204/15
Zigarren-W. Herbst
Fabriken
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Wars. Zigarren-
händler bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Fr. Siegel's Festfale
Theaterbühne Gr. Frankfurter-Str. 30. 2Kegelbahnen
Empfehle den Gewerkschaften sowie Vereinen meine Vereins-
zimmer sowie Säle (30 bis 360 Personen fassend) zur Ab-
haltung von Sitzungen, Versammlungen sowie Festlichkeiten
zu den billigsten Bedingungen. 84322
NB. Sonnabende u. Sonntage im August, September, Oktober noch frei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1232. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967.
Montag, den 17. Juni 1912, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in Metallgießereien Berlins und Umgegend
beschäftigten Former und Berufsgenossen
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Es wird ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 17. Juni 1912, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in den Betrieben der Schnallen-, Bijouterie- und
Galanteriebranche beschäft. Kollegen und Kolleginnen
in den Ritterböden, Ritterstr. 75.
Tagesordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in obigen Betrieben.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung darf niemand fehlen. Alle müssen erscheinen.

Montag, den 17. Juni 1912, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Schmiede, Kesselschmiede u. Autogen-Schweißer
im Lokal Schulz (Wendts Festfale), Münzstr. 17,
Eingang Königgraben.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Jachs über: „Der Zweck der gegnerischen Ge-
werkschaften“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Branchen-
angelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist Ihr
Erscheinen dringend notwendig. Jeder von Ihnen muß für einen guten
und zahlreichen Besuch dieser Versammlung sorgen.
119/5 Die Ortsverwaltung.

Achtung
Kaufen Sie
nur beim Fachmann
Elegante fertige
Herren-Garderobe
Teilzahlung von
1 Mark
wöchentlich an
Vernehmste Maßanfertigung u. Garantie
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18

Wo kaufen Sie Möbel?
am
vorteilhaftesten
Nur
im
Möbel-Magazin
OTTO PIEHL
BERLIN Brunnen-
N. Str. 120
Warum?
1. Weil billigere Preise.
2. Weil hohe Kulanz.
3. Weil grosse Auswahl.
4. Weil Teilzahlungen
gestattet.

Westmann
Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115.
Keine Reklameware!
KOSTUME
Imprägnierte Stoffe, Loden, Kam-
garne, Leinen praktisch, dauerhaft,
gute Verarbeitung, beste Qualitäten,
graue Staub- und leichte Popeline-
Kostüme f. jede Figur auch d. stärkste
15, 22, 35 bis 75 Mark.
Reise-MÄNTEL
Alpaka, Cheviot, Bast, Gloria, Seide,
Loden in 100 verschied. Ausführung.
für jede Figur, auch die stärkste
12, 16, 50, 20, 25 bis 75 Mark.
Modelle in allen Arten, dar-
unter Pariser Originale **spottbillig!**
Der Saison-Kleider-Ausverkauf wird in kürzester Zeit
beendet, daher greifen Sie zu!
1 Posten Original-Modelle in Kleider 75 M., sonst bis 200
1 Posten Waschkleider und Kostüme 6, 10, 15, 22, 30 M.
1 Posten Röcke und Blusen 4, 7, 11, 13, 16 M.
Für Filial- u. Polz-Konfektion Sommerpreise.
Sonntag geöffnet 8-10 Uhr vorm.

Fleischerboykott in Neukölln.

Folgende Fleischermeister haben die Forderungen der Gesellschaft anerkannt und den Tarifvertrag unterzeichnet:

- | | |
|---|---|
| Werkstr. 12, A. Träber | Leffingstr. 9, A. Albrecht |
| Werkstr. 43, Böhner | Leinestr. 2, A. Uchmann |
| Berliner Str. 28, P. Lufschel | Riemerstr. 8, R. Lindner |
| Bergstr. 39, A. Baum | Rogalstr. 23, E. Krause |
| Bergstr. 84, D. Schulz | Rogalstr. 31, R. Bauer |
| Bodelstr. 26, B. Dörr | Rogalstr. 40, D. König |
| Boddinstr. 49, J. Paul | Rablomer Str. 2, B. Rahn |
| Bürkerstr. 5, P. Blücher | Rarefstr. 14/16, P. Blümlein |
| Canner Str. 51, R. Mauerberger | Rainzer Str. 8, D. Schlechner |
| Donaustr. 15, G. Rubin | Röschstr. 47, G. Schulz |
| Emser Str. 19, B. Bauer | Röschstr. 12, K. Prager |
| Emser Str. 21, D. Schmidt | Röschstr. 45, G. Ucker |
| Emser Str. 26, J. Driß | Röschstr. 8, H. Bergfeld |
| Emser Str. 40, Gleich | Röschstr. 12, G. Schmiedel |
| Emser Str. 76, A. Kroll | Röschstr. 24, M. Kapusta |
| Emser Str. 111, A. Stod | Röschstr. 37, D. Friebe |
| Ellenstr. 74, G. Amling | Röschstr. 31/32, P. Andemann |
| Friedrichstr. 48, D. Beckand | Röschstr. 61, D. Schönbrunn |
| Friedrichstr. 51, D. Beckand | Röschstr. 66, G. Veierluch |
| Halbstr. 2, H. Schmidt | Seldamer Str. 1, B. Fischer |
| Halbstr. 20, M. Kiefe | Seldamer Str. 28, A. Müller |
| Harzerstr. 118, G. Burs | Seldamer Str. 35, A. Malowicz |
| Herzstr. 23, G. Schilde | Schönweider Str. 16, B. Knoll |
| Herrbergstr. 21, B. Krüger | Schubomairstr. 42/44, P. Golle |
| Hohestr. 19, B. Rademacher | Schubomairstr. 49, A. Bod |
| Hohestr. 38, D. Seifert | Steinmühlstr. 28, A. Räte |
| Hohestr. 42, H. Reichmann | Steinmühlstr. 36, A. Klammer |
| Hermannstr. 46, A. Kiehl | Steinmühlstr. 110, A. Schmel |
| Hermannstr. 114, Erste Reudüner | Thomasstr. 36, E. Flehmig (Wurstfabrik) |
| Hermannstr. 160, D. Perle | Tellstr. 13, E. Schlicht |
| Hermannstr. 210, Reudüner Fleischzentrale | Teupitzer Str. 12, C. Anchel |
| Heidelberger Str. 60, A. Böland | Teupitzer Str. 110, A. Szegnel |
| Högerstr. 7, G. Seidel | Wahlstr. 7, W. Friedmann |
| Högerstr. 59, P. Kuzul | Wahlstr. 38, G. Soff |
| Högerstr. 48, A. Kade | Wahlstr. 70, A. Gerlach |
| Johann-Cup-Str. 3, G. Rudolf | Wahlstr. 73, Th. Bahne |
| Jonasstraße (Neue) 29, G. Färber | Weichstr. 31, G. Scherte |
| Karlsgartenstr. 2, B. Kiehl | Weichstr. 49, F. Schmidt |
| Karlsgartenstr. 16, G. Neuber | Weichstr. 57, Rob. Arndt |
| Kottbuser Damm 12, F. Klein | Weichstr. 64, C. Kowalski |
| Kreischstr. 41, P. Hartsh | Weichstr. 4, G. Burs |
| Kreischstr. 68/69, A. Kiepe | Weichstr. 8, A. Ritsch |
| Kreischstr. 117, P. Hennig | Weichstr. 24, P. Bonneberger |
| Kreischstr. 160, D. Looke | Weichstr. 30, G. Knappe |
| Kaiser-Friedrich-Str. 7, J. Holz | Weichstr. 51, F. Schilde |
| Kaiser-Friedrich-Str. 22, G. Dehrend | Weichstr. 44, H. Winter |
| Kaiser-Friedrich-Str. 78, G. Vacholski | Weichstr. 168, W. Meier |
| Kaiser-Friedrich-Str. 76, E. Härtel | Wilmannstr. 1, G. Kiehl |
| Kaiser-Friedrich-Str. 245, J. Kaminski | Wildebrunnstr. 54, B. Korte |
| Leffingstr. 18, Orzenda | Wietenstr. 13, G. Nauchfeld |
| Leffingstr. 24, C. Sternes | Wietenstr. 23, R. Kaller |
| | Wietenstr. 41, G. Rothmann |
| | Wietenstr. 51, B. Fischer |

Hausfrauen! Mitbürger! Unterstützt die um eine geregelte Arbeitszeit kämpfenden Fleischergesellen. Kauft gute Fleisch- und Wurstwaren nur in solchen Geschäften, wo folgendes Plakat (weiß mit rotem Rand) aushängt:

Meiner geschätzten Kundschaft zur gefälligen Kenntnis:
 In meinem Geschäft sind die
Lohn- und Arbeitsbedingungen
 mit dem
Zentralverband der Fleischer u. B. D.
 tariflich geregelt.
 Es erfolgt dieserhalb keine Preiserhöhung der Fleisch- und Wurstwaren.
 Stempel der Streikleitung. Behätigt durch **Paul Bergmann.**

Alle Geschäfte, in denen das rote, vor der Öffnung und den Gelben herausgehobene Plakat aushängt, sind boykottiert.
 Die Streikleitung. Berlin, Elisabethstr. 11.
 Telefon: Amt Königsplatz Nr. 3024.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 Berlin N.
Brunnenstr. 105 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger
Anzüge
 und
Sommerpaletots,
 Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
 und Arbeiter-Berufskleidung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
 und des Arbeiterradfahrer-Bundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.



Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine
Monats-Garderobe
 direkt an Private.
 Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Vornehme
Herren-

Bekleidung
 fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
 auf Wunsch Wochenrate.

von
1 Mark
 an

Rosenthaler Strasse 40
 Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstraße.
Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz.
Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41,
 dicht am Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 9-4

No. 61 *La Maloja*
 eine vorzügliche
63 Cigarre

Neu eingeführt:
Fehlfarben-Sortimente
 in besonders preiswerten
 Mischungen:
 Fortuna 10 St. 60 Pf.
 Hansa 10 St. 75 Pf.
 Excelsior 10 St. 1,00 M.

J. Neumann
Cigarren-Fabriken
 Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Kochen Sie bitte
MAGGI'S
 Nudel-Suppe (Fadennudeln)
 Königin-
 Tapioka-
 Mumford-
 Sternchen-
 Grünkern-
 Erbs- mit Schinken-Suppe
 usw. (Mehr als 35 Sorten).

Berlangen Sie aber
 bitte ausdrücklich **MAGGI'S Suppen,**
 denn sie sind die besten!

**Waldorf-
 Astoria**
Cigarettes

Hockey 3 Pf.
 Clio 5 Pf.

33/2*

Konfektionshaus
 für Damen- und Mädchen-Bekleidung
 von
Oskar Wollburg
 Berlin N, Brunnenstrasse 56.

Für die Reise
 enorm preiswerte Sonder-Angebote:

Ein Posten	Kostüme	4 ⁹⁰ 9 ⁷⁵ 15 ⁵⁰	bis 36 M.
Ein Posten	Mäntel	6 ⁷⁵ 10 ⁵⁰ 14 ⁷⁵	bis 24 M.
Ein Posten	Kostüm-Röcke	3 ⁹⁰ 6 ⁵⁰ 10 ⁷⁵	bis 16 M.
Ein Posten	Blusen	0.95 2 ⁵⁰ 3 ⁹⁰	bis 6 ⁵⁰ M.

Durch Selbstfabrikation im grossen Stil konkurrenzlos.
 Große Auswahl in
Kinder- und Backfisch-Konfektion.
 Eleganter Mantel 19.50 M. Elegantes Kostüm 19.50 M.

Lewinsohn's Saison- **Ausverkauf**

Rosenthaler Str. 40-41
 Hackescher Markt.
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Stauend
 billige
 An-
 gebote!



Nur kurze Zeit
 solange Vorrat

Damen-Stiefel
 schwarz im Chevreau
 mit Lackkappe, moderne
 Fassons . . . jetzt nur **4.75**
 schwarz Chevreau mit Lack-
 kappe, schlanke u. breite
 Fassons . . . jetzt nur **5.95**
 schwarz prima Chevreau
 mit, auch ohne Lackkappe, die
 elegantesten Fassons,
 Goodyear-Welt jetzt nur **7.95**
 braun Chevreau mit
 Lackkappe, moderne
 Fassons . . . jetzt nur **5.95**
 braun La Chevreau mit Lack-
 kappe, breite u. schlanke
 Fassons . . . jetzt nur **6.75**

Halbschuhe
 Damen, schw. Chevreau
 mit Lackk., jetzt nur **3.95**
 braun Chevreau
 mod. Fassons, jetzt nur **4.25**
 schwarz Derby, große
 Oss., Lackk., jetzt nur **4.95**
 braun Chev., Derby
 mit Lackk., jetzt nur **4.95**
 Lack-Halbschuhe
 amerikanisch, Fassons,
 jetzt nur **5.95**

Herren-Stiefel
 schwarz Rindleder-Schnür-
 stiefel, breite Fassons, kräftig,
 Straßestiefel, auch Zug
 u. Schnalle . . . jetzt nur **5.95**
 schwarz Chevreau-Schnür-
 stiefel mit Lackkappe, schlanke
 und breite Fassons **6.95**
 jetzt nur
 schwarz Chevreau-Schnür-
 stiefel, eleg. amer. und franz.
 Fassons, Goodyear-
 Welt . . . jetzt nur **8.95**
 braun Chevreau-Herren-
 stiefel, schlanke und
 breite Fass., jetzt nur **6.95**
 braun La Chevreau-Herren-
 stiefel, neueste Form-
 en . . . jetzt nur **7.95**

Kinder-Stiefel
 schwarz,
 mit und ohne Lackkappe
 kräftige Strapsstiefel
 20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.95 3.25 3.75
 braun, mit Lackkappe,
 Normalfassons
 21-24 25-26 27-30 31-35
2.95 3.45 3.75 4.25

**Rindleder-
 Sandalen**
 20-24 25-26 27-30 31-35
1.95 2.25 2.55 2.75
 35-42 43-48
3.35 3.85

Hausschuhe
 in Leder mit Absatz **1.65**
 für Damen
Hausschuhe
 in Leder mit Absatz **1.95**
 für Herren

Lewinsohn
 Rosenthaler
 Str. 40-41
 Hackescher Markt.
 Prompter Versand nach auswärts.
 Umtausch jederseit.

Achter Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Breslau, 12. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Der vierte Verhandlungstag brachte ein mehrstündiges Referat des Vorsitzenden Schumann über:

„Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Lorenzwerk zum Strafrechtsentwurf.“

Der Entwurf der Ausführungen ist in einer Resolution zusammengefasst, in der der Verbandstag gegen die Bestrebungen protestiert, den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern das Koalitionsrecht durch gesetzliche Bestimmungen oder auf dem Verordnungswege zu entziehen oder einzuschränken.

in die Arbeitsordnung, genannt: „Gemeinsame Bestimmungen für Arbeiter aller Dienstzweige der preussischen Staatsbahnverwaltung“ aufgenommen worden sind, stellen sich als Ausfluss eines brutalen Unterdrückungssystems und als eine folgenschwere Mißachtung der Reichsverfassung seitens der Eisenbahnverwaltung dar, denn diese Verbote verstößen gegen die Reichsverfassung und gegen das Vereinsgesetz.

Der Verbandstag protestiert gegen diese Behinderung der in den staatlichen Transport- und Verkehrsanstalten tätigen Personen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt und dem Rechtsempfinden der Mehrheit des Volkes ein Schlag ins Angesicht ist.

2. Der Verbandstag protestiert gegen die behördliche Inquisition, daß der Versuch einer Versammlung oder die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband unehrenhaft und mit der Stellung eines Staatsbediensteten unvereinbar ist. Der Deutsche Transportarbeiterverband steht auf gesetzlicher Grundlage und weder seine ideellen noch materiellen Bestrebungen sind staats- oder ordnungsfeindlich.

Die Delegierten des Verbandstages erklären, aus Anlaß solcher unerhörten behördlichen Gewaltakte noch mehr als bisher aufklärend unter den Arbeitern und Bediensteten der Staats-eisenbahnen zu wirken und sie dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen.

In der kurzen Diskussion beleuchteten, flammender Empörung voll, eifrige Delegierte den Terrorismus jener Eisenbahnbehörden, die pflichttreue Leute, die jahrzehntelange Dienste hinter sich haben, wegen ihres freien Gebrauchs des gesetzlichen Koalitionsrechtes aus den Betrieben herausmahrgeln. — Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen, ferner wurde der Beschluß gefaßt, stimmig angenommen, ferner wurde der Beschluß gefaßt, das gestrige Referat von Paul Müller und das heutige von Schumann als Broschüre überarbeitet den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Dann wurde in die Beratung der zum Statut gestellten Art. 1 u. 2 über eingetreten, wobei v. d. E. Elberfeld als Berichterstatter der Statutenberatungskommission fungierte. — Nach kurzer Debatte wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 15. Juni.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Geschlossen. Kgl. Schauspielhaus. Geschlossen. Prater. D. diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Der Großglockner, Gasten, Salzburg.

Deutsches. Marquis von Kell, Kammerstücke. Mein Freund Leddy. Leistung. Die Fledermaus.

Komische Oper. Dilligenswald. Westen. Die schöne Helena. Königgrätzer Straße. Die fünf

Frankfurter.

Kurhessische Oper. Der Tanzanwalt. Neues. Der liebe Augustin.

Residenz. Alles für die Firma. Berliner. Große Hofinnen.

Schiller O. Die Haubenerche. Schiller. Charlotteburg. Die Lokalbahn. Die Medaille.

Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.

Thalia. Antiochische. Kleines. Der Unerschämte. Der Herr mit der grünen Kravatte.

Metropol. Schwindelmeier u. Co. Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Sanatorium Sonnenhof.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Partell. Nr. 10.

Kunstspielhaus. Son Bindhund. Neue. Pflanzen des Lebens.

Bieder. Bild. Schauspielhaus. Die leuchtende Sonne.

Holtes Caprice. Varietana-Ensemble. Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Schwester Carmen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Raub der Sabinerinnen.

Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Theater.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Haubenerche.

Sonntag, abends 8 Uhr: Nachruhm.

Montag, abends 8 Uhr: Nachruhm.

Schiller-Theater Charlotteburg.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Lokalbahn.

Dienstag: Die Medaille.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Haubenerche.

Abends 8 Uhr: Die Lokalbahn.

Dienstag: Die Medaille.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: Große Hofinnen.

Theater in der Königgrätzer Straße.

Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin.

Operette von Leo Fall.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Die schöne Helena.

LUNA PARK.

Sonnabend, d. 15. Juni: Elite-Tag.

mit grandiosem Front-Fenerwerk.

(ausgeführt von Deichmann und Gallwitz).

KIKOK.

früher Neues Kgl. Operatheater (Tiergarten-Königsplatz).

Naturfarben-Lichtspiele.

Kinematokolor.

Bis auf weiteres: Das neue große Programm.

Täglich von 4—11 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

8 Uhr: Alles für die Firma.

Schwanz in 3 Akten von H. Demmequin und G. Mitchell.

Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.

ROSE-THEATER.

Große Frankfurter Str. 132.

Zum ersten Male: Bilanzen des Lebens.

Anfang 8 Uhr.

Auf der Gartenbühne: Juhu! Es ist erreicht.

Metropol-Theater.

Schwindelmeier & Comp.

Phantastisch-muskulöse Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von A. Freund. Musik von H. Nelson. U. a. Tänze v. B. Wilhop.

In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz.

Anfang 8 Uhr: - Staunen gefaßt.

Union-Theater.

Heute 5 Union-Theatern: Die vier Teufel.

II. Teil.

Fortssetzung und Schluß in 3 Akten.

Außerdem: die übrigen Novitäten.

U. T. Z. Union-Theater-Zeitung.

Heute neu!

KIKOK.

früher Neues Kgl. Operatheater (Tiergarten-Königsplatz).

Naturfarben-Lichtspiele.

Kinematokolor.

Bis auf weiteres: Das neue große Programm.

Täglich von 4—11 Uhr.

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 23. Juni, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108—114: Eröffnungsfeier zum neunten ordentlichen Verbandstag. Das Konzert wird ausgeführt vom „Berliner Volksschor“ (M. d. D. A.-S.-B.), Dirig. Herr Dr. Zander — unter Mitwirkung des „Berliner Sinfonie-Orchesters“, Dirigent Herr Maximilian Fischer. Einlaß 6 Uhr, Anfang 7 Uhr abends. Eintrittsgeld 60 Pf. inkl. Garderobe u. Programm. Kinder haben zur Eröffnungsfeier keinen Zutritt. Karten sind in allen Zahlstellen, bei den Obleuten, bei Schwemke, Schönleinstr. 34, im Restaurant Zehrend, Hasenheide 9 und im Bureau zu haben.

Wahlverein Rummelsburg. veranstaltet am Sonntag, 16. Juni, im „Café Bellevue“ am Rummelsburger See ein Großes Sommer-Fest unter Mitwirkung des verstärkten Wagnerschen Orchesters, sämtlicher Rummelsburger Gesangsvereine (A.-S.-B.), sowie des Kraft-Turnvereins „Süd-Ost“ und sonstiger Spezialitäten. Anfang 4 Uhr. Billetts: Kasse 25 Pf. Vorverkauf (in den Bezirkslokalen) 20 Pf. — Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet (1/2 1 35 Pf.) — Jedes Kind erhält Stocklaternen. 8/9 Das Komitee.

Hagenbecks Indien-Berlin Tempelhofer-Feld. Täglich: Große Vorstellungen von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends gedufft. Eintritt 50 Pf. Ref. Sitzplätze: Loge 2 W., 1. Tribüne 1.50 W., 2. Tribüne 1 W.

Ausstellung deutscher Konsumvereine 16.-30. Juni 1912. CLOU Berlin. Mauerstr. 32. Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends. Anlässlich des Genossenschaftstages bleibt die Ausstellung am Montag, den 17. Juni, für das Publikum geschlossen. Am Mittwoch, den 19. Juni: Konzert.

Ahlfahrtsstelle Schillingsbrücke (am Schleißchen Seeufer.) früh 9, mitt. Waltersdorfer Schleuse. 50 Pf. 60 Pf. Von mittags 2 Uhr ab ca. 1/2 stündlich nach Restaurant „Kyllhäuser“ Dalesht Gartenkonzert. Wochentags 20, Sonntags 30 Pf., ein. Raber. Fahrgäste zahlen kein Entree.

Apollo Theater. ab 8 Uhr Vollständig neues Programm! 10 große Attraktionen. Raffayettes Wunderhunde. Paul Beckers. u. a. w.

Königstadt-Kasino. Herrliches Sommer-Theater. Täglich abends 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr: Vorstellung (Theater und Varietés). Vom 1. bis 16. Juni 8 Spezialprogrammnummern u. Paulus Beichte. Or. Operettenburl. v. B. Berlin.

Paul Obiglos Festsäle. Schwedter Straße 23/24. Im herrlichen schattigen Naturgarten: Jeden Donnerstag: Paul Manthey-Sänger. Jeden Sonnabend: Wilbergs „Fidele Sänger“. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugskarten haben Günstigkeit. Der große und kleine Saal ist noch einige Sonnabende im Herbst, wie in der Maschinenhalle, zu vergeben. Hochachtungsvoll Paul Obiglio.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger zum Schluß neu: Sanatorium Sonnenstich. Barocke von Meisel. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio. Adr. Neukölln Labustr. 74 L.

IKLA Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten. Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des Passage-Panoptikums. Eintritt, alles inkl. 50 Pf. Kinder, Sold. 25 Pf.

Humor-Quartett. Amt III, Berliner Str. 100. Gg. Treuer. Kastanienallee 40.

Von der Michaelbrücke a. d. Michaelkirchstr. Heute Sonnabend: Gr. Sommernachts-Dromenaden-fahrt mit Musik nach Schmiedekwitz, Restaur. Eddiniec. Dalesht großer Ball. Abf. 9 1/2, bis 10 Uhr abds. Preis für u. zurück 50 Pf. Außerdem Sonntag Abf. 9 1/2, Uhr: Extrafahrt nach Neu-Mühle, Krampenburg u. Schmiedekwitz. Ein. Fahrt 40 Pf. Am Montag u. Dienstag 10 Uhr vorm. nach Neu-Mühle u. stark besetzter Musikkapelle. Preis hin u. zurück 50 Pf., Kinder zahlen die Hälfte. Reederei Zachow. Tel. St. 6965.

Reederei Kahnt & Hertzner. Billige Dampfer-Extrafahrten ab Waisenbrücke. Jeden Montag und Donnerstag nach Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle. Jeden Dienstag und Freitag nach Neu-Ahlbeck und Waltersdorfer Schleuse. Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau, Krampenburg und Ziegenbals. Jeden Mittwoch nach Teupitz (Tornows Idyll) Abfahrt 7 1/2 Uhr vormittags. Hin und zurück 2 Mark. Dampfer sind an Vereine, Genossenschaften, Schulen usw. zu bedeutend ermäßigten Preisen zu vergeben.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Wir machen auf die am Sonntag, den 16. Juni, vormittags von 10 bis 1 Uhr, erfolgende Wahl eines dritten Angestellten aufmerksam. Die Wahllokale werden in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben. Mitgliedsbuch legitimiert.

Dienstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Bharusälen, Müllerstr. 142, eine Versammlung statt. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Ledebour wird zur Berichterstattung der verflochtenen Reichstagskämpfe über Verfassungsfragen sprechen.

Schlehdorf (Wannseebahn). Morgen Sonntagnachmittag 2 Uhr treffen sich die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder am Bahnhof „Mitte“, um gemeinschaftlich mit den Mitgliedern des Konsumvereins die Genossenschaftliche Ausstellung in Berlin im „Clou“, Nauenerstraße zu besuchen.

Der Eintritt für die Mitglieder des Konsumvereins und deren Frauen ist frei. Nichtmitglieder zahlen 10 Pf. (Kassenpreis 50 Pf.) Der Vorstand.

Schwarzendorf. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß am heutigen Sonnabend, abends 9 Uhr, der hiesige Arbeiter- und Bauernverein 8 sein großes Sommervergnügen im Schützenhause, Hundelehrstr. 20, bestehend in Konzert, Preisschießen, Reigenfahren, Verlosung und Vokal, abhält.

Buch. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Starke: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Gennigsdorf. Am Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gonschior, Zum Sangesbruder: Generalversammlung des Wahlvereins. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Bruchmühle und Umgegend. Am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, in Eggerdort im Lokal von Bluciad: Öffentliche Frauenversammlung. Referentin: Genossin M. Reichert. Es wird ersucht, für den Besuch dieser Versammlung rege zu agitieren. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Eliteabend.

Die Kapelle hatte eben die „Unvollendete“ von Schubert vollendet und wenn auch kein Weisfall hörbar wurde, der Kapellmeister freute sich dennoch, daß alle zehn Mitglieder seiner Kapelle zu gleicher Zeit bei dem letzten Takt angelangt waren. Herr hatte der Kapellmeister dieses Musikstück nicht gewählt. Aber aus dem Vorrat klassischer Stücke war es das am wenigsten gefährliche. Das andere klassische Musikstück, das Andante aus der Symphonie mit dem Paukenschlag eignete sich nicht, weil es für ein klassisches Stück schon zu bekannt war. Gewählt mußte jedoch eins werden, denn es war heute Eliteabend. Weil nämlich die Tage Montag und Freitag zu jenen fünf Wochentagen gehören, an denen die Leute sich einerseits vom Sonnabend und Sonntag finanziell erholen, andererseits für den Sonnabend und Sonntag sparen, so sagte sich der Kapellmeister, daß es ganz sicher Leute geben dürfte, die Wert darauf legen, für Leute gehalten zu werden, auch dann, wenn sie zwar einen Schatz, aber kein Geld haben. Für diese Leute erfindet er den Eliteabend und darum prangte dieser Anschlag in mehreren Exemplaren an dem Baune des Caségartens. Der Kapellmeister bezog die Ankündigung regelmäßig irrtümlich auf das Programm und fühlte sich eben verpflichtet, etwas Klassisches zu spielen, auf die Gefahr hin, die wenigen Gäste wieder zu vertreiben.

Wichtig! Ein Herr, der in der Nähe der Kapelle saß, sah den Kapellmeister sehr langsam an und machte sich dann rasch wieder an die Bewältigung einer Schüssel voll kaltem Aufschnitt. Bei diesem Blicke rüdete der Kapellmeister sehr verlegen seine schlaffe Künstlerlocke zurecht. Er hatte es ja gehört, und las es dem Gaste am Gesicht ab, daß seine gute Absicht schlechte Folgen haben werde. Sicher wird der Gast sich jetzt beim Geschichtsführer beschweren, daß die Kapelle so öde Sachen spiele. Das war ihm noch an jedem Eliteabend passiert.

Der Gast verzehrte restlos seinen kalten Aufschnitt, dann stand er auf, ging auf den Kapellmeister zu und sagte mit freundlichem Lächeln:

„Sehr brav, Herr Musikdirektor. Jetzt spielen Sie aber einmal einen recht lichten Two step.“

Der Kapellmeister atmete auf, rüdete abermals seine Nase zurecht, verneigte sich verbindlich, sagte: „Bitte sehr“ und zwinkerte dem Künstler zu, der bei der großen Trommel saß, der die Pflicht hatte, die Noten auszugeben.

Der Bassist jedoch war mit dieser Bereitwilligkeit seines Chefs durchaus nicht einverstanden. Er besaß noch Künstlerstolz, es kränkte ihn, daß der Kapellmeister so debot war und den Wünschen der Gäste entgegenkam, als hätte er eine Verpflichtung dazu. Der Bassist drehte sich dem Gaste zu, verneigte den Kopf seines Basses, und sagte mit beiseidenem Lächeln:

„Wir sind zehn Mann.“

Der Gast verstand nicht nur sofort, er war auch ein Kavaliere. Er rief nach dem Kellner, bestellte zehn Glas Bier für die Musik und zog sich dann auf seinen Platz zurück. Gleich darauf hatte der Bassist eine heftige Auseinandersetzung mit dem Siggeiger. Dieser glaubte, mehr Kavaliere sein zu müssen, als der Gast eines Eliteabends, er war jung und noch in den Vorurteilen der Hochschule für Musik befangen, aus der er eben kam. Das Repperl meinte er zum Bassisten, ist musikalischer. Er drang aber mit seiner Meinung nicht durch, um so weniger, als der Bassist nun plötzlich ein doppeltes Interesse an der Lage hatte. Denn nun durfte der Siggeiger schon aus Prinzip nicht mittrinken und der Bassist hatte dann zwei Glas Bier.

Inzwischen kam der Kellner mit der Lage. Der Kapellmeister ergriff sein Glas, profierte dem Spender zu und spielte nun den Two step, dessen letzte Takte der Gast benutzte, um fröhlich angeregt und gestärkt seinen Geschäften nachzugehen. Kaum hatte er den Garten verlassen, kam der Kellner, sah den leeren Platz und — „versuchter Eliteabend“ sagte er, jetzt ist der Kerl mit der Fische durchgegangen! Die Musiker hörten dies, verharrten in untätigem Schreck, nur der Bassist ermannte sich und rannte dem Kellner nach, der wieder dem Gaste nachgerannt war. Sie kamen aber gleich wieder zurück, und der Bassist erzählte empört, der Elitekavaliere habe ihn

von der eben abfahrenden Elektrischen freundlich zugewinkt. Das war mehr als frech, konnte aber an der Trauer des Kellners gar nichts ändern.

Der Eliteabend verlief von da ab ereignislos, der Kapellmeister spielte, was dem Trommler einfiel, der Siggeiger freute sich still und der Bassist strich so müde, daß ihm der Kapellmeister begreiflich machen mußte: Erstens gebe ihn die Geschichte gar nichts an und zweitens könne er für 3,50 M. täglicher Gage mitunter auch piano streichen.

Am nächsten Tage, um die Mittagsstunde, stand ein Schutzmännchen am Tauentzienplatz und freute sich auf die Ablösung. Die Erwartung und der Hunger schärften sein wachsameres Auge und verlängerten seinen strahlenden, aber untätigen Arm. Blödsinnig guckte der Schutzmännchen auf die Erde, denn ein Herr kam ihm entgegen, den er schon einmal gesehen haben mußte. Der Herr bemerkte das Interesse des Schutzmännchens und da er für die Erneuerung von Bekanntschaften mit Schutzleuten nicht eingenommen zu sein schien, so bog er rasch ab, um ruhig nachdenken zu können, woher er den Schutzmännchen kenne. Dieser aber hatte sich eher besonnen, als der Herr. Er lief ihm nach und forderte ihn auf, mit zum Revier zu kommen.

„Wenn Sie mir sagen: Warum? so will ich Ihnen sagen: Ob?“ jagte der Herr.

Als der Schutzmännchen die Stimme des Herrn vernahm, wurde er sehr sicher und ergriff den Herrn energisch am Arm. „Vorläufig haben Sie mitzukommen!“ brüllte er.

Auf dem Revier erklärte er dem diensthabenden Polizeileutnant, er bringe einen Mann, der gestern Abend in einem Charlottenburger Caségarten mit der Fische durchgegangen sei.

„Stimmt das?“ fragte der Leutnant. „Wenn der Schutzmännchen sagt, daß gestern in Charlottenburg ein Mann mit der Fische durchgegangen ist, so wird er wohl recht haben. Ich aber bin es nicht gewesen. War ich es, Herr Schutzmännchen?“

Der Herr sah den Schutzmännchen lächelnd an und drehte sich einmal um seine Achse, damit der Schutzmännchen ihn gründlich betrachten könne. Der arme Schutzmännchen sah wie ein Mann aus, der bitter bereit, geboren worden zu sein. Er befand sich in einer bösen Klemme, aus der es kaum eine Rettung gab, denn er wußte nicht, ob er sich auf den Festgenommenen verlassen könne. Und wäre dies auch der Fall, der Leutnant würde sich nicht ohne weiteres abspießen lassen, wenn er ihm den mitgebrachten Zechpreller wieder vom Munde entzog.

Also jagte er: „Nawohl, Herr Leutnant, er ist es bestimmt, denn ich habe es selbst beobachtet.“

Der Zechpreller gab das Spiel auf. Aber der Schutzmännchen sollte es gleichfalls aufgeben, denn es war streng verboten. Der Zechpreller kam ins Loch und der Schutzmännchen wurde entlassen, weil er sich trotz wiederholter Verwarnung in einem Konzerteasé gegen Bezahlung als Bassist betätigt hatte.

Pflicht-Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung den von der Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen vorgelegten Entwurf eines Ortsstatuts für die Errichtung einer gewerblichen und kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule für Mädchen in Berlin in erster Lesung beraten und mit einigen Änderungen angenommen. Die Grundzüge dieses Ortsstatuts sind folgende:

Abgesehen von einigen Ausnahmen unterliegen sämtliche weibliche unverheiratete Arbeiter (Kehrlinge, Gefellen, Gehilfen usw.), die in einem gewerblichen und kaufmännischen Betriebe im Reichsbild der Stadt Berlin beschäftigt werden, nach Vollendung ihrer Volksschulpflicht bis zum Schlusse des Schuljahres, in welchem sie das 17. Lebensjahr vollendet haben, der Verpflichtung, die von der Stadt Berlin eingerichtete Fortbildungsschule zu besuchen, und zwar auch für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit. Dienstmädchen können zum Besuch der Pflichtschule nicht herangezogen werden, da keine gesetzliche Handhabe dafür gegeben ist.

Der Unterricht erstreckt sich auf Rechnen, Buchführung, Zeichnen und Hauswirtschaft, sowie auf Berufs- und Lebenskunde. Letzteres Fach ist völlig neu und bisher in den Lehrplan der Fortbildungsschule nicht aufgenommen. Es bezweckt neben der beruflichen Ausbildung die Erziehung des Mädchens zu seinen eigentlichen Pflichten als Gattin und Mutter.

Befreit von dem Besuch der Fortbildungsschule sind unter anderem diejenigen, die entweder eine höhere Schulbildung haben, anderen gleichwertigen Fortbildungsschulunterricht genießen oder nachweislich die allgemeine Bildung besitzen, welche das Ziel des Fortbildungsunterrichts ist.

Die Unterrichtszeit ist in die Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends gelegt. Sonntags findet kein Unterricht statt. Für die Beschaffung der Lehrmittel ist der Arbeitgeber verantwortlich, dem auch die Verpflichtung obliegt, für die Anmeldung des bei ihm beschäftigten schulpflichtigen Mädchens Sorge zu tragen und den Schulbesuch zu überwachen. Der Schluß des Ortsstatuts enthält noch Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Statuts.

Der Zeitpunkt der Eröffnung der Fortbildungsschule kann noch nicht festgesetzt werden. Inzwischen wird jedoch schon mit den Arbeitgebern verhandelt werden, die nach den gesetzlichen Bestimmungen über das Statut gehört werden müssen. Das Statut wird alsdann den Magistrat noch einmal beschäftigen und dann der Stadtverordnetenversammlung gehen. Zuletzt bedarf das Statut noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörden. Es steht aber zu hoffen, daß die Eröffnung der Fortbildungsschule für Mädchen sobald wie möglich erfolgen kann.

Nach den vorstehenden Mitteilungen dürfte sich die bei der Etatsberatung im März ausgesprochene Absicht des Stadtschulrats Michaels, das Ortsstatut noch vor den Ferien der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung und Verabschiedung gelangen zu lassen, nicht erfüllen.

Laßt keinem Pastor nach!

In Nr. 133 schilderten wir eine Friedhofsjene, die bei dem Begräbnis eines Schriftstellers Hoppe auf dem Friedhof der Stadt Berlin in der Seestraße sich abgespielt hatte. Vom „Evangelischen Sonntagblatt“ der St. Elisabethsgemeinde war sie beklagt worden als eine „peinliche Störung“ durch „gottlose Elemente“, die dem Verstorbenen ins Grab nachgerufen hätten: „Auf Nimmerwiedersehen!“ Zur Erwiderung stellten wir

fest, wie bei dieser „Störung“ der in der Elisabethsgemeinde amtierende Pfarrer Köhler sich verhalten hatte. Wir entsprachen hiermit einem Wunsch der Kollegen des Verstorbenen und vor allem auch der Witwe, die im Hinblick auf jenen Austritt es beaurteilte, den Pfarrer Köhler zur Mitwirkung bei dem Begräbnis ihres Gatten herangezogen zu haben. Nach ihrem Empfinden war nicht das eine „Störung“, daß nach Schluß der Begräbnisfeier einer der Kollegen am Grabe sagte: „Fahr wohl, lieber Freund, auf Nimmerwiedersehen!“ Als „Störung“ habe es gewirkt, daß der noch anwesende Pastor diese Worte als „Taktlosigkeit“ und „Rohheit“ bezichnete, eine Feststellung der Personalien des Kollegen forderte, erst auf wiederholte Bitten der Witwe sich zurückzog, aber mit der Bemerkung schloß: „Die riechen ja nach Schnaps!“

Auf diese von uns wiedergegebene Darstellung antwortet uns jetzt Pfarrer Köhler mit einer Zuschrift, die sieben Punkte berichtigend enthält. Er schreibt:

1. Es ist nicht wahr, daß ich den Verstorbenen „gar nicht gefannt“ hätte. Ich habe ihn in seiner Wohnung aufgesucht und anlässlich der Einsegnung seines Pflugesohnes eingehend mit ihm über dessen Erziehung beraten. 2. Es ist also auch nicht wahr, daß ich bei der Fahrt zum Begräbnis aus nötige Zutaten der Frau Hoppe angewiesen gewesen bin. Ich kannte den Charakter des Verstorbenen, den ich schätzte und der mich schätzte, aus persönlichen Aufzeichnungen, die ich nach meinem Besuch mit gemacht hatte. 3. Es war der ausdrückliche Wunsch des Verstorbenen, daß ich ihn beerdigen sollte; von einem „Nachlaufen“ kann also keine Rede sein. 4. Das Begräbnis war zwischen Frau Hoppe und mir auf 5 1/2 Uhr festgesetzt. Von dem Wunsch der Kollegen, es um 5 Uhr beginnen zu lassen, war mir nichts bekannt. Ich habe ruhig gewartet, bis alle Sänger zur Stelle waren. Die anderen Genossen haben, soweit ich sehen konnte, die Friedhofskapelle gar nicht betreten. 5. Da die Sänger sich der Verpfändung, dem Geistlichen den Text der zu singenden Lieder zu unterbreiten, entzogen haben, konnte ich gar nicht wissen, wieviel Verse gesungen werden sollten. Gewöhnlich hat es bei einer Anfangsstrafpe kein Verenden. 6. Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe: „Die riechen ja nach Schnaps.“ Eine diesbezügliche Bemerkung bezog sich lediglich auf den sprechenden Genossen und entsprach unbedingt den Tatsachen. 7. Frau Hoppe konnte mir gar keine Dankagung im „Vorwärts“ bieten, da der „Vorwärts“ laut Beschluß Annoncen, in denen dem Pastor gedankt wird, gar nicht aufnimmt.

Wir waren nicht wenig überrascht, als wir das lasen. Wurde nicht hier der Verstorbene in das Licht eines treuen Anhängers der Kirche gerückt? Und in welcher Beziehung erschien jetzt seine Witwe, die doch nach jener Friedhofsjene sich über Pfarrer Köhler zu Kollegen ihres verstorbenen Gatten und später zu einem Vertreter des „Vorwärts“ in bittersten Worten geäußert hatte! Als wir, um die Angaben des Pastorenbriefes zu prüfen, nachmalig die Witwe und einige der Kollegen aufsuchten, wurde uns zunächst übereinstimmend erklärt, daß der Pastor in dem „Vorwärts“ Artikel noch viel zu milde behandelt worden sei. Wie dann die Vorlesung des Briefes wirkte, das zu sehen und zu hören, hätten wir dem Herrn Pastor gegönnt. Die Kollegen brachen nach der ersten Verblüffung in Gelächter aus, als ihnen das von dem Pfarrer Köhler entworfenen Konterfei ihres alten Arbeitsgefährten Hoppe vorgehalten wurde. Die Witwe aber schlug buchstäblich die Hände über dem Kopf zusammen und wies entrückt das angebliche „Charakterbild“ ihres nach 36-jähriger Ehe verstorbenen Gatten zurück, das der Herr Pfarrer aus allerlei Mißverständnissen sich zurechtgemacht hatte.

Pfarrer Köhler wird uns hoffentlich dankbar sein, wenn wir nach den uns gegebenen Aufklärungen seine „Berichtigung“ berücksichtigen. Er kann manches daraus lernen. Daß er Hoppe „kannte“, will er beweisen aus einem Besuch, den er bei Hoppe aus Anlaß der Einsegnung des Pflugesohnes gemacht habe. Solche Besuche der Pastoren sind bei Einsegnungen wohl allgemein üblich, und auch Pfarrer Köhler hat damals, vor jetzt etwa vier Jahren, tatsächlich die Familie Hoppe besucht. Daß er aber mit Hoppe „über die Erziehung des Pflugesohnes eingehend beraten“ zu haben meint, rief bei Frau Hoppe und dem Pflugesohn, der ebenso, wie sie, bei jener Visite des Pastors zugegen gewesen war, heiteres Staunen hervor. Pfarrer Köhler, der anscheinend mit Lehrstellenausschreibung sich befaßt und frommen Handwerksmeistern seine Konfirmanden zuzuweisen bemüht ist, hatte damals für Hoppes Pflugesohn eine Lehrstelle bei einem Schneidermeister angeboten, holte sich aber eine Ablehnung. Seitdem „kannte“ er den Charakter Hoppes, und in Notizen über jenen Besuch bucht er sich den achtungsvollen Empfang, den der stets freundliche und höfliche Mann ihm bereiten zu sollen geglaubt hatte, als einen Beweis unbegrenzter Hochachtung. Man sieht, wie leicht so ein wohl nicht durch viel Erfolge verdünnter Pastor zufrieden zu stellen ist. Als es dann bei Hoppe zum Sterben kam und der Pastor von der Witwe um die Grabrede gebeten wurde, war dieser nicht auf „Zutaten“ angewiesen. Freilich hatten Frau Hoppe und ihr Pflugesohn, die beide mit dem Pastor zum Friedhof fuhren, die Angaben aufrecht, daß er sich unterwegs durch Mitteilungen der Witwe zum Zutaten habe liefern lassen. Aufrecht erhalten wird auch, daß er dann in seiner Grabrede eine dieser Zutaten unrichtig wiedergab, worüber nicht nur Angehörige, sondern auch Kollegen des Verstorbenen sich wunderten. Das hat übrigens der Pastor in seiner Berichtigung ganz mit Stillschweigen übergangen. Er ist offenbar in Verlegenheit, was er antworten soll, weil er selber nicht weiß, was er falsch gemacht hat. Von der Witwe nahm der Pastor auch eine Mitteilung entgegen, aus der er auf einen „Wunsch“ Hoppes schloß, von ihm beerdigt zu werden. Hoppe, der stets der Kirche ferngeblieben war, hatte bei der Einsegnung des Pflugesohnes eine Ausnahme gemacht. Nachher sagte er zu seiner Gattin, dieser Pastor habe gar nicht so überschwänglich geredet, wie es sonst ein Pastor tue. Statt des Wortes „überschwänglich“ gebrauchte er einen sehr viel weniger respektvollen Ausdruck, aber wir wollen den Lieber nicht hersehen. Predigten gehören zu den kirchlichen Einrichtungen, und wenn auch der Verstorbene nicht mehr wegen „Verschöpfung“ einer solchen belangt werden kann, so könnte sie vielleicht noch an dem „Vorwärts“ geandert werden. Damals sagte Frau Hoppe zu ihrem Gatten: „Nicht wahr, wenn mal bei uns was passiert, dann nehmen wir Pastor Köhler?“ worauf Hoppe mit „Ja ja!“ antwortete. Das teilte sie vor dem Begräbnis dem Pastor mit, wobei sie unter dem Eindruck der Stimmung des Augenblicks und in Rücksicht auf das Amt des Pastors unwillkürlich in die Wiedergabe jenes Gespräches mehr Ernst und Religiosität hineingelegt zu haben scheint, als die Unformlichkeit des Verstorbenen es rechtfertigte. Dem Pastor genügte es, bei dem Verstorbenen einen „Wunsch“ anzunehmen, daß er, Pfarrer Köhler, ihn mal beerdigen sollte.

Von dem, was der Pastor über sein Verhalten am Grabe sagt, sind Punkt 4 und 5 nebensächlich. Feststellen wollen wir nur, daß auch hier die Witwe und die Kollegen ihre Angaben wiederholt und noch weitere Angaben über den Zeitmangel des Pastors hinzugefügt haben. Wichtig ist, daß er nicht bestritten, jenes Wort vom „Nimmerwiedersehen“ als Taktlosigkeit und Rohheit bezeichnet zu haben. „Die riechen ja nach Schnaps!“ habe er nicht gesagt, versichert er. Man beachte, daß er das Wort „die“ unterstrichen hat. Nur von jenem einen Kollegen habe er es gesagt, muß man daraus schließen. Das genügt! Dabei hat er den Mut, zu behaupten, daß es „unbedingt den Tatsachen entsprach“. Nicht minder kühn ist, daß er sogar die Gründe „berichtigend“ will, aus denen die Witwe in ihrer durch den „Vorwärts“ veröffentlichten Dankagungsannonce nicht auch dem Pastor gedankt hat. Er meint, sich mit der Erzählung helfen zu können, daß der „Vorwärts“ so etwas gar nicht aufgenommen hätte. Dem-

gegenüber erklärt die Witwe, sie habe dem Pastor den Dank gesagt, weil sie die Empfindung hatte, daß die Kollegen ihres Gatten sich durch des Pastors Verhalten am Grabe beleidigt fühlen mußten.

Pfarrer Köhler ist nach Veröffentlichung des „Vorwärts“-Artikels noch am selben Tage in höchster Aufregung zu Frau Hoppe gelaufen. Da ihm niemand öffnete, so ließ er sie durch eine Hausbesitzerin bitten, ihn zu besuchen. Was mag er von der Witwe gewollt haben? Sie hat kein Verlangen nach einer Unterredung mit ihm — und er wartet noch heute auf sie.

Die „Rebenberdienst-Zentrale“.

In den Tagesblättern sind häufig Inserate zu finden, in denen „hoher, lohnender Rebenberdienst“ versprochen wird. Meist scheuen sich die Inserenten, ihren wahren Namen zu nennen und geben eine Chiffre an. Wer auf diese Inserate eingeht, wird immer die Erfahrung machen, daß nicht er, sondern der Inserierende den lohnenden Rebenberdienst einsetzt.

Auf Grund einer solchen, hohen Rebenberdienst ankündigenden Annonce in der „Morgenpost“ wendeten sich Leser an den Auftraggeber. Sie erhielten darauf folgendes Zirkular:

Wilhelm Welskop
Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 122.

„Rebenberdienst-Zentrale“.

Berlin-Steglitz, den 11. Juni 1912.

Sehr geehrte Frau!

Im Besitze Ihrer gefälligen Anfrage betreffs Rebenberbeschäftigung bietet sich Ihnen

Ein neuer Weg,

sich einen dauernden, hochlohnenden Rebenberdienst oder eine neue Existenz zu verschaffen.

25 M.

täglich und mehr können Sie verdienen, wenn Sie nach meinen Ratsschlägen handeln. Wollen Sie sich eine glänzende Zukunft verschaffen, wollen Sie ohne Aufgabe Ihres Berufes täglich 25 M. und mehr im Rebenberdienst verdienen, so setzen Sie mir noch heute davon in Kenntnis. Es handelt sich hier um nur häusliche schriftliche Tätigkeit, welche Sie in Ihren freien Stunden des Abends oder auch am Tage ausführen können.

Es kommt hier keine Schönschrift in Frage, so daß diese schriftliche Arbeit von jedermann ausgeführt werden kann. Auch sind keine besonderen Vorkenntnisse dazu erforderlich. Die genaue Anleitung sowie das Anfangsmaterial erhalten Sie von mir geliefert und können Sie dann sofort mit der Arbeit beginnen.

Es handelt sich hier um den Verkauf einer Liste über Rebenberdienst, welche Sie an von mir gelieferte Adressen von solchen Personen, die Rebenberdienst suchen, senden sollen. In der Liste stehen solche Firmen, welche Rebenberbeschäftigung oder Existenz vergeben. Was Sie also zu tun haben ist kinderleicht, Sie brauchen nur die Namen der von mir gelieferten Adressen auf Kuverts zu schreiben und an diese Adressen senden Sie nun per Drucksache die Prospekte welche ich Ihnen auch liefern und hien den Leuten darin die Liste an. An den darauf folgenden Tagen werden Sie nun eine ganze Menge Bestellungen auf Listen erhalten, sowie 50 Pf. für jede bestellte Liste, denn diese Liste liefern ich Ihnen das Stück mit 1 Pf. und Sie erhalten dafür 50 Pf. Wenn Sie nun täglich bis 100 Prospekte versenden, was Sie mit Leichtigkeit machen können und erhalten nur eine Bestellung auf 50 Listen, so verdienen Sie

100 Adressen liefern ich Ihnen für . . . 2,50 M.
100 Prospekte liefern ich Ihnen für . . . 1,00 M.
100 Kuverts liefern ich Ihnen für . . . 0,50 M.
100 Marken à 3 Pf. z. verf. der Prospekte . . . 3,00 M.

Gesamtauslagen 7,00 M.

Für 50 Listen à 50 Pf. erhalten Sie . . . 25 M.
Gesamtauslagen . . . 7 M.

bleibt somit Ihr Verdienst 18 M.

Bei diesem Geschäft ist der Hauptwert, je mehr Sie Prospekte versenden, desto mehr verdienen Sie. Es liegt also nur an Ihnen um Geld zu verdienen. Adressen zum versenden der Prospekte können Sie in jeder beliebigen Menge von mir beziehen, ebenso Prospekte, Listen und Kuverts. Die genaue Anleitung, sowie das Anfangsmaterial Prospekte und Listen erhalten Sie gegen Voreinrichtung von 1,50 M., Rücknahme 1,75 M. von mir zugesandt. Sie sehen also, das man sich täglich 25,00 M. und mehr durch Rebenberdienst verdienen kann. Ich sehe nun Ihrer Antwort entgegen und zeichne

Hochachtungsvoll

Wilh. Welskop.

Das Zirkular ist auf hektographischem Wege hergestellt und wird allen Bewerbern zugesandt. Daß die Bewerber von dem Inhalte sehr enttäuscht sind, ist begreiflich. Und nur derjenige dürfte auf das Angebot hereinfallen, der über eine entsprechende Portion Dummheit verfügt. Andere Leute werden unschwer erkennen, daß der Unternehmer es auf die Abnahme der nötigen Adressen und Prospekte abgesehen hat und sich hierdurch einen lohnenden Rebenberdienst zu verschaffen sucht.

Eine Kindesaussetzung im Wartezimmer eines Arztes. Auf eine ganz neue Art und Weise entledigte ich vorgestern nachmittag eine Mutter ihres Kindes. In einer Kinderklinik im Zentrum der Stadt, die täglich von einer großen Anzahl Frauen mit ihren Kindern aufgesucht wird, hörte eine Frau, die zuletzt allein im Wartezimmer anwesend war, aus einer Ecke das Wimmern eines kleinen Kindes. Sie sah daraufhin genauer nach und jetzt fand sie in einem dunklen Tuch und weichen Bindeln eingewickelt, ein ungefähr 14 Tage altes Mädchen. Sie machte von ihrem Hunde der Oberin Mitteilung, die das Kind an sich nahm und bis zum Abend bei sich behielt. Sie nahm an, daß die Mutter nur eine Verforgung mache und das Kind wieder abholen werde. Es meldete sich aber niemand. Die Oberin teilte den Vorfall der Revierpolizei mit, die das ausgelegte Kind nach dem Waisenhause bringen ließ.

Den Post zum Gärtner bestellt hat nach der letzten Nummer der „Verbandszeitung der Blumengeschäftsinhaber“ eine Berliner Kirchengemeinde in der Person ihres Friedhofsinpektors, der darüber zu wachen hat, daß das Publikum genau nach der am Eingang des Friedhofes angebrachten Vorschrift verfährt: „Die Blumen sind der Toten Eigentum! Beden! dies, Freund, und eh' dies Heiligum!“ Diesem Friedhofsinpektors ist nämlich durch die Wachsamkeit einiger Bürger nachgewiesen worden, daß er mit einem Händler gemeinsame Sache machte und zu nachtschlafener Zeit, oder wenn der Morgen eben graute, gedemntvolle Büden weißen und blauen Flieder aus dem Friedhofe entließ. Dabei ist weißer Flieder gar nicht und blauer Flieder nur in wenigen Pflanzungen in den Beständen der dem Inspektor unterstellten Gärtnerei, während an den Fliederbüden der Grabsteine frische Schnittspuren zu sehen waren und auch sonstige Umstände erkennen ließen, daß im Schutze der Nacht geraubt worden ist. Das Konsistorium der Provinz Brandenburg hat bereits, wie wir hören, eine Untersuchung eingeleitet.

Eine Berliner Hebamme zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die in der Potsdamer Straße zu Berlin wohnhafte Hebamme Wilhelmine Deuster stand gestern unter der Beschuldigung der vollendeten Abtreibung vor den Potsdamer Geschworenen. Frau D., bisher unbestraft, verschaffte dem 20-jährigen Hausmädchen Luise Falk in Berlin verbotene Mittel zur Befreiung der Mutterchaft. Frau Deuster, die 1854 geboren und seit 1884 verheiratet ist, löst den Hebammenberuf seit 1889 aus. Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen. Frau D. wurde zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Mitschuldige Falk erhielt 6 Monate Gefängnis.

Zu den Fleischvergiftungen in Ober-Schöneeweide erfahren wir, daß die Zahl der bis zum gestrigen Morgen Erkrankten 80 beträgt, die sich auf 7 Familien verteilen. Nachgewiesenermaßen haben alle Personen Schabefleisch, das aus dem Geschäft des Schlächtermeisters Grözemski aus der Westendstr. 15 in Ober-Schöneeweide stammt, genossen. Die Vergiftungsbereinigungen ähnelten sich durchweg durch bestiges Erbrechen und Durchfall. Sämtliche Patienten konnten bisher in ihren Wohnungen verbleiben. Die Ursache der Vergiftungen ist bisher noch nicht genau festgestellt worden. Der Leberrest des angeblich verdorbenen Schabefleisches ist dem königlichen Medizinalamt übergeben worden. Der Schlächtermeister Grözemski hat bei seiner Vernehmung vor der Ober-Schöneeweider Kriminalpolizei angegeben, daß auch er und seine Angehörigen von dem angeblich verdorbenen Schabefleisch gegessen haben. Diese Behauptung ist auch von mehreren Personen bestätigt worden.

Ein unansehnlicher Bootstund beschäftigt die Polizeibehörden. Gestern nachmittag wurde auf der Spree unterhalb Nieder-Schöneeweide ein Boot hertenlos auf dem Wasser treibend gefunden. Nachfragen ergaben, daß das Boot dem Bootverleiher Karl Schulz aus der Sedanstraße 57 zu Nieder-Schöneeweide gehört. Zu diesem kam vormittags gegen 11 Uhr ein junger, ungefähr 16 Jahre alter Mann und ließ sich ein Huberboot. Als Pfand hinterlegte er dem Verleiher seinen Rock und seinen Hut. In diesem Rock fand man nichts weiter als eine Visitenkarte auf den Namen eines Alfred Jahn aus Berlin. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 15 Jahre alten Kaufmannslehrling Alfred Jahn aus der Langestraße handelt, der in einem Geschäft in der Jägerstraße angestellt war. Hier war er gestern nicht erschienen. Einen Grund für sein Ausbleiben hatte er nicht. Auch zu Hause und in der von ihm besuchten Fortbildungsschule ist nichts vorgefallen, was den jungen Menschen zu einem Selbstmord veranlassen könnte. Mit einem solchen ist jedoch nach dem Befunde zu rechnen. Die Leiche Jahns hat man noch nicht gefunden.

Der Arbeiter-Schwimmerbund bittet die Vereinsvorstände und Kommissionen, Bestellungen von Rettungsmitteln frühzeitig an den Gen. K. Menschel, Weihenstephan, Ködewitz, 12, zu richten. Die Wünsche der Vereine können nur berücksichtigt werden, wenn dieselben mindestens 14 Tage vorher mitgeteilt werden, da die Anforderungen an die Rettungsmannschaften in den Sommermonaten besonders groß sind.

Feuer in einer Kofferfabrik. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehre nach dem „Gitarhof“ in der Köpenicker Str. 126 gerufen, wo in der Kofferfabrik von Emil Trebesius u. Krappe Feuer ausgebrochen war. Der Brandherd lag in einem Fabrikraum im Dachgeschoss. Bei Ankunft der Wehr standen Koffer, Schabdecken und Paissenale in Flammen, so daß längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr zu beseitigen. Die Brandursache ist nicht ermittelt. Eine Betriebsstörung tritt nicht ein. — Zwei Ladendiebstahl wurden außerdem noch in der Zwinglstraße 13 und in der Johannisstr. 10 abgelöst.

Verstirbt wird seit dem 25. Juli vorigen Jahres der Schlosser Albrecht Ede, der zuletzt Schreinerstr. 27 wohnte. Ede ist am 7. Januar 1877 in Böhmisch-Tepla geboren und seit seinem Fortgang unaufrichtig. Bekannte oder Kollegen, die näheres über Ede wissen wollten, werden um Mitteilung von Angaben an Marie Ede, Schreinerstr. 27, gebeten.

Zeugengefähr. Personen, welche gesehen haben, wie am 8. d. M. in der Zeit von 1/2 bis 1/10 Uhr früh ein Zeitungshändler in der Leipziger Straße vorm Geschäft von Witz Nachmann von einem Geschäftsmagen überfahren wurde, werden höflich gebeten, ihre Adresse an Franz Karl, O. 117, Ködewitzstr. 5, einzusenden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Großer Aufzug. Aus Charlottenburg wird uns geschrieben: Unter ganz eigenartigen Umständen wurde dem Bewohnern von Westend ein Kunstgenuß durch einen Demonstrationsumzug der „Elisabether“ in der Nacht vom 11. zum 12. d. M. verschafft. Der Umzug mit Regimentsmusik fand um 2 1/2 Uhr nachts statt. Ohne Rücksicht auf die Patienten des in der Nähe des Offizierskasinos gelegenen Krankenhauses Westend und die schlafenden Anwohner der Gegend ging es mit Song und Klang, die Pausen durch lautes „Singen“ ausfüllend, durch die Soorstraße nach dem „Wittenviertel“ und wieder zurück nach dem Kasino, also wieder zum Krankenhaus, in der Annahme jedenfalls, daß die Begeisterung infolge des Genusses der durch häufiges „Danebenhören“ des Gaudenschlägers gewürgten patriotischen Musik die Kranken heilen würde. Der Umzug dauerte circa eine halbe Stunde. Wo blieben da die Schwerkente? Dabei war der Rabau gar nicht zu überhören? Und wer waren die Leute, die an dem genannten Abend vom Kasino aus den Umzug veranlaßten?

Neukölln.

Auffehen erregt der Tod des Hauseigentümers Hermann Adomat aus der Wainzer Str. 59/60. Adomat, der nur 48 Jahre alt geworden ist, war früher Klempnermeister und wurde von den Bürgerlichen oft als Stadtvorordnetenandidat aufgestellt. Wie es heißt, soll Adomat an den Folgen einer Nierenerkrankung gestorben sein. Am zweiten Pfingstfeiertage sei er angetrunken nach Hause gekommen und habe im Hause Streit bekommen. Als er seine Wohnung aufsuchte, habe er nur noch gesagt: „Meine Rippen sind gedroschen“. Bald darauf sei er in Ohnmacht gefallen. Er wurde in eine Privat-Klinik gebracht, wo er vorgestern an einer Bauchfellentzündung, die nach Ansicht des Arztes auf Nierenerkrankung zurückzuführen ist, verstarb. Die Nierenerkrankung soll von einem Mieter seines Hauses herrühren, gegen den deshalb eine Untersuchung eingeleitet worden ist. Dieser wird beschuldigt, mit seinem Hausdiener über Adomat hergefallen zu sein, als dieser Gegenstände aus dem Hausflur schaffte, dessen Aufstellen er schon wiederholt dem Mieter verboten hatte. Die Untersuchung gegen den Mieter und seinen Hausdiener ist noch nicht abgeschlossen. Beide befreiten den Leberfall.

Wilmerdorf-Halensee.

Der Gesangverein Wilmerdorfer Männerchor (M. d. A. S. C.) feiert am heutigen Sonntag im Restaurant Stadtpark, Kaiserallee 51/52, sein Stiftungsfest. Da der Verein bei allen Arbeiterfesten bisher freudig mitgewirkt hat, wird erwartet, daß die Parteigenossinnen und Genossen zahlreich zu dem auf das beste arrangierten, abends 8 Uhr beginnenden Stiftungsfest erscheinen.

Groß-Dichterfelde.

Am Sonntag, den 16. Juni, feiert der hiesige Gesangverein „Männerchor“ (M. d. D. A. S. C.) im Etablissement Fr. Warendorf, Ködewitz 7, sein III. Stiftungsfest, bestehend aus Konzert, Gesang und Theater. Da der Gesangverein bei den Veranstaltungen des Sozialdemokratischen Männerchors bisher mitwirkte, werden die Genossen um recht rege Beteiligung ersucht. Anfang 2 Uhr. Eintrittspreis 25 Pf.

Grünau.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit einer Reihe kleinerer Anträge. Der Vertrag mit den B. E. W., die die Straßenbeleuchtung übernommen hat, wurde verlängert. Die Kurfürstengasse soll in voller Breite mit Steinpflaster auf Betonunterbettung versehen werden. Eine längere Auseinandersetzung verurteilte der von einigen Vertretern eingebrachte Antrag, die Instandhaltung der Parkwege, die jetzt vom Verschönerungsverein besorgt wird, durch die Gemeinde zu übernehmen. Trotzdem ein formeller Antrag des Verschönerungsvereins nicht vorlag, kam ein Beschluß zustande, der eine jährliche Beisteuer von 800 Mark festsetzt, eventuell soll die Instandhaltung der Hauptwege vom 1. April ab durch die Gemeinde übernommen werden. Einige bürgerliche Vertreter haben die Absicht, die Geschäftsordnung nach ihrem Sinne umzumodeln. In nächster Sitzung soll ein Antrag beraten werden, der das Interpellationsrecht beschneiden soll. Unser Genosse wird diesem Antrag

Serien- H. Joseph & Co. WOCHEN

Neukölln. Berliner-Str. 54-55.

Von Sonnabend, den 15. bis Sonnabend, den 22. Juni a. cr. In allen Abteilungen aussergewöhnlich billige Angebote zu 4 Einheitspreisen. Soweit Vorrat!

Einige Beispiele

aus unserer

Serien- Woche

- 1 Posten Kostüm- u. Rockstoffe in engl. Genre, bis 130 cm breit 95 Pf.
- 1 Posten Stickerei-Stoffe grosse Muster - Auswahl Meter 95 Pf.
- ca. 500 m Seidenstoff-Reste mit und ohne Bordüren jetzt Meter 95 Pf.
- 1 Kostüm-Rock meistert mit Knopf Garnik 95 Pf.
- 1 Russenkittel weiss und blau 95 Pf.
- 1 Wasch-Bluse Fazon u. Hemd 95 Pf.
- 1 Wasch-Unterrock gestr. m. Bordüre 95 Pf.
- 1 Matinee farbige gemustert. Waschstoff 95 Pf.
- 1 Robespierokragen aus Batist mit Tüll und Spitze 95 Pf.
- 3 Paar Dam.-Halbhandschuhe Netzgewebe, 12 Knöpfe lang 95 Pf.

- Grosse Posten Kostümstoffe in englischem Genre, 110 bis 130 cm breit, jetzt Meter 1.95
- 1 Posten halbfertige Blusen weiss und farbig, in Leinen, Zephir, Batist, jetzt Stück 1.95
- 1 Posten Schweizer Stickereistoffe ca. 120 cm breit, jetzt Meter 1.95
- ca. 550 Mtr. reins. Blusen-Stoff-Reste mod. Streifen, mit u. ohne Bordür., jetzt 1.95 Wert bis 4.50
- 1 meierter Kostüm-Rock modernes Fazon mit Knopfgarn 1.95
- 1 Kinder-Kleid gestr. Waschstoff, 45-90 cm lang 1.95
- 1 Wasch-Unterrock gestr. Volant m. Bordüre 1.95
- 1 Leinen-Kostüm-Rock weiss u. bastfarbig, guter Sitz 1.95
- 1 Wasch-Bluse in Lein. u. beam-woll. Musseline 1.95
- Macco-Hemden mit farbigen französischen und anderen hübschen Figür-Blüsten, Wert bis 4.00, jetzt Stück 1.95

- 1 Post. halbf. Blusen weiss und farbig, in Leinen, Zephir, Batist, eleg. Ausführung, jetzt Stück 2.95
- 1 Frühjahrs-Paletot aus feinen gestr. Stoffen 2.95
- 1 Leinen - Kostüm-Rock mit Entedeux, weiss und bastfarbig 2.95
- 1 Stickerei-Bluse halbfertig und geschlossen 2.95
- 1 Kostüm-Rock mal. Stoffe, neunte Schnitte mit Blonden 2.95
- 1 Wasch-Morgenrock in schöner Ausführung 2.95
- 1 Leinen-Bluse blau u. bastfarbig 2.95
- 1 Portieren-Garnitur Filzboch, 2 Flügel, 1 Querboch 2.95
- 1 Blusenschürze Pa. marine, weiss, extra weiss 2.95
- 12 Biertulpen auf Fuß mit Bordüre 2.95

- 1 Staubmantel grau Stoffen, hell und dunkel 3.95
- 1 Matrosen-Kinderkleid gestr. für jedes Alter passend 3.95
- 1 Kinder-Loden-Capes grau u. rotfarb., 60-100 cm lang 3.95
- 1 Cheviot-Kostüme-Rock blau u. schwarz, mit Knopfgarn 3.95
- 1 Stickerei-Schoss-Bluse mit schöner Pazo, halbfert, letzte Neuheit 3.95
- 1 Knaben-Pyjack mit Acornstickerei, für 5-9 Jahre 3.95
- 1 Knaben-Matrosen-Anzug weiss Batist mit Überkragen für 5-9 Jahre 3.95
- 1 Knaben-Loden-Pelerine weiterfest, für 6-12 Jahre 3.95
- 1 Kombination mit Stickerei-Garnierung 3.95
- 1 Knab.-Wasch-Anz. prima stoff u. garn Matr.-Krag, f. 5-9 J. 3.95

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen. Auf unsere Lichthof-Ausstellung stoßen wir ganz besonders aufmerksam.

entschieden entgegenstehen. Der lang erwartete Bericht des Schularztes wurde nun endlich den Vertretern zugestellt. Derselbe gibt im allgemeinen ein günstiges Bild. Nichtsdestoweniger wird betont, daß häufig vorkommende Nervosität und Blutarmerie, in einzelnen Fällen verursacht durch Unterernährung, festgestellt werden mußten. In mehreren Fällen wurden erhebliche Syphilis- und Rückgratsverkrümmungen festgestellt. Auch Zahnerkrankungen waren recht häufig. Es muß Aufgabe der Vertretung sein, an der Hand dieses Materials alles daran zu setzen, um das begonnene Werk zum Nutzen der heranwachsenden Jugend auszubauen.

Notizen (Preis Letztm).

Sein drittes Stiftungsfest feiert am Sonntag, den 23. Juni, der hiesige Arbeiter-Radsportverein im Lokal von Wiltz Kolberg. Da dieses Lokal das einzige ist, welches unseren Genossen am Ort zur Verfügung steht, sollte es Pflicht eines jeden Arbeiters sein, Veranstaltungen wie die des Arbeiter-Radsportvereins nach besten Kräften zu unterstützen. Dies um so mehr, als die Gegner nicht untätig sind, der jungen Bewegung am Ort ihr Versammlungslokal abzutreiben. Die Korfahrt findet nachmittags um 3 Uhr statt.

Notizweß.

In der letzten Wahlvereinsversammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß der ehemalige Geschäftsführer Richard Frenzel sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt und auch seinen Austritt aus der Partei dem Vorstande mitgeteilt habe. — Da sich das Gewerkschaftslokal gegen die Neulokalisierung des Bildungsausschusses für das

laufende Jahr erklärt hat und der Wahlverein allein die erheblichen Kosten für die verschiedenartigen Veranstaltungen nicht tragen kann, beschloß die Versammlung auf Vorschlag des Vorstandes ebenfalls von einer Neuwahl der Ausschußmitglieder Abstand zu nehmen. In einer gemeinsamen Sitzung sind Wahlvereinsvorstand und Kartellauschuß übereingekommen, eventuell im Laufe des Jahres einzelne Vorträge oder Vortragszyklen zu veranstalten. — Der in der letzten Funktionärsitzung gefasste Beschluß, die Bezirksitzungen in Zukunft nur nach Bedarf stattfinden zu lassen, wurde von der Versammlung sanktioniert. — Die Maifeier ergab nach dem Bericht des Kassierers einen Ueberschuß von 29,20 M., der dem Maifonds überwiesen wurde. — Zur Aufnahme gelangten 13 männliche und 8 weibliche, von anderen Wahlvereinen überwiesen wurden 4 Mitglieder. — Hierauf hielt Genosse Unger-Verein einen fesselnden Vortrag über das Thema „Die Kirche im Dienste gegen die Freiheit“. Im Anschluß daran forderte Genosse Zimmermann die Anwesenden auf, dem Rufe des Vortragenden „Los von der Kirche“ recht zahlreich Folge zu leisten. Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß am Mittwoch, den 10. d. M., in dem der Partei neu zur Verfügung gestellten Lokal „Karlsgarten“ eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Scheidemann als Referenten stattfinden soll, löste eine lebhafte Debatte aus, die schließlich zu dem Beschluß führte, diese Versammlung in Anbetracht des zu erwartenden starken Besuchs in einem der zwei großen Parteilokale abzuhalten und dafür zum 28. Juni nach dem „Karlsgarten“ eine weitere öffentliche Versammlung einzuberufen, in der Genosse Unger über das Thema: „Wie stellt sich die Sozialdemokratie zur Religion

und Kirche?“ referieren soll. Genosse Zimmermann machte auf die anlässlich des Genossenschaftstages in Berlin am 23. und 24. d. M. in der alten Markthalle in der Zimmerstraße stattfindende große Warenausstellung aufmerksam und bat um Vorausbestellung von Eintrittskarten in den Verkaufstafeln des Konsumvereins.

Spandan.

Eine imposante Versammlung wie sie auf dem Konnenbamm noch nie zu verzeichnen war, wurde am Mittwoch bei Müller abgehalten. Dr. Karl Liebknecht hielt ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über „Die Wahlrechtsfrage“. Da der Versammlungsraum die Erschienenen nicht alle fassen konnte, so standen viele Versammlungsteilnehmer auf der Straße und lauschten den Ausführungen des Referenten. Aber auch die ganze Konnenbammer Polizei war auf den Beinen, um eventuell das Vaterland zu retten. In die Versammlung hatten sich außer den zwei überwachten Polizeibeamten auch zwei Polizeibeamte in Zivil eingeschlichen, was der Versammlungsleitung leider zu spät bekanntgegeben wurde. — Der nächste Jahrmorgen findet am Sonntag früh 10 Uhr bei Dreier statt. — Zum 1. Juli wird in den neuerbauten Häusern eine „Vorwärts“-Agitation vorgenommen. — Am 27. Juli veranstaltet der Konnenbammer Bezirk eine Ronsheim-Dampferfahrt nach Veltin. Billet für Hin- und Rückfahrt kostet 65 Pf.

In der Diebstahlsangelegenheit im Bureau des Artilleriedepots war ein Feuerwerker festgenommen worden. Derselbe ist jetzt aus der Haft entlassen worden, da sich die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als nichtig herausgestellt haben.

Es ist kein Geheimnis, daß ich weder einen Laden habe, noch einen Zuschneider halte.

Mädchen- und Knaben-Kleider

in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es ist somit klar, daß ich bei den geringen Unkosten Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14820*

Mitgebrachte Stoffe werden gediegen verarbeitet.

Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,
Berliner Straße No. 58
gegenüber Kaufhaus H. Joseph.

Neukölln

kaufen Sie gegen bar am billigsten nur bei

Möbel Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen.

Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3.
Zöpfe- und Perückenfabrik.

Herren - Moden - Vertrieb

zum Selbstkostenpreis + 10% Nutzen

Charlottenburg „Wilhelm - Platz“

Eingang Spreestr. 48, I. Et., direkt am Untergrundbahn, Wilhelm-Platz. Tel. Amt Wiltz. 420.

Diese offenkundige Verkaufsart gibt jedermann die beste Garantie, keine willkürlichen Preise zahlen zu müssen, da der Herran-Moden-Vertrieb durch die öffentliche Bekanntmachung gesetzlich verpflichtet ist, diese Verkaufsart einzuhalten. Es ist somit dem verehrl. Publikum Gelegenheit geboten, seinen Bedarf in

fertiger Herren-, Knaben-Garderobe

sehr billig einzukaufen.



Verkaufsstellen:
Nogatstraße 19-20
Weisestraße 32
Ecke Leinestraße
Weisestraße 9
Steinmetzstraße 102
Ziethenstraße 80
Boddinstraße 60
Reuterstraße 7-8
Hobrechtstraße 77
Friedelstraße 21
Sanderstraße 20
Donaustraße 114
Weserstraße 52
Bergstraße 151-152
Wipperstraße 20
Niemetzstraße 4
Hermannstraße 36

**Nicht für Wiederverkäufer.
Nur solange Vorräte reichen.**

Neukölln.

Erbsen	gelbe Viktoria . . . per Pfd.	16 Pf.
	grüne Erbsen	16 "
	geschälte, extrafein	22 "
	geschälte halbe	18 "
Bohnen	Rundbohnen . . . per Pfd.	16 Pf.
	Langbohnen	19 "
Linsen	Linsen I per Pfd.	20 Pf.
	Mittel-Linsen	17 "

Auf vorstehende Waren außerdem noch

10 Prozent Rabatt-Marken!

Butter	feine Tischbutter . . Pfd.	124 Pf.	netto ohne Rabatt.
	hochf. Tafelbutter . . .	130 "	
	allerf. Stückenbutter . .	136 "	
Zucker	gemahlen Pfd.	23 Pf.	ohne Rabatt.

Reik, Neukölln.

Für die Reise

Anzüge in 24 Größen
fertig am Lager.
24⁵⁰ 27⁵⁰ 29⁵⁰ 32-38-
38⁵⁰ 40⁵⁰ 46-60-M.

Moderne Ulster
in 24 Größen am Lager.
25⁵⁰ 27⁵⁰ 30-36⁵⁰ 42-
45-48-52-56-58-M.

Beinkleider
5-7-9-12-14-
18-18-20-M.

Pelerinen von 8⁵⁰ an
Bozener Mäntel 19⁵⁰ 21⁵⁰
Gummi-Mäntel von 23 an
Touristen-Anzüge von 22 an

Lüster-Kleidung
Leinen-Kleidung
Wasch-Kleidung



M. Schulmeister BERLIN SO. 26
Dresdener Straße 4
Kottbuser Tor.

Sonntags-Verkauf nur von 8-10 Uhr

Für Wanderer!

Silva - Karten

Eberswalde Märkische Schweiz
Obersprea
Potsdam
Rheinsberg
Scharmützelsee
Sprowald
Strausberg
Tegel
Teupitz

6farbig
Mit Orts-Register und Wegbeschreibung
Preis pro Karte 75 Pf.

Silva-Märkischer Wanderatlas
mit Ortsregister und Wegbeschreibung
mit 14 Karten 6farbig kartoniert 1 M.
mit 22 Karten 6farbig gebunden 1,50 M.
mit 26 Karten 6farbig gebunden 2 M.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Keine Wurst- u. Fleischwaren
Spezialität: Landshinken.

Oskar Klähn, Kottbuser Damm 3

1/2 Kilo Landshinken	1,20
1/2 Kilo Rollshinken	1,00
1/2 Kilo Delikatesshinken	1,20
1/2 Kilo Landshinken	1,00
1/2 Kilo Schinken	1,10
Landspied, fett u. mager	0,80
Rindfleisch	0,60
Schmalz	0,60
Dommerische Landbierwurst	0,90
1/2 Kilo Fleischwurst	0,90
1/2 Kilo Kalbsfleischwurst	1,00
1/2 Kilo Kalbsfleischwurst	1,30
1/2 Kilo Salami	1,30
1/2 Kilo Leinwurst	1,20

Bei Abnahme von 5 Pfd. Wurstwaren 5 Pf. pro Pfund Preisermäßigung.

Herren-Sommer-Kleidung

Wasch-Joppen grünlicher Baumwollstoff	von 1,25 M. an
Schiffleinen-Joppen glatt und Faltenform	von 5,50 M. an
Lüster-Jacketts schwarz und fein gemustert	von 3,00 M. an
Lüster-Jacketts blau, I- und II-reihig	von 7,50 M. an
Imitierte Bast-Anzüge cremefarben	von 12,50 M. an
Imitierte Bast-Jacketts cremefarben	von 5,50 M. an
Leinen- u. Flanellhosen weiss und gestreift	von 3,50 M. an
Waschwesten neueste Muster	von 1,85 M. an

Für die Reise: Loden-Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen, Bozener Mäntel, Echt engl. Gummi-Mäntel M. 12,50

August Schega

vorm. A. Wormann G. m. b. H. □ Kottbuser Damm 77

Billiger Konfektions-Verkauf!

ca. **300** Batist-, Stickerei-, Wasch-, Voile- und Leinen-Kleider

Nur moderne Fassons, sehr schick verarbeitet.

Der Wert dieser Kleider ist sonst ein wesentlich höherer.

Nur moderne Fassons, sehr schick verarbeitet.

Batist-, Stickerei- und Voile-Kleider 9⁵⁰
mit imitierten Klüppel- und Stickerei-Einsätzen jetzt

Stickerei-Kleider 12⁵⁰
sehr gut verarbeitet, streng moderne Fassons jetzt

Stickerei- u. Wasch-Voile-Kleider 14⁵⁰
sehr schick verarbeitet, auch in hellblau und rosa vorrätig

Wasch-Kostüm Röcke nur modifarbig, mit Einsatz u. Knopfgarnit, zum Aussuchen **2.95**

Wasch-Unterröcke aus guten Waschstoffen, mit breitem Volant, zum Aussuchen **1.85**

Wasch-Kleider 2⁹⁵
aus guten Waschstoff, mit schönen Besätzen, 60-100 cm . . durchweg

Knaben-Waschanzüge in Blusen- und Joppen-Fasson aus prima Stoff, beste Verarb. — Der Wert dieser Anzüge ist ein viel höherer. für das Alter **3.75, 4.75 6.00** für das Alter von 2-3 Jahr. **4.95, 6.25, 7.25**
Kieler Blusen a. gestr. Kadett, v. 2-3 Jahr. 6-9 Jahr. 10-12 Jahr. mit Abzeichen. für das Alter **2.95 3.95 4.95**

Matrosen-Kleider aus gutem Koper-Regatta **80-100 3.95 60-75 2.95**

Damen-Hutformen Ganz bedeutend unter bisherigem Preis. Nur modernste Formen. Zum Aussuchen **1.95** und **95 Pf.**

Damen-Sporthüte Grasse, moderne Formen. — Aussergewöhnlich billig. — Zum Aussuchen . . . **2.95** und **1.95**

Heute letzter Tag! Verkauf der **Restbestände** unserer **Serien-Tage** Jeder Gegenstand wird auf Wunsch aus dem Fenster genommen

A. WEISS & Co. Nachf.

Inh.: Fritz Prieur

Berlin W-Schöneberg

Hauptstr. 11 Ecke der Vorbergstr.

25 Pf. Tage

L. Katz & Co.

Neukölln, Bergstr. 65.

95 Pf. Tage

Verkauf vom 15. bis 21. ds. Mts.

- 6 Kaffeebecher oder Kaffeeschalen . . . 25
- 3 Milchtöpfe, ca. 1, 1/2 u. 3/4 Liter Inhalt zus. . . 25
- 6 Teller, tief oder flach 25
- 3 große Obertassen 25
- 2 Tassen mit Untertassen, echt Porzellan . . 25
- 1 Tasse m. Untertasse, fein dek., echt Porz. . 25
- 1 Menage für Salz, Pfeffer, Mostrieh 25
- 2 Teller, echt Porzellan, tief und flach . . . 25
- 1 gr. Blumenvase 25
- 1 Kartoffelschüssel mit Deckel 25
- 1 Kehrschaufel 25
- 1 Küchenlampe 25
- 1 Toilettenhalter 25
- 2 Rollen Klosettpapier 25
- 1 Likör-Service 25
- 3 EB- und 3 Kaffeelöffel, zusammen 25
- 1 Paar Bestecke, Messer und Gabel 25
- 3 Küchenmesser, Solinger Stahl 25
- 3 Frühstücksbretter (Holz), Schweinchen oder Blätter 25
- 2 Vorratsstonnen, Delft-Muster 25
- 1 Garderobenleiste 25
- 1 Wichsbürste 25
- 1 Kleiderbürste 25
- 1 Schrubber 25
- 1 Brennscheere 25
- 1 Frisierapparat 25
- 1 Spirituskocher 25
- 1 Sturzkaraffe, bunt mit Glas 25
- 1 Goldfischglas groß 25
- 4 Kompottschalen, Glas 25
- 1 Butterdose, Glas, Steinchenmuster 25
- 1 Käseglocke 25
- 3 Gaszylinder 25
- 3 extra starke Bierbecher, 3/4 Liter 25
- 1 Emaille-Kaffeebecher mit Bild 25
- 1 großer Blech-Durchschlag 25
- 6 Kleiderbügel 25
- 10 Meter Küchenspitze, bunt 25

- 1 Kaffeeanne, echt Porzellan mit Goldrand . 95
- 1 Satz (4 Stück) Kompottschüsseln, Glas, neue Steinchenmuster 95
- 1 Likörservice, Flasche m. 6 Gläsern u. Tablett . 95
- 6 Weingläser mit Tablett 95
- 2 Wandteller, Terrakotta 95
- 1 Brot- od. Küchenkorb, fein dekor., echt Porz. . 95
- 1 Kinder-Eßservice, steilig, bunt 95
- 1 Scherz-Tasse, extra groß, Porzellan 95
- 3 Paar Porzellan-Tassen m. kob. Rd. 95
- 1 Gießkanne 95
- 1 Emaille-Wanne, ca. 35 cm 95
- 6 Küchenbüchsen, Delft, Kaffee, Zucker, Zichorie etc. 95
- 2 Blumentöpfe, extra groß 95
- 2 Paar Solinger Bestecks mit Stahlgabel . . . 95
- 1 gr. Aluminium-Schmortopf 95
- 1 Marktnetz, extra-gr., mit Bügel u. Holzgriff . 95
- 1 Wachstum-Tasche, groß 95
- 1 Petroleumkanne, 3 Liter, Delft 95
- 1 Picknickkoffer mit Blecheinlage 95
- 1 Robhaarbesen 95
- 1 eleganter Rucksack 95
- 1 Feldstuhl mit Lehne 95
- 1 eleganter Spazierstock 95
- 1 dekorierte Küchenlampe 95

- 1 Brotbüchse, neublau oder Delft 95
- 1 Kaffeemühle und 1 Kaffeelot 95
- 1 Reibemaschine 95
- 12 Kaffeelöffel } Ia. Martinstahl, gemustert 95
- 12 Eßlöffel } zusammen 95
- 1 Emaille-Eimer, 1 Scheuerbürste } zus. 95
- 1 Scheuertuch, 1 Schrubber } 95
- 1 Gardinenstange, verstellbar 95
- 2 Salz- und Mehlresten, rot oder blau . . . 95
- 1 Sauciere, echt Porzellan 95
- 1 Gemüseschüssel } zusammen 95
- 1 Bratenplatte, oval 95
- 1 Satz Schüsseln, 6 teilig, rot oder blau . . . 95
- 1 Waschgarnitur, bestehend aus 1 Waschkrug, 1 Waschschaufel, 1 Seifennapf 95
- 1 Bierservice, Krug mit 6 Gläsern 95
- 12 Bierbecher mit Goldrand, 1/4 od. 0,2 Ltr. . . 95
- 1 Waschbrett, 1 Waschleine } 95
- 2 Schock Klammern 95
- 1 großer Wandspiegel 95
- 1 Vogelkäfig, verzinkt 95
- 1 Quirl-Garnitur, 10 teilig 95
- 1 f. versilb. Kakesdose 95
- 1 dito Buttermenage 95
- 1 dito Aufsatz 95
- 1 dito Rauchservice 95
- 1 schönes Metallschreibzeug 95
- 1 Portemonnaie für Herrn oder Dame 95
- 1 Herren-Uhrkette mit modern. Anhängsel . . 95
- 1 Rasiergarnitur, bestehend aus 1 Rasierbecken, 1 Pinsel, 1 Spiegel 95
- 1 moderne Damenhandtasche mit Bügel . . . 95
- 1 Staubkamm, 1 Zahnbürste } zus. 95
- 1 Frisierkamm 95

Ein großer Posten
Sommer-Spielsachen
Sandformen, Ballschläger, Gummibälle, Fußbälle, Tambourins, Segelschiffe etc. außerst billig.

Ein Fischglas mit Goldfisch 25 Pf.